

Sozialwissenschaftliche Studien-
bibliothek bei der Arbeiterkammer
in Wien

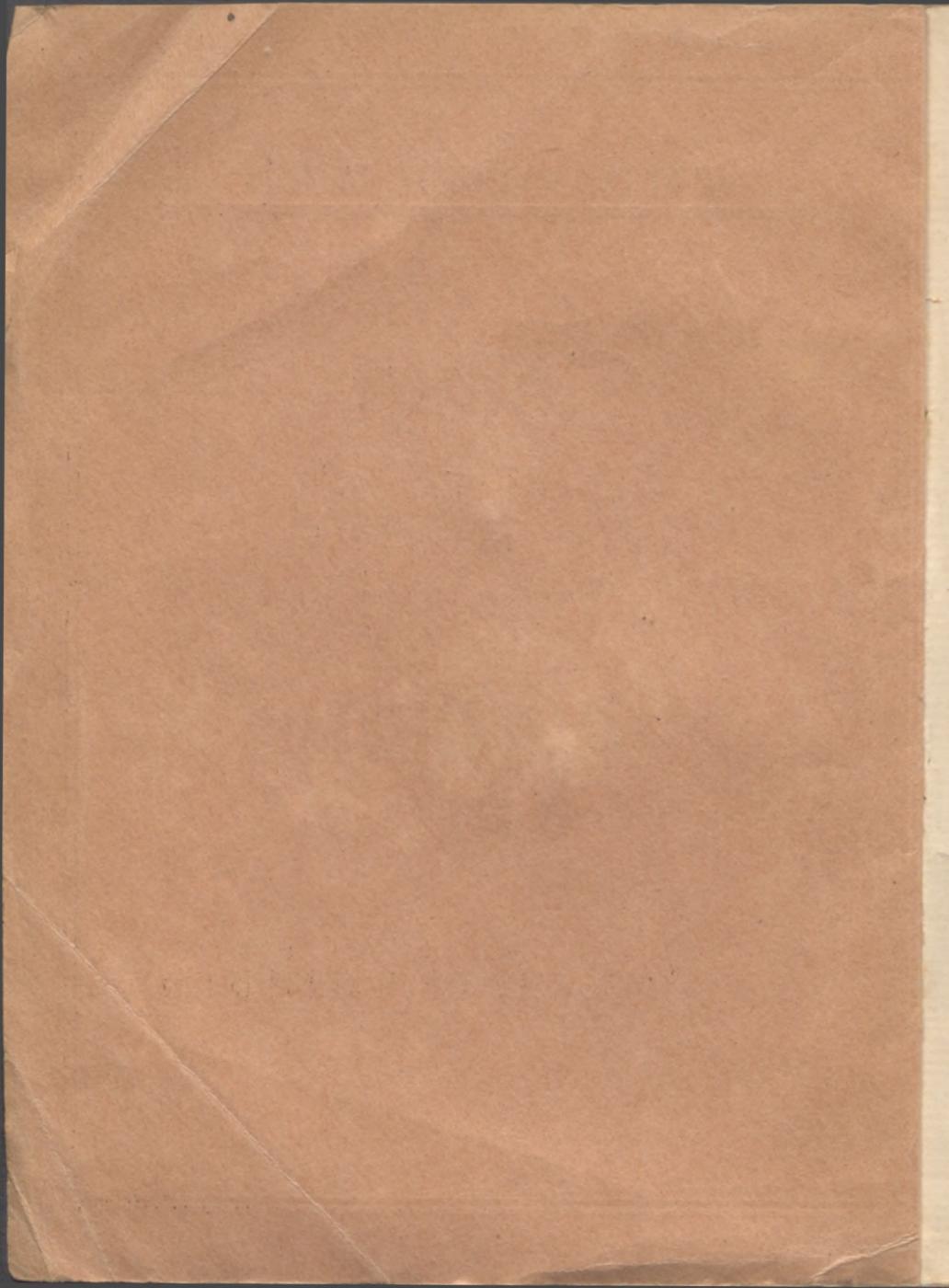
4249

4802

JORDAN

**Sowjet-
Rußland
wie es
wirklich
ist**

Ein Leitfaden für Rußlanddelegierte



182001

Sowjetrußland

wie es wirklich ist

Ein Leitfaden für Rußlanddelegierte

Von Theodor Dan



Prag 1926

Herausgegeben vom Parteivorstand der Deutschen sozialdemokratischen
Arbeiterpartei in der Tschechoslowakischen Republik



6563AA

D. 125/92

Inhaltsverzeichnis.

I. Im Lande der Revolution.

1. Sozialdemokratische Delegierte und russische Sozialdemokraten	Seite 7
2. Weshalb sind Delegationen notwendig?	10
3. Was können die Delegationen in Rußland erfahren?	14
4. Uebersetzer und Sachverständige	19
5. Rußland — das Land der Revolutionen	23

II. Die nationalisierte Industrie.

1. Vor der Proklamierung der neuen Wirtschaftspolitik (Nep)	31
2. Nach der Proklamierung der neuen Wirtschaftspolitik	34
3. Die Rehrseite der Medaille	38
4. In der wirtschaftlichen Sachgasse	44

III. Die Lage der Arbeiterklasse in Rußland.

1. Allgemeine Bemerkungen	59
2. Der Arbeitslohn	61
3. Die „Hebung der Arbeitsleistung“, ihre Methoden und Folgen	66

IV. Die rechtlichen und politischen Verhältnisse.

1. Die Gewerkschaften:	
a) Die Organisation der Gewerkschaften	79
b) Die Gewerkschaften und die Arbeitslosen	80
c) Die „Selbstverwaltung“ der Gewerkschaften	83
d) Die Gewerkschaften, die Arbeiter und die Wirtschaftsführer	87
e) Einige ergänzende Angaben	90

2. Die politischen Parteien und das Sowjetsystem:	Seite
a) Auf der schiefen Ebene	93
b) Das parteipolitische Leben in Rußland	97

V. Einige Schlußfolgerungen.

1. Ist die russische Industrie sozialistisch?	107
2. Gibt es eine proletarische Diktatur in Rußland?	110
3. „Wohin gehen wir?“	114
4. Die Aufgaben des russischen Proletariats	120
5. Es lebe die Sozialdemokratie!	127

I.

Im Lande der Revolutionen.

Am Ende der Expeditionen

1. Sozialdemokratische Delegierte und russische Sozialdemokraten.

Eine Delegation nach der andern reist seit der berühmten englischen nach Rußland. Nach ihrer Rückkehr bringen die Mitglieder dieser Delegationen in der Presse und in Versammlungen Berichte über ihre Reise, und viele von ihnen behaupten, daß das Loß der russischen Arbeiter den Neid ihrer westeuropäischen Genossen erwecken müsse: in Rußland besinde sich alle Macht in den Händen der Arbeiterklasse, dort sei eine sozialistische Gesellschaft im Entstehen begriffen, die der Ausbeutung der Menschen ein Ende bereite. Alle Arbeit komme den werktätigen Massen zugute.

Den Arbeiterdelegationen gehören nicht selten auch Mitglieder der sozialdemokratischen Partei und der freien Gewerkschaften an. Die Bolschewisten bemühen sich eifrig darum, Sozialdemokraten für die Delegationen zu gewinnen. Ein sozialdemokratisches Zeugnis ist für sie von ganz besonderem Wert, denn wenn Sozialdemokraten die Ueberzeugung gewinnen, daß die bolschewistischen Methoden zur Machtergreifung des Proletariats und zum Siege des Sozialismus führen, so seien diese Methoden richtig, und den europäischen Arbeitern bleibe deshalb nichts anderes übrig, als der sozialdemokratischen Partei, die sie auf einen falschen und ausichtslosen Weg führt, den Rücken zu kehren und sich unter dem Banner des Kommunismus zu vereinigen. Nieder mit der Sozialdemokratie, es lebe der Kommunismus! — das ist die Schlußfolgerung, die jene Delegierten den Arbeitern auf die Lippen drängen wollen. Sie fahren fort, sich Sozialdemokraten zu nennen und behaupten gleichzeitig, daß es den Arbeitern im rückständigen Rußland dank dem Bolschewismus gelungen sei, die soziale Befreiung zu verwirklichen, um die ihre Genossen in den fortgeschrittenen Ländern Europas und Amerikas noch heute vergeblich kämpfen. Können sich die Bolschewisten einen größeren Triumph wünschen?!

Muß aber bei dieser wunderbaren Belehrung mancher Sozialdemokraten zu den Dogmen des Kommunismus, die sich nach einigen Wochen ihres Aufenthaltes in Sowjetrußland einstellt, nicht der Gedanke bei ihnen auftauchen, daß es nicht nur in Europa, sondern auch in Rußland Sozialdemokraten, und zwar nicht erst seit gestern, gibt? Die Anfänge der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands reichen fast drei Jahrzehnte zurück; es gibt nicht wenige russische Genossen, die — gemeinsam mit den heutigen Bolschewisten — an der Gründung der Partei teilgenommen haben. Mehr noch: es gibt tausende, die jahrelang einen selbstlosen Kampf für die proletarischen Interessen führten, die Streiks und Demonstrationen organisierten, propagandistisch und agitatorisch tätig waren, in den geheimen Druckereien revolutionäre Literatur herstellten, Aufstände leiteten, Gewerkschaften, Genossenschaften und Arbeiterdelegiertenräte gründeten, Duma-wahlen durchführten, in der Staatsduma auftraten — und diese sozialdemokratische Tätigkeit mit endlosen Jahren illegaler Existenz, mit Zuchthaus, Gefängnis und Verbannung bezahlten.

Wie konnte es denn plötzlich geschehen, daß diese Leute, diese überzeugten Sozialdemokraten, die ihr ganzes Leben für die Interessen der Arbeiterklasse einsetzten, — die in Sowjetrußland aufgehende Sonne des Sozialismus nicht sehen, die mit ihrem strahlendem Licht die Gäste der Sowjetregierung blendet? Wie konnte es geschehen, daß sie, die mit der russischen Arbeiterbewegung eng verbunden sind, die neue Ordnung ablehnen, die angeblich die Ideale verwirklicht, um die sie ihr ganzes Leben gekämpft haben? Wie konnte es geschehen, daß hunderte, wenn nicht tausende sozialdemokratischer Arbeiter, die den bitteren Kelch der zaristischen Verfolgungen bis auf die Reige ausgekostet haben, es jetzt noch vorziehen, ihr Leben in den bolschewistischen Gefängnissen und in der Verbannung zu fristen, statt den russischen Kommunisten zuzujubeln, die das Ziel ihrer tiefsten Sehnsucht verwirklicht haben?

Sollten etwa diese russischen sozialdemokratischen Arbeiter von der russischen und ausländischen Bourgeoisie „bestochen“ sein? Das scheinen aber merkwürdige Leute zu sein, die ihre Freiheit, das Wohlergehen ihrer Frauen und Kinder und sogar ihr Leben „ver-

laufen**), statt den Posten eines Kommissärs oder „roten Direktors“ zu bekleiden, die ihnen die Bolschewisten mit dem größten Entgegenkommen einräumen würden, falls sie sich mit ihnen solidarisch erklären. Oder sollten sie ihre eigene Klasse „verraten“ und sich in freiwillige „Lafaien der Bourgeoisie“ verwandelt haben? Aber in der Zeit der größten Gefahr für Sowjetrußland, im Jahre 1919, als die konterrevolutionäre Armee Denikins sich Moskau näherte, **entsandte die sozialdemokratische (menschewistische) Partei ihre Mitglieder in die Reihen der roten Armee, damit sie mit der Waffe in der Hand gegen die vordringende Bourgeoisie kämpften.** Gerade die sozialdemokratische Partei und ihr unvergeßlicher Führer Martow haben nicht aufgehört, das internationale Proletariat zum Kampfe gegen die imperialistische Intervention und gegen die Blockade Sowjetrußlands, zum Kampfe um die Wiederherstellung der Handelsbeziehungen mit Sowjetrußland, zum Kampfe um die wirtschaftliche Unterstützung und die diplomatische Anerkennung Rußlands aufzurufen. Auf dem letzten internationalen sozialistischen Kongreß in Marseille waren es gerade die Vertreter der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands, die gemeinsam mit Otto Bauer eine Entschließung ausarbeiteten, die nochmals in kategorischer Form der Bourgeoisie zurief: „Hände weg von Sowjetrußland!“ Die sozialdemokratische Arbeiterpartei Rußlands lehnt ganz entschieden jeden gewaltsamen Sturz der Sowjetregierung ab. Ihr einziges Ziel ist — die freie Organisation der Arbeiterklasse, eine Verständigung zwischen den sozialistischen Arbeitern und den Kommunisten auf der Grundlage eines Kompromisses, eine weitere Verständigung der gesamten Arbeiterklasse mit der Bauernschaft sowie eine allmähliche Demokratisierung der russischen Staatsordnung. Das sollen „Söldlinge der Bourgeoisie“ sein? Nur die Bolschewisten, die seinerzeit von den russischen Sozialdemokraten gegen die Beschuldigung in Schutz genommen wurden, daß sie im Solde des deutschen General-

*) Nicht gering ist die Zahl der von den Bolschewisten erschossenen Sozialdemokraten. Um nur einige von ihnen zu nennen, weisen wir auf die Arbeiter Gorbатов (Sormow-Werke), Luljakow (Suliner Werk), Mironow, Krawowezki (Sestrowezker Werke), Kalmykow (Rostow a. D.) ufw. hin.

stabs ständen, können sich zu einer solchen ungeheuerlichen Verleumdung erniedrigen!

Nein! Wenn die russischen sozialdemokratischen Arbeiter die Begeisterung einiger Besucher Sowjetrußlands nicht teilen, und, getreu ihren Überzeugungen, die schlimmsten Verfolgungen allen bolschewistischen Segnungen vorziehen, so geschieht das keineswegs, weil sie „Söldlinge und Verräter“ sind. In den Reihen der russischen Arbeiterklasse stehend, sehen sie offenbar in Rußland manches, was jene, die das ungeheure Land vier bis sechs Wochen bereist haben, nicht sehen wollen oder nicht sehen können. Mußte das nicht jenen Delegierten, die nicht nur dem Namen nach, sondern in der Tat Sozialdemokraten sein wollen, zu denken geben?

Was die russischen sozialdemokratischen Arbeiter sehen und was die ausländischen Gäste nicht sehen — das soll der Inhalt der nachfolgenden Darlegungen sein.

2. Weshalb sind Delegationen notwendig?

Im Bericht der deutschen Arbeiterdelegationen*) wird gesagt, es sei Zweck der Reise gewesen, Antworten auf folgende Frage zu erhalten:

„Ist Rußland wirklich das Land, in dem die Prinzipien von Marx und Engels in die Tat umgesetzt werden?“

„Gibt es in Rußland einen Achtstundentag?“

„Haben die Betriebsräte entscheidenden Einfluß auf die Produktion?“

„Wie ist die Lebenshaltung der russischen Arbeiter?“

„Wer sind die Leute, die an der Spitze der russischen Arbeiterbewegung stehen?“

„Sind die Arbeiter frei oder werden sie unterdrückt?“

Demnach war der Zweck der Reise der 58 deutschen Arbeiter die Erforschung der sozialen und politischen Verhältnisse sowie der Lage und der Stimmungen der Arbeiterklasse in Rußland. Es fragt sich, weshalb zur Beantwortung dieser Fragen eine Expedition von einigen Duzend Personen nach Rußland notwendig war?

*) „Was sahen 58 deutsche Arbeiter in Rußland?“ S. 14.

Wir wissen, daß Arbeitervertreter auch nach anderen Ländern delegiert werden: nach Deutschland, England, Frankreich, Belgien und der Tschechoslowakei. Aber sie gehen dorthin, um ihre Klassen-solidarität darzutun, um an politischen, gewerkschaftlichen, genossenschaftlichen, kulturell-wissenschaftlichen Kongressen oder Sportveranstaltungen teilzunehmen oder aber um andere Länder, andere Menschen und andere Sitten kennenzulernen. Mit einem Wort, sie verfolgen dabei ein bestimmtes praktisches Ziel. Aber wem könnte es einfallen, eine Expedition von zirka 50 Arbeitern nach Deutschland zu entsenden, um an Ort und Stelle zu erfahren, ob Deutschland eine Republik oder eine Monarchie ist? Oder nach England — um festzustellen, ob dort der Kapitalismus oder der Sozialismus herrscht? Oder nach der Tschechoslowakei — um Aufklärung zu erlangen, ob die Arbeiter mit der jetzigen Regierung zufrieden sind oder nicht?

Um genaue Informationen über die sozial-politische Struktur dieser Länder, über die Lage und die Stimmungen der Arbeiter zu erhalten, sind keine Delegationen erforderlich. Zu diesem Zweck genügt eine eingehende (natürlich kritische) Prüfung des im Ueberfluß vorhandenen Materials. Bücher, Zeitschriften, Zeitungen, Partei- und Versammlungsberichte, Parlamentswahlen und Parlamentsreden — das ist das Material, aus dem jeder Schlußfolgerungen ziehen kann. Da dieses Material nicht einseitig ist, erfüllt es seinen Zweck vollauf. Die Behauptungen der einen Partei werden denen der anderen Partei gegenübergestellt. Jeder kann seine Meinung frei äußern — sowohl die Feinde der Arbeiterklasse wie die Arbeiterklasse selbst —, jeder Teil der Arbeiterklasse im besonderen. Es erübrigt sich, nach der Tschechoslowakei zu reisen, um dort zu erfahren, daß die Sympathien der Arbeiter sich mehreren Parteien zuwenden: den deutschen und den tschechischen Sozialdemokraten, den Kommunisten, den tschechischen Nationalsozialisten. Auf Grund der Wahlergebnisse ist auch das Stärkeverhältnis dieser Parteien zueinander leicht festzustellen, ebenso wie man aus der Presse ersehen kann, wie sich der eine oder der andere Teil des Proletariats zu den einzelnen Tagesfragen stellt usw. Allen deutschen, französischen, englischen und anderen Arbeitern ist dieses Material ohneweiters zugänglich. Nichts als Spott hätte man deshalb für den Sonder-

ling übrig, dem es einfallen würde, eine Expedition nach der Tschechoslowakei auszurüsten, um zu erfahren, ob die Mehrheit der Arbeiter den Sozialdemokraten oder den Kommunisten Gefolgschaft leistet.

Weshalb sind denn nun Expeditionen zur Erforschung Sowjetrußlands notwendig, etwa in der gleichen Art, wie sie nach dem Innern Afrikas oder Asiens entsendet werden, um die natürlichen Verhältnisse und die soziale Struktur dieser Länder zu erforschen, die von der Kulturwelt durch eine hohe Mauer getrennt sind?*)

Die Antwort ist klar: Auch Sowjetrußland ist von der ganzen Welt durch eine Mauer getrennt und alles, was dort vorgeht, trägt den Stempel des Geheimnisvollen an sich. Aber weshalb ist es isoliert? Handelt es sich nur darum, daß die Bolschewisten von der ganzen Welt verleumdet werden und daß ihnen der Mund verschlossen ist? Diese Erklärung konnte in früheren Jahren — zur Zeit der bewaffneten Intervention und der Blockade — glaubwürdig erscheinen. Aber gegenwärtig bestehen in allen europäischen Ländern kommunistische Parteien, es wird eine umfangreiche kommunistische Literatur (Bücher, Zeitschriften, Zeitungen) herausgegeben, die in der Lage ist, jeder angeblichen „Verleumdung“ und „Lüge“ der Sozialdemokratie die unverfälschte bolschewistische „Wahrheit“ gegenüberzustellen. Aber auch die Literatur der russischen Bolschewisten selbst, ihre Zeitungen, Bücher, Berichte, statistischen Erhebungen usw. finden Eingang in Europa. Darüber hinaus wird mit Hilfe bolschewistischer Subsidien die für sie besonders wichtige Literatur auch in fremden Sprachen

*) Es besteht übrigens auch hier ein wesentlicher Unterschied. An der Spitze der wissenschaftlichen Expeditionen nach den unerforschten Gebieten stehen in der Regel hervorragende Fachleute, die, ausgerüstet mit allen Hilfsmitteln der Wissenschaft, oft jahrelang in ihrem Forschungsgebiet verweilen und trotzdem mitunter nur sehr bescheidene Resultate erzielen. Viele „Arbeiterdelegierte“ jedoch, ausschließlich auf ihr „proletarisches Gefühl“ bauend, glauben, daß es möglich sei, während einer vier- bis fünfwöchentlichen Reise im Eisenbahnzuge und im Auto sich eine einwandfreie Meinung über ein Land zu verschaffen, das den sechsten Teil der Erdoberfläche einnimmt, eine Bevölkerung von 150 Millionen zählt und erst vor kurzem eine gewaltige revolutionäre Erschütterung durchgemacht hat.

herausgegeben. Das Material zur Erforschung Sowjetrußlands ist also den europäischen Arbeitern leichter zugänglich als das Material jedes anderen Landes. Woher also dieses Bestreben, „mit eigenen Augen“ die Verhältnisse in Sowjetrußland zu sehen?

Auch die Antwort auf diese Frage liegt auf der Hand. Wie reichhaltig das kommunistische Material auch ist, es wirkt trotzdem nicht überzeugend, weil es einseitig ist, weil in Rußland selbst nur die Bolschewisten zu Worte kommen, weil sie allein über Presse-, Versammlungs- und Organisationsfreiheit verfügen. Wenn beispielsweise die Sozialdemokraten in Rußland dieselben Freiheiten und Rechte genießen würden, wie die Kommunisten in den meisten europäischen Ländern — wäre es dann notwendig, Delegationen nach Rußland zu entsenden, um die Frage zu klären, wem die Arbeiterklasse Gefolgschaft leistet? Die Zahl der Organisationsmitglieder, die Höhe der Zeitungsauflagen und die Wahlergebnisse würden darüber unzweideutig Aufschluß geben! Aber die Sozialdemokratie in Rußland ist jeder Freiheit beraubt und zur Klärung dieser Fragen müssen Expeditionen nach Sowjetrußland entsandt werden.

Der wahre Grund, weshalb die soziale und politische Struktur Sowjetrußlands, im Gegensatz zu anderen Ländern, mit Hilfe von „Delegationen“ erforscht werden muß, liegt demnach darin, daß in Sowjetrußland nicht nur die bürgerlichen, sondern auch die proletarischen Parteien* der Freiheit der Rede, der Presse, der Versammlungen und der Organisationen beraubt sind und daß diese Freiheit einzig und allein für die Bolschewisten besteht.

Wir müssen diese Schlußfolgerung im Auge behalten, denn sie ist äußerst wichtig für die Klärung der ganzen Frage.

*) Die Bolschewisten sagen freilich, daß die russische Sozialdemokratie keine proletarische Partei sei, sondern nur ein „Anhängsel der Bourgeoisie“. Aber sie behaupten ja dasselbe von den sozialdemokratischen Parteien der ganzen Welt, die in ihren Reihen Millionen von Arbeitern zählen! Es ist deshalb anzunehmen, daß dieses Argument für jene Arbeiterdelegierten, die sich zur Sozialdemokratie bekennen und die nach Rußland gehen, um u. a. zu erfahren, ob die „russischen Arbeiter frei sind“, nicht stichhältig ist.

3. Was können die Delegationen in Sowjetrußland erfahren?

Jeder Reisende, der sich nur kurze Zeit in einem Lande aufhält, kann leicht einen flüchtigen Eindruck von der Natur des Landes, von dem äußeren Bilde der Städte und Dörfer, von den Denkmälern usw. gewinnen, aber nur in sehr geringem Maße die Beziehungen zwischen den Menschen und den Klassen kennenlernen. Es ist schwer, die Lebensart und die Sitten eines Volkes und fast unmöglich, die sozialpolitischen Beziehungen unmittelbar mit dem Auge zu erfassen: die Beziehungen können nicht „gesehen“, sie müssen erforscht werden. „Sehen“ kann man höchstens Bruchteile von ihnen, aber welche Teile dem Beobachter zu Gesicht kommen, hängt ausschließlich von der Umgebung ab, in der er sich bewegt.

In jedem anderen Lande gewinnt der Reisende, wenn er sich nicht absichtlich von jeder Berührung mit anderen Gesellschaftskreisen fernhält, doch indirekt gewisse Eindrücke — auch außerhalb seiner unmittelbaren Umgebung — sei es durch die Presse, durch Versammlungen, Parlamentsdebatten usw. In Rußland, wo niemand, außer den Kommunisten, seine Meinung frei äußern darf, ist das von vornherein ausgeschlossen. Sämtliche staatliche Institutionen, Armee, Wirtschaft, Polizei, wissenschaftliche Verbände, Universitäten, Gewerkschaften, Genossenschaften — alles befindet sich in den Händen der Kommunisten und wird von ihnen geleitet. Je freundlicher deshalb die Sowjetregierung ihre Gäste empfängt, desto stärker geraten sie in die Gefangenschaft der Bolschewisten, desto schwerer können auch diejenigen unter ihnen, die aufrichtig und gewissenhaft die Wahrheit ergründen wollen, sich der jätlichen, aber zugleich zähen Umklammerung entziehen.

Die englischen und deutschen Delegierten heben beispielsweise besonders hervor, daß sie selbst darüber bestimmt haben, wohin sie gehen und was sie besichtigen wollten. Wir glauben es ihnen gerne. Aber auf welche Weise sind sie zu ihren „freien“ Entschlüssen gekommen? Sie berichten selbst, daß sie sich mit russischen „Freunden“, d. h. mit der örtlichen bolschewistischen Obrigkeit, mit den Gewerkschaftsführern usw. darüber „berieten“. Mit anderen Worten: die Besprechungen mit den Bolschewisten gaben ihnen

Hinweise, worauf sie ihre Aufmerksamkeit zu lenken hatten. „Du glaubst zu schieben und du wirst geschoben.“

Die Folge waren verschiedene tragikomische Mißverständnisse. So wünschten die deutschen Delegierten die in den Gefängnissen eingesperrten russischen Sozialdemokraten zu sehen. Mit großer Mühe fanden sie zwei Sozialdemokraten im fernen Swerdlowst (Zekaterinburg). Sie hatten keine Ahnung, daß in ihrer nächsten Nähe, einige Stunden von Moskau entfernt, Duzende der bewährtesten Sozialdemokraten im Susdaler Gefängnis seit zwei oder drei Jahren schmachten.*)

Offenbar hatten die bolschewistischen „Freunde“, die ihren Gästen die „freie“ Wahl der zu besuchenden Gefängnisse überließen, es nicht für notwendig erachtet, ihre Aufmerksamkeit auf Susdal, oder auf Tobolsk, oder Werchne-Uralst zu lenken, ganz abgesehen von dem berüchtigten inneren Gefängnis der Politischen Staatsverwaltung in Moskau und den zahlreichen Kellerräumen der Tscheta!

Wir wollen noch einige Beispiele anführen, die deutlich zeigen, wie die Delegierten, die ein Land besichtigen, das keine Freiheit kennt und in dem alle außer den Kommunisten zum Schweigen verurteilt sind, hinter's Licht geführt worden sind.

Der Bericht der deutschen Delegation beginnt mit einer begeisterten Schilderung der Verhältnisse in den Butilow-Werken in Leningrad. Die Delegierten waren freilich äußerst erstaunt, daß alle Wahlen, darunter auch die Wahlen für den Betriebsrat, durch öffentliche Abstimmung, durch Erheben der Hände, erfolgen. Es ist ihnen doch bekannt, daß die Arbeiter

*) Noch weniger konnten sie wissen, daß in Swerdlowst die Mehrzahl der gefangenen Sozialisten unmittelbar vor ihrem Besuch im Gefängnisse nach dem Keller der Politischen Staatsverwaltung (wie die Tscheta jetzt genannt wird) geschafft worden war. Das war auch den beiden Sozialdemokraten nicht bekannt, mit denen sich die Delegierten unterhielten: sie befanden sich im Glauben, daß ihre Genossen nach einem anderen Ort transportiert worden waren (das Gefängnis in Swerdlowst ist nur ein Stappengefängnis), und erst als die Gefangenen drei Stunden nach dem Besuch der Delegierten in die Gefängniszellen zurückgeschafft wurden, erfuhr man, welche Komödie die bolschewistischen Behörden den vertrauensseligen Delegierten vorgespielt hatten!

in der ganzen Welt für geheime Wahlen eintreten. Sie gaben jedoch ihre Bedenken sofort auf, als ihnen ihre „russischen Freunde“ erklärten: „Bei uns soll jeder offen und ehrlich bekennen, welcher Meinung er ist!“*) Sie ließen sich nicht dadurch beirren, daß sie von den russischen Arbeitern eine Selbstaufopferung verlangten, auf die sie für ihre eigene Person gerne verzichteten. Es fiel den Delegierten weiter nicht auf, daß der russische Arbeiter für sein „offenes und ehrliches Bekenntnis“ zu den sozialdemokratischen Anschauungen, die zumindest von einem Teil der Delegierten geteilt wurden, aus der Fabrik entfernt, in das Gefängnis geworfen oder nach den sibirischen Enden verbannt wird, wobei seine Familie dem Hunger und der Not preisgegeben wird. Das alles hinderte die Delegation nicht, die „Ueberzeugung zu gewinnen“, wie ausgezeichnet die sozialistischen Zustände in den Putilow-Werken seien und wie vorteilhaft die Zusammensetzung und die Funktionen des Betriebsrates in diesem und in anderen russischen Werken von denen der Betriebsräte in Westeuropa abstecken.

Eine eigenartige Geschichte ist aber dabei den deutschen Delegierten zugestoßen. Sie haben es keineswegs voraussehen können, daß einige Monate nach ihrem Besuch derselbe Betriebsrat, von dem sie so begeistert waren, und daß dieselben kommunistischen Arbeiter in den Putilow-Werken, mit denen sie sich unterhielten, zusammen mit Sinowjew in der Opposition stehen werden! Sie konnten es nicht ahnen, daß diese in ihren Entschließungen, im Gegensatz zu den Behauptungen der deutschen Gäste, erklären werden, daß in den Putilow-Werken nicht sozialistische, sondern kapitalistische Zustände herrschen und daß von einer ruhenden Harmonie zwischen den Arbeitern, „roten Direktoren“, Ingenieuren usw., über die sie sich in ihren Berichten so begeistert aussprachen, keine Rede sein könne! Wem soll man in diesem Falle Glauben schenken? Den deutschen Gästen, die volle zwei Tage der Besichtigung der Putilow-Werke widmeten, oder dem Betriebsrat, von dem sie so begeistert waren und der einige Monate nach ihrer Abreise für seine Opposition gegen die Parteileitung auseinandergejagt und durch einen neuen ersetzt wurde, in gleicher Weise, wie alle anderen Partei- und Gewerkschaftsinstanzen im

*) I. B. S. 20.

widerpenstigen Leningrad neu ernannt wurden? Daraus allein ist zu ersehen, mit welchem Leichtsinne die deutschen Delegierten die Behauptung aufstellten, daß die „Prinzipien von Marx und Engels“ in den Putilow-Werken verwirklicht wären und daß der Brief einer Gruppe der Putilowschen Arbeiter, der am 8. Jänner 1925 im Berliner „Vorwärts“ erschien und der auf die Rechtlosigkeit der russischen Arbeiter hinwies, den Tatsachen nicht entspräche. Die Leichtsinrigen „Gäste“ haben die wahre Meinung weder der Arbeitermassen, noch der Kommunisten in den Putilow-Werken über die Verwirklichung des Sozialismus in Rußland gehört, noch hören können, denn eine Redefreiheit gibt es in Rußland weder für die Nichtkommunisten, noch für diejenigen Kommunisten, die nicht in allen Fragen mit der zentralen Leitung übereinstimmen. Und nur wenn die in der kommunistischen Partei selbst vorhandene Unzufriedenheit in stürmischen „Diskussionen“ und heftigen Zusammenstößen zum Ausbruch kommt, nur dann wird es klar, wie falsch das Bild ist, das die leichtgläubigen Reisenden in aller Eile entworfen haben.

Nehmen wir ein anderes Beispiel. Die deutschen Delegierten heben immer wieder hervor, wie sehr die russischen Arbeiter ihre kommunistischen Führer „lieben“, wie sehr sie „an ihnen hängen“. Was sehen wir in der Tat? Als die deutsche Delegation sich in Leningrad befand, „liebten“ die Leningrader Arbeiter Sinowjew, Safarow, Glebow-Alwilow, Jewdokimow usw. Die Delegation reiste ab. Die genannten Führer wurden nach einigen Monaten wegen ihrer Opposition gegen die Parteileitung als Aufwiegler und Menschewisten erklärt; Sinowjew wurde von seinem Posten als Vorsitzender des Leningrader Rats entfernt, seine Anhänger wurden gleichfalls ihrer Posten enthoben und für die leitenden Stellen Leningrads wurden neue Personen aus den Reihen ihrer Gegner ernannt. Wenn die deutsche Delegation einige Monate später in Leningrad eingetroffen wäre, so könnte sie erzählen, wie die Arbeiter gegen Sinowjew und seine Anhänger aufgebracht sind und wie sie an der neuen Obrigkeit „hängen“, die von der siegreichen Mehrheit ernannt worden ist! Ist denn in Moskau nicht das Gleiche geschehen? Als die Delegation dort weilte, „liebten“ die Arbeiter Kamenaw. Von ihm erhielten auch die Delegierten Aufschluß über die bolschewistische Politik gegenüber der Bauernschaft.

Einige Monate später erklärte jedoch die Mehrheit des kommunistischen Kongresses, daß Kamenev gerade in dieser Frage mit der Partei nicht übereinstimme. Er wurde deshalb aus dem Politbüro entfernt, seines Postens als Vorsitzender des Arbeits- und Verteidigungsrats enthoben und die nächstfälligen „Gäste“ der Sowjetregierung werden berichten müssen, daß die Moskauer Arbeiter nicht mehr Kamenev, sondern Uglanow, Stalin, Molotow usw. „lieben“!

Alle diese scherzhaften Intermezzi beweisen, daß Reisende „mit eigenen Augen“ die Schönheiten der Natur, verschiedene Anstalten, Kunstwerke und sonstige greifbare Dinge sehen können, daß es aber unendlich schwer für sie ist, in das Wesen der sozialpolitischen Prozesse eines Landes einzudringen, auch in dem Falle, wenn dieser Prozeß sich unmittelbar unter den Augen der wißbegierigen Beobachter vollzieht. Aber ganz besonders schwer ist es, in diese Probleme einzudringen in einem Lande, wo nur diejenigen ihre Meinung frei äußern können, die mit den Machthabern in allem übereinstimmen und die sich ihnen widerspruchslos unterordnen. Aber gerade die verschiedenartige Auffassung des Wesens dieser sozialpolitischen Prozesse bildet ja den Kern der Frage, die die Sozialisten von den Kommunisten trennt! Die Delegationen gehen doch nicht nach Rußland, um den westeuropäischen Arbeitern von den Schönheiten der Krim oder der Heilkraft der kaukasischen Mineralquellen zu berichten, sondern um zu erfahren, wie sich die bolschewistische Politik zu den „Prinzipien von Marx und Engels“ verhält!

Es ist klar: je schwerer die sozialpolitischen Verhältnisse in Rußland zu erforschen sind, desto wichtiger ist es, daß die Delegationen, die nach Rußland reisen, erst das gesamte vorhandene Material studieren und im voraus einen bestimmten Plan ausarbeiten, um ihre Zeit nicht mit feierlichen Empfängen, Paraden und flüchtigen Besichtigungen unnützlich zu vergeuden und um darüber im Klaren zu sein, wie und wo die Antwort auf die sie interessierenden Fragen zu suchen sei. Damit stehen wir vor einer neuen und einer für den — wenn auch nur bescheidenen — Erfolg der Delegation wichtigen Frage.

4. Uebersetzer und Sachverständige.

Die Uebersetzerfrage ist keineswegs eine rein technische Frage. Es handelt sich nicht bloß darum, daß die Delegierten der russischen Sprache nicht mächtig sind und nicht bloß um die Zuverlässigkeit der bolschewistischen Uebersetzer. Man muß dabei die Begleitumstände im Auge behalten. Die russischen Arbeiter, die dem Bolschewismus kritisch gegenüberstehen, ziehen es aus den oben genannten Gründen vor, Unterhaltungen über Rußland zu vermeiden, umso mehr, wenn sie mit Leuten zu tun haben, die als Gäste der bolschewistischen Regierung, unter denen sich bekanntlich auch Kommunisten befinden, zu ihnen kommen. Die Anwesenheit eines von den Bolschewisten ernannten Uebersetzers läßt sie vollends verstummen: statt einer aufrichtigen sachlichen Antwort erhalten die Delegierten von ihnen die offizielle Meldung: „Alles in Ordnung“.

Deshalb ist es überaus wichtig, daß die Delegation die Uebersetzer nach eigenem Ermessen auswählt, und zwar unter den Personen, die in keiner Verbindung mit den Bolschewisten stehen. Unter den in Rußland herrschenden Verhältnissen wird es der Delegation in allen Fällen nur schwer gelingen, mehr oder weniger freimütige Antworten zu erhalten. Aber zu irgend einem — wenn auch noch so bescheidenem — Ergebnis würde die Delegation in dem Falle doch kommen, wenn die Uebersetzer gleichzeitig auch Sachverständige wären, die mit dem Fragenkomplex, der für die Arbeiterdelegation von besonderem Interesse ist, gut vertraut sind. Wenn die Delegation solche sachkundige Uebersetzer zur Seite hätte, würde sie nicht in solche komische Situationen, wie die oben geschilderten geraten. Sie würde den Einflüsterungen ihrer bolschewistischen „Freunde“ weniger Gehör schenken und sich kritischer gegenüber ihren Mitteilungen verhalten; sie wüßte, wie und wo die Wahrheit über die sie interessierenden Fragen zu erfragen ist, und auf diese Weise bestimmtes Material für eine selbständige Beurteilung der Sachlage erhalten.

Die englischen und deutschen Delegierten haben beispielsweise eine Menge Zahlenmaterial über die glänzenden wirtschaftlichen Erfolge Sowjetrußlands mitgebracht. Um zu diesem Material zu gelangen, war es im Grunde nicht notwendig, eine so weite Reise

zu unternehmen: dieses Material konnte die Delegation auch bei sich zu Hause auf Grund der zahlreichen Veröffentlichungen der Sowjetregierung zusammenstellen. Wenn ihr jedoch Berater zur Seite stehen, die mit dem russischen Wirtschaftsleben und vor allem mit der bolschewistischen ökonomischen Literatur, mit ihren Büchern, Zeitschriften, Zeitungen, statistischen Angaben, offiziellen Berichten und Bestimmungen der verschiedenen Institutionen vertraut sind, so könnten sie die Delegierten darauf hinweisen, was in den erhaltenen Angaben einseitig, was übertrieben oder entstellt ist, was von den Bolschewisten selbst bereits widerlegt oder wesentlich korrigiert worden ist. Sie könnten mit Leichtigkeit eine Reihe von Fragen für die Delegation formulieren, die sie über die literarischen Quellen, die diese Probleme behandeln, aufklären, und könnten ihre Aufmerksamkeit auf Erscheinungen lenken, an denen sie sonst achtlos vorübergehen würden. Sie würden ihnen eine kritische Stellungnahme gegenüber dem erhaltenen Material erleichtern, damit sie nicht wieder vertrauenselig Angaben veröffentlichen, die mitunter von den Bolschewisten selbst widerlegt worden sind. Was die Fragen der Gewerkschaftsbewegung, der Sozialpolitik, des Arbeitslohnes, der Lebenshaltung der Arbeiter, der Volksaufklärung, der Kinderfürsorge usw. betrifft, so könnte ein sachkundiger Uebersetzer hierbei der Delegation unschätzbare Dienste leisten.

Die Delegation ist selbstredend nicht gezwungen, alle Dinge mit den Augen ihres sachkundigen Uebersetzers zu betrachten. Seine Aufgabe besteht freilich auch nicht darin, der Delegation seine Ansichten aufzudrängen, er muß vielmehr ihre Aufmerksamkeit auf die Erscheinungen lenken, die sonst unvermeidlich aus ihrem Gesichtspunkte verschwinden, damit sie mit ruhigem Gewissen sagen könnte, daß ihre Folgerungen sich nicht auf einseitige „Eindrücke“ stützen, sondern auf den gewissenhaften Versuch, die sie interessierenden Fragen nach allen Richtungen hin zu studieren. Deshalb dürfte eine kritische Stellungnahme des Sachverständigen gegenüber dem bolschewistischen Regime der Untersuchung selbst kaum abträglich sein: sie kann vielmehr nutzbringend und unentbehrlich sein, soweit sie zur Aufklärung der Fragen beiträgt, die die Arbeiterdelegationen veranlassen, nach Rußland zu gehen: in der Tat, was haben die Errungenschaften der Bolschewisten für einen

Wert, wenn sie einer kritischen Stellungnahme der Fragen nicht gewachsen sein sollen?

Allerdings muß die kritische Stellungnahme der Sachverständigen eine revolutionär-sozialistische sein. Der Sachverständige muß auf demselben proletarischen Klassenstandpunkt stehen, wie die Arbeiterdelegierten und muß die Tatsachen und Verhältnisse ebenso vom Standpunkte der Befreiung der Arbeiterklasse betrachten, wie die Arbeiterdelegierten. Anderenfalls werden sie einander nicht verstehen, sie werden ihr Interesse entgegengegesetzten Dingen zuwenden und ihre Hauptaufmerksamkeit auf entgegengegesetzte Erscheinungen lenken.

Als geeignetste Uebersetzer und Sachverständige kommen aus diesem Grunde für die sozialdemokratischen Arbeiter, die zu Studienzwecken nach Rußland gehen, die russischen Sozialdemokraten in Betracht, die auf demselben grundsätzlichen Boden stehen und oft auch der sozialdemokratischen Partei des Landes angehören, in dem sie sich aufhalten.*) Aber die Bolschewisten sind am wenigsten geneigt, gerade die russischen Sozialdemokraten als Sachverständige und Uebersetzer zuzulassen. In dieser Beziehung ist die Geschichte der nicht stattgefundenen Reise der Vertreter der Bergarbeiter-Internationale besonders lehrreich.

Dieser Delegation, über deren Reise seit dem Sommer 1925 verhandelt wurde, sollten Vertreter der englischen, belgischen, deutschen und polnischen Gewerkschaften angehören. Auf Beschluß des deutschen Verbandes sollte der russische Sozialdemokrat Dr. Dienstoff die Delegation als Sachverständiger und Uebersetzer begleiten. Die Sowjetregierung verweigerte ihm die Einreise nach Rußland, weil er angeblich „sich während des Bürgerkrieges aktiv an dem Kampfe gegen die Sowjetregierung beteiligt hatte“.

*) Die Rolle der Uebersetzer und Sachverständigen können allerdings nur jene russischen Sozialdemokraten übernehmen, die keine Repressalien von Seiten der Bolschewisten zu befürchten haben, d. h. die sogenannten „Emigranten“, die infolge ihrer sozialdemokratischen Tätigkeit aus Rußland ausgewiesen worden sind. Es muß ihnen selbstredend volle Bewegungsfreiheit im Verein mit der Delegation und freie Rückkehr nach dem Auslande garantiert werden.

Diese jesuitische Formulierung sollte den Eindruck erwecken, als ob Wienstock am Bürgerkriege an der Seite der Weißgardisten teilgenommen habe — in Wirklichkeit bestand sein „aktiver Kampf“ darin, daß er nicht aufgehört hatte, Sozialdemokrat zu sein. Der deutsche Verband protestierte gegen die Ablehnung Wienstocks und erhielt von der Zentralleitung des russischen Bergarbeiterverbandes die Antwort, daß jedem anderen Uebersetzer die Einreise voraussichtlich gestattet werden würde. Da die deutschen Genossen keinen Konflikt wegen einer einzelnen Person herausfordern wollten, schlugen sie als Begleiter einen anderen russischen Sozialdemokraten vor, und zwar den Gen. Schwarz, einen der besten Kenner der Gewerkschaftsbewegung und der Sozialpolitik in Rußland. Schwarz konnte man keineswegs unter dem Vorwande, daß er an dem Bürgerkriege an der Seite der Weißgardisten teilgenommen habe, ablehnen, da er freiwillig, auf Grund eines Beschlusses seiner (der menschewistischen) Partei in die Reihen der roten Armee während des Bürgerkrieges eingetreten war. Nach einigen Monaten verlegenen Schweigens teilte die Zentralleitung des russischen Verbandes mit, daß trotz ihrer „Befürwortung“ die Sowjetregierung die Genehmigung zur Einreise des Gen. Schwarz versagt habe, da er angeblich „wegen seiner konterrevolutionären Tätigkeit verurteilt sei“. Das war eine offenkundige Lüge, denn Gen. Schwarz ist nie vor einem bolschewistischen Gericht gestanden. Auf Beschluß der Tscheka sollte er zusammen mit 40 anderen Sozialdemokraten nach Sibirien verbannt werden. Durch einen sieben-tägigen Hungerstreik und unterstützt von den Protesten vieler ausländischer sozialistischer Parteien haben die Opfer der tschekistischen Willkür (unter denen sich auch der Verfasser dieser Broschüre befand) es erreicht, statt in die Verbannung für denselben Zeitraum ins Ausland reisen zu dürfen. Diese Frist ist für Gen. Schwarz längst abgelaufen. Die Ausweisung des Gen. Schwarz und der anderen Genossen wurde in dem Beschluß der Tscheka keineswegs mit ihrer angeblichen „konterrevolutionären Tätigkeit“, sondern offen und ungeniert mit ihrer aktiven Tätigkeit als Sozialdemokraten begründet.

Die Sowjetregierung vereitelte die Reise der Delegation der Bergarbeiter-Internationale nur, um die Beteiligung eines einzigen russischen Sozialdemokraten an der Studienreise zu

verhindern!*) Was befürchtete die Sowjetregierung denn? Daß die Genossen Wienstock oder Schwarz Bomben werfen, einen Aufstand organisieren oder die Massen zum Sturm gegen die bolschewistische Diktatur führen würden? Nein! Sie befürchtete — und zwar nicht ohne Grund —, daß die Anwesenheit eines Sachverständigen, der mit den Verhältnissen und den die Delegation interessierenden Fragen vollkommen vertraut ist, die Delegation in stand setzen werde, die wahre Sachlage zu durchschauen und tiefer in das Wesen der in Rußland vor sich gehenden sozialpolitischen Prozesse einzudringen. Und sie zog es deshalb vor, diese Delegation nicht zustande kommen zu lassen und bewies damit, daß sie nur an solchen Delegationen interessiert ist, die auf Treu und Glauben, ohne jede Kritik alles hinnehmen, was ihnen die kommunistischen „Freunde“ zeigen oder erzählen. Dürfen sich aber sozialdemokratische Arbeiter in eine solche unwürdige Situation bringen lassen?

Das müßten die Arbeiter, die zu Studienzwecken nach Rußland gehen und über das Gesehene ihren Klassengenossen später Bericht erstatten, ständig im Auge behalten.

5. Rußland — das Land der Revolutionen.

Es ist leicht begreiflich, daß jeder europäische Arbeiter, der nach Rußland geht, von einem inneren Hochgefühl erfüllt, geneigt ist, alles in rosigem Lichte zu sehen und die Stimme der kritischen Vernunft unwillkürlich unterdrückt.

Schon die äußeren Umstände der Reise tragen zu dieser Auffassung bei. Wie im Märchen hebt sie den Arbeiter aus dem

*) Es sei dabei erwähnt, daß die Berliner Sowjetbotschaft auch dem bekannten Mitglied der belgischen sozialdemokratischen Partei *Pierard*, der die belgischen Arbeiter begleiten sollte, das Visum zur Einreise nach Rußland verweigerte. In der Botschaft wurde ihm offen erklärt, daß sein Gesuch „aus politischen Gründen“ abgelehnt worden sei. — Ähnlich verhinderte man die Delegation der Sozialistischen Jugendinternationale, die gewisse Bedingungen gestellt hat, die jedem objektiven Beurteiler billig erscheinen müssen. — Der Genosse *Uf samit* (Zep'iz-Schödnau) hatte erklärt, er wolle an der Delegation der tschechoslowakischen Arbeiter teilnehmen, wenn man ihm gestatte, statt sechs Wochen sechs Monate zu bleiben und als Bergarbeiter selbst seinen Unterhalt zu verdienen. Daraufhin wurde Uf samit die Teilnahme verweigert.

großen Alltag mit seiner eintönigen Arbeit und seinen Sorgen heraus und versetzt ihn in ein Zauberland, wo alles zu seinen Diensten steht, wo er als Ehrengast der Regierung weilt, wo er bereits an der Grenze mit großen Ehrenbezeugungen empfangen wird, wo sein Aufenthalt sich zu einer endlosen Kette von feierlichen Reden, Militärparaden, Festessen, Demonstrationen, Beifallskundgebungen, Autofahrten, Salonwagen, Sonderzügen und Naturbetrachtungen gestaltet. Es gehört eine große Dosis Selbstbeherrschung dazu, sich durch diese plötzliche Wandlung nicht verwirren zu lassen.

Es handelt sich jedoch nicht allein um die Atmosphäre der ununterbrochenen Ehrenkundgebungen und Festlichkeiten, die von der Sowjetregierung für ihre Gäste künstlich geschaffen wird. Schon bei ihrer Einreise nach Rußland stoßen die Arbeiterdelegierten auf eine ganze Reihe Erscheinungen, die Rußland in einem wesentlich anderen Lichte, als ihr Heimatland, zeigen.

Aus einem Trümmerhaufen baut Rußland seine Wirtschaft auf. Aus dem tiefsten Falle erhebt es sich wieder, und dieses Gefühl des Emporstiegens, der Ueberwindung der tiefsten Versfallsperiode, verleiht der russischen Volksstimmung eine besondere Färbung. Die unbeschränkten Machthaber von gestern — die Zaren und Großfürsten, der Hof, der Adel, die Großbourgeoisie — sind von der Bildfläche verschwunden. Die hohen und höchsten Posten in der Regierung und in der Armee, in der Verwaltung und in der Wirtschaft werden von den Vertretern der Volksmassen bekleidet, von früheren Arbeitern und Bauern in Blusen und Schafstiefeln. Ihr Neuzeres, ihre geistigen Interessen, ihre Lebenshaltung, ihre Sitten und Sprache — das alles bezeugt ihre Abtammung aus der sozialen Schicht, zu der auch die ausländischen Delegierten gehören. Während jedoch die Delegierten in ihrer Heimat nur winzige Rädchen im gewaltigen Staats- und Wirtschaftsmechanismus sind, stehen in Rußland die Arbeiter und Bauern von gestern an der Spitze des politischen und wirtschaftlichen Lebens. Vieles, was sie tun, ist mitunter schlecht, ungeschickt, sinnlos. Mag sein! Dafür ist ihnen aber die Möglichkeit zum „schöpferischen Wirken“ gegeben, die den Arbeitern in den anderen Ländern Europas fehlt. Und da sich alles noch im Chaos befindet, alles erst neu hergestellt und errichtet wird, so tragen die ent-

stehenden Probleme einen äußerst großzügigen Charakter; es werden Fragen im weltumfassenden „planetarischen“ Umfange gestellt, kühne Beschlüsse gefaßt und weitgehende Perspektiven aufgerollt. Welcher Gegensatz zu dem grauen Alltag, zu dem engen Interessenkreis, in dem Millionen europäischer Arbeiter zu leben gezwungen sind! Wie können sie anders als mit der größten Begeisterung das märchenhafte Land begrüßen, wo der, der früher „ein Nichts gewesen“, jetzt „Alles“ geworden ist! Müssen da die Arbeiter nicht dieses Land gegen jeden Versuch der adligen und bürgerlichen Konterrevolution, das Rad der Geschichte zurückzudrehen, mit ihren eigenen Leibern verteidigen?

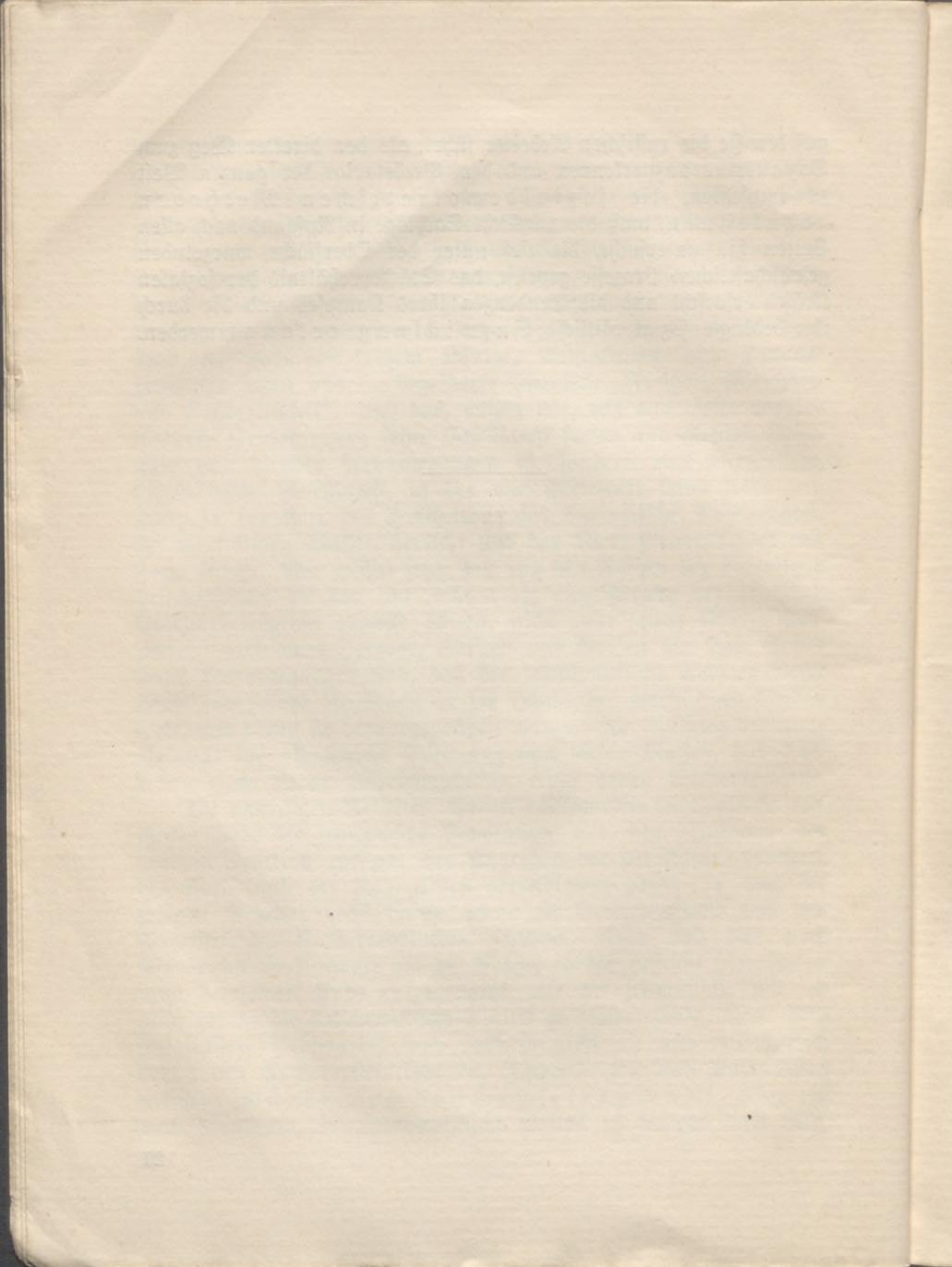
Diese Gefühle der ausländischen Arbeiter gegenüber Rußland sind nicht nur leicht verständlich, sondern auch durchaus begründet. In der Tat: Rußland hat soeben eine gewaltige Revolution durchgemacht, die eine Bevölkerung von 150 Millionen aufgerüttelt, die manche sozialen Schichten von Grund aus vernichtet, andere dagegen emporgehoben hat. Ein befreiender Revolutionssturm ist über das Land hinweggebraust, der vieles Ueberlebte und Verfaulte weggesegt und Rußland mit einem neuen belebenden Hauch erfüllt hat. Die Revolution und ihre Errungenschaften sollen auch eine anziehende Wirkung auf jeden revolutionären Arbeiter ausüben und müssen von ihm vor allen Angriffen geschützt werden.

Aber darauf darf sich der sozialistische Arbeiter nicht beschränken. Damit allein ist ihm noch nicht die Antwort auf die wichtigste Frage gegeben, um deretwillen er nach Rußland reist: Wird dort der Sozialismus in die Tat umgesetzt? Wird der Aufbau des Sozialismus von der bolschewistischen Diktatur gefördert? Sind die bolschewistische Politik und ihre Methode vom Standpunkte der Befreiung der Arbeiterklasse richtig? Die Revolution hat nicht nur eine Vergangenheit und eine Gegenwart, sie hat auch eine Zukunft. Wie wird sich diese Zukunft bei der weiteren Entwicklung der bolschewistischen Diktatur und der bolschewistischen Politik gestalten? Diese Frage ist für jeden sozialistischen Arbeiter von weitgehender Bedeutung. Mit der Begeisterung für die Revolution und dem Entschluß, sie vor den reaktionären Kräften der Vergangenheit zu schützen, ist diese Frage noch nicht gelöst.

Angenommen, daß vor 130 bis 135 Jahren, zur Zeit der großen französischen Revolution, eine Delegation deutscher Arbeiter nach Frankreich gereist wäre. Sie hätte dort ungefähr daselbe gefunden, wie jetzt die Arbeiterdelegationen in Rußland: eine vom Hauch der Revolution gesättigte Atmosphäre, eine gewaltige Verschiebung des Besitzes aus den Händen einer sozialen Schicht in die einer anderen, einer starken Umschwung in der Lebenshaltung und in den Sitten; einfache Leute aus dem Volke, die dort sitzen, wo noch vor kurzem Könige, Aristokraten und Finanzgewaltige saßen und — begeisterte Parolen: „Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit“. Und doch wissen wir, daß aus dieser revolutionären Erschütterung keine Gesellschaft freier und gleicher Menschen und Brüder hervorgegangen ist, sondern eine bürgerliche, kapitalistische Gesellschaft, in der von Gleichheit keine Rede sein kann, in der statt des Freiheitsideales ökonomische Abhängigkeit der werktätigen Massen herrscht und das Wort Brüderlichkeit wie Hohn klingt. Wir wissen jetzt, daß aus den Reihen der damaligen Sansculotten, die vor 130 Jahren die Begeisterung der deutschen Arbeiterdelegation erweckt hätten, nicht nur neue Kapitalisten, sondern auch neue Herzoge, Fürsten und Grafen am Hofe Napoleons hervorgegangen sind, daß der sozialpolitische Aufstieg dieser Leute keineswegs die Macht in die Hände der werktätigen Massen legte, aus denen sie hervorgegangen waren. Ihr Aufstieg bedeutete vielmehr die allmähliche Trennung von diesen Massen, das Entstehen einer neuen Herrscherschichte, einer neuen Ausbeuterklasse.

Die damaligen Arbeiter hatten vollkommen recht, als sie mit ihrem Leibe die französische Revolution vor dem Ansturm der inneren Reaktion und vor den Angriffen der vereinigten Fürsten, des Adels und der Kapitalisten verteidigten, genau so wie die jetzigen Arbeiter recht haben, wenn sie Sowjetrußland vor den Angriffen der Konterrevolution schützen. Aber das gibt noch keineswegs die Antwort auf die Frage, ob die russische Revolution nicht demselben Ende entgegengeht, wie die französische und ob nicht gerade die bolschewistische Politik zu diesem Ende führt. Das sozialistische Proletariat kann deshalb nicht oft und eindringlich genug den Konterrevolutionären, Imperialisten und Kapitalisten zurufen: „H ä n d e w e g v o n S o w j e t r u ß l a n d!“ Aber ehe man darangeht, die bolschewistische Politik zu billigen, den Weg,

auf den sie die russischen Arbeiter führt, als den direkten Weg zum Sozialismus anzuerkennen und dem Proletariat der ganzen Welt zu empfehlen, die sozialdemokratischen Methoden abzulehnen, muß die wirkliche Sachlage in Rußland nach allen Seiten hin untersucht, die tief unter der Oberfläche wurzelnden gesellschaftlichen Prozesse geprüft, das Stärkeverhältnis der sozialen Kräfte erforscht und die Tendenzen ihres Kampfes und die durch ihn bedingte sozialpolitische Entwicklung erkannt werden.



II.

Die nationalisierte Industrie.

II.
Die nationale Industrie.

1. Vor der Proklamierung der neuen Wirtschaftspolitik (Nep).

Bis zum Jahre 1921 waren die Bolschewisten bestrebt, die russische Volkswirtschaft im „kommunistischen Sinne“ zu gestalten. Alle industriellen Unternehmungen bis auf die kleinsten, der gesamte Handel bis auf die Marktstände, alle Häuser bis auf die kleinste Hütte — sollten „nationalisiert“ und „munizipalisiert“ werden. Jeder Handel wurde untersagt. Sämtliche Gebrauchsgüter wurden nur auf Karten abgegeben. Die Bauern durften nur das „Notwendigste“ an Nahrungs- und Futtermitteln für sich und ihr Vieh zurückbehalten, alle „Uberschüsse“ mußten an den Staat abgeliefert werden.

Als Folge dieser „kommunistischen“ Politik trat eine vollkommene Stockung des Wirtschaftslebens ein. Die Industrie war lahmgelegt: so betrug die Kohlenförderung in Rußland im Jahre 1916 1750 Millionen Pud (1 Pud gleich 16 Kilogramm), im Jahre 1920 dagegen 276 Millionen, d. h. sechseinhalbfach weniger; die Gußeisenproduktion betrug im ersten Halbjahr 1913 129 Millionen Pud, im ersten Halbjahr 1920 nur 2,7 Millionen Pud, d. h. 50mal weniger; die Garnfabrikation fiel von 20 Millionen Pud im Jahre 1910 auf 0,8 Millionen Pud im Jahre 1920, d. h. auf ein Fünftel und zwanzigstel usw. Die Bauern bestellten nur so viel Land, wie sie zur Aufrechterhaltung ihrer notdürftigen Existenz brauchten (die Anbaufläche ging fast auf die Hälfte zurück) und stellten die Lebensmittelzufuhr nach den Städten ein. Es brach eine entsetzliche Zeit an; die Menschen starben vor Hunger, Kälte und an Infektionskrankheiten. Die Bevölkerung flüchtete aus den Städten (im Jahre 1920 verringerte sich die städtische Bevölkerung um ein Drittel). Die Arbeiter verließen die Betriebe und suchten Rettung auf dem Lande. Millionen von Menschen zogen in Viehwagen und zu Fuß, in der größten Hitze und im

stärksten Frost in die Dörfer, um etwas Brot, Graupen, Butter, Schmalz im Austausch gegen Kleidung, Stiefel, Schmuck usw. für ihre hungernden Familien zu beschaffen. Zehntausende von ihnen fielen unterwegs der Kälte, dem Flecktyphus oder den Kugeln der Sperrkommandos zum Opfer. Viele von ihnen wurden verhaftet und in den Kellern der Tscheta als „Spekulanten“ erschossen. Die Arbeiter wurden „militarisiert“ — sie galten als mobilisiert und standen unter dem Militärgesetz. Auf diese Weise suchte man sie an die Betriebe zu fesseln und zur Arbeit zu zwingen. Auf das flache Land wurden bewaffnete Kommandos entsandt, um mit Gewalt Lebensmittel einzutreiben, die die Bauern nicht freiwillig hergaben.

Sind aber diese Zustände nicht durch die Blockade und den Bürgerkrieg verschuldet worden? Hierzu muß gesagt werden, daß eben diese Politik der Bolschewisten selbst den Bürgerkrieg nährte und einen günstigen Boden für die zeitweiligen Erfolge der Weißgardisten schuf, zu denen die Bauern und auch die Arbeiter (wie z. B. auf den Uraler Botkin- und Tschewski-Werken) in Massen übergingen, bis sie am eigenen Leibe zu spüren bekamen, daß die Weißgardisten ihnen keine Rettung brachten, sondern die Wiederherstellung des alten Zaren- und Junkerregimes, die Rückkehr zur alten Knechtschaft anstrebten.

Einen erheblichen Teil der Schuld für die unerhörten Leiden der werktätigen Massen und für die Hungersnot im Jahre 1921, die fünf Millionen Menschen dahinraffte und die Menschenfresserei züchtete, trägt die „kommunistische“ Politik der Bolschewisten. Als aber die russischen Sozialdemokraten auf das Sinnlose und Verbrecherische dieser Politik hinwiesen und forderten, daß die Nationalisierung sich nur auf die grundlegenden Produktionszweige beschränke, als sie ferner Freiheit für die Arbeiter forderten und für die Bauern das Recht, uneingeschränkt ihre Wirtschaft zu erweitern und ihre Erzeugnisse zu verkaufen, wurden sie von den Bolschewisten als „Verräter“ am Sozialismus und als „Lakaien der Bourgeoisie“ erklärt und genau wie jetzt, verfolgt und ins Gefängnis geworfen. Die Bolschewisten behaupteten, daß alle Leiden, Entbehrungen und Opfer der werktätigen Massen dadurch gerechtfertigt seien, daß sie den „Sozialismus in die Tat umsetzten“.

Ihr Führer Ducharin schuf sogar eine Theorie, wonach die „Ubergangszeit“ vom Kapitalismus zum Sozialismus die Vernichtung aller von der früheren Zeit ererbten Produktionskräfte erfordere. Erst dann werde auf dem gesäuberten Boden der „Sozialismus neu aufgebaut werden können“.

Die Bolschewisten wollten der sozialdemokratischen Kritik kein Gehör schenken. Sie waren aber letzten Endes gezwungen, sich vor der wirksameren Kritik der werktätigen Massen zu beugen. Ein Bauernaufstand folgte dem anderen auf dem Fuße. Ende Februar 1921 brach in Petersburg ein Generalstreik aus, der auch nach Moskau übergriff. Ihm folgte in den ersten Märztagen ein Aufstand der Kronstadter Matrosen, der Hauptteilnehmer an der bolschewistischen Umwälzung, die Trotzki als „Stolz und Schmutz“ der russischen Revolution bezeichnete. Jetzt schlug derselbe Trotzki ihren Aufstand mit blutiger Gewalt nieder.

Der Aufstand wurde unterdrückt. Hunderte von Matrosen wurden erschossen, tausende nach den Konzentrationslagern im hohen Norden deportiert, wo sie dem Untergang geweiht waren. Aber diese Warnungszeichen blieben nicht ohne Wirkung. **In buchstäblich 24 Stunden warf Lenin das Steuer herum.** Es wurde eine „Neue Wirtschaftspolitik“ — dieselbe, die von den „verräterischen“ Menschewisten unaufhörlich gefordert wurde — verkündet. Was gestern noch ein Verbrechen war, das durch Erschießung geahndet wurde, wurde heute als unantastbares Recht, ja — als Pflicht des Sowjetbürgers proklamiert! Von nun an wurde der „Kommunismus“, der seine Praxis mehr als drei Jahre ausübte, in dessen Namen hunderttausende Menschen in die Gefängnisse, in Konzentrationslager, nach den Kellerräumen der Tscheka und von dort in den Tod gingen — nicht mehr als „sozialistische Aufbauarbeit“, sondern als traurige Notwendigkeit, aufgedrängt durch den Bürgerkrieg, als „Kriegskommunismus“ bezeichnet.

Da nun aber dieser „Kommunismus“ das Zeitliche gesegnet hat, brauchte man ihn vielleicht nicht mehr zu erwähnen? Das ist leider nicht der Fall, denn „der Tote greift nach dem Lebendigen“. Der tote „Kommunismus“ macht sich heute noch auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens Rußlands bemerkbar. **Gerade in dieser**

Zeit entstand und entwickelte sich die schrankenlose Diktatur mit ihrem militärisch-polizeilichen, administrativen und wirtschaftlichen Apparat, kristallisierte sich das System des Terrors mit der Tscheka (der jetzigen politischen Staatsverwaltung) an der Spitze, wurde die Freiheit für alle, außer den Kommunisten, unterdrückt, wurden alle unabhängigen Organisationen, darunter auch die Arbeiterorganisationen, zertrümmert und die werktätigen Massen in Atome zer schlagen.

In die Periode der „Neuen Wirtschaftspolitik“ trat Rußland mit einem diktatorischen Regime, das zur Zeit des „Kriegskommunismus“ geschaffen wurde, ein. Indem Lenin das Wirtschaftsprogramm der Menschewisten entlehnte, schaltete er das damit verbundene politische Programm gänzlich aus. Ein neues Wirtschaftsprogramm, aber das alte politische Programm! Die Rede, in der Lenin am 11. März 1921 die „Neue Wirtschaftspolitik“ verkündete, schloß mit den Worten:

„Die Sozialisten muß man jedoch in den Gefängnissen halten.“

Das alles muß man im Auge behalten. Denn ohne Kenntnis der Tatsache, daß die kommunistische Diktatur unveränderlich geblieben ist in der Zeit, als die Wirtschaftspolitik eine radikale Umstellung erfuhr, kann man weder die sozialpolitische Entwicklung des heutigen Rußlands, noch die Bedingungen seines wirtschaftlichen Wiederaufbaues erkennen und richtig einschätzen.

2. Nach der Proklamierung der neuen Wirtschaftspolitik.

Nach dem Verzicht auf den „Kriegskommunismus“ begann die russische Volkswirtschaft allmählich aufzuleben. Es erschien wieder Getreide auf dem Markte. Es kamen Rohstoffvorräte zum Vorschein, die früher vor den Augen der Tscheka sorgfältig versteckt waren. Den Arbeitern wurden mehr Lebensmittel zugeführt, die stillgelegten Werke und Fabriken wurden allmählich in Gang gesetzt und die zwecklose und barbarische „Militarisierung der Arbeit“ aufgehoben. Die Industrie begann zusehends aufzublühen. Sie wuchs in einem Jahre auf 20—40—60—100% an! Ein in der Tat enormer Aufschwung, der beim unbeteiligten Beobachter den Eindruck eines märchenhaften Aufstiegs und unter den russischen

Volksmassen das befreiende Gefühl der Erlösung aus der schlimmsten Not hervorrief. Und doch beruhen diese Eindrücke und Gefühle zum Teil auf optischer und psychologischer Selbsttäuschung!

Angenommen, daß die industrielle Produktivität Amerikas, Deutschlands oder der Tschechoslowakei sich im Laufe eines Jahres um 100 % gesteigert hätte. Das wäre fürwahr ein unerhörtes Wunder! Es würde ein ungeheures Anwachsen der Produktivkräfte, außerordentliche Fortschritte der Technik, märchenhafte Entstehung neuer Fabriken, Maschinen, das Vorhandensein ungeheurer Rohstoffmengen und letzten Endes eine soziale Umwälzung, und zwar die massenhafte Proletarisierung der Bauernschaft und des städtischen Kleinbürgertums und die Heranziehung von Millionen neuer Arbeiter zu der städtischen Industrie bedingen. Hat die russische Wirklichkeit eine entferntere Ähnlichkeit mit diesem phantastischen Wilde des märchenhaften Wachstums der Produktivkräfte? Nein! Ein ganz anderer Prozeß zeigt sich in Rußland!

Wie bereits erwähnt, ist beispielsweise die Gußeisenproduktion in Rußland im Jahre 1921 auf fast 2 % der Vorkriegsproduktion gefallen. Angenommen, daß nach dem Uebergang zur neuen Wirtschaftspolitik die Gußeisenproduktion sich um 100 % jährlich steigern würde.*) Was bedeutet das? Nichts anderes als daß bis 1921 nur

*) In Wirklichkeit war der Durchschnittsatz des Anwachsens der industriellen Produktivität selbstverständlich niedriger. Nach den Angaben der „*Ekonomitscheskije Obozrenije*“ (Wirtschaftliche Rundschau) vom Oktober 1924 und Jänner 1926 und des Konjunktur-Instituts („*Pravda*“ vom 10. März 1926) betrug der Wertzuwachs der Bruttoproduktion der Großindustrie für 1923—1924 im Durchschnitt 47%, für 1924—1925 64%. Für 1925—1926 wurde zuerst ein Wertzuwachs von 49% berechnet, aber in Anbetracht der ungünstigen Verhältnisse ist er nunmehr auf 39% herabgesetzt worden. Dementsprechend betrug die Höhe der Brutto-Produktion der gesamten Industrie gegenüber den Zahlen von 1913: 1920—1921 15%, 1921—1922 28%, 1922—1923 37%, 1923—1924 45%, 1924—1925 70%. (Saut den Angaben der Staatlichen Plandwirtschaftskommission, siehe „*Kontrollzahlen*“, Leningrad 1925). Dabei muß aber im Auge behalten werden, daß gerade die wichtigsten Industriezweige oft am schlechtesten gedeihen. So erreichten die Metallurgie, die Metallverarbeitung, die Kohlenförderung bis zum Jahre 1925 nur 55 bis 56 %, die Eisenerzförderung sogar nur 28% der Vorkriegshöhe.

4%, bis 1922 8%, bis 1923 16%, bis 1924 32% und bis 1925 nur 64% der Produktivkräfte der Eisengießereien der Vorkriegszeit ausgenützt worden sind. So sieht in Wirklichkeit der Prozeß der industriellen Entwicklung Rußlands seit der Einführung der neuen Wirtschaftspolitik aus, mit seinem Endergebnis — 70 bis 80% der Vorkriegsproduktivität.*) Für jedes europäische Land würden 70 bis 80% des Vorkriegsstandes wenn keine industrielle Katastrophe, so doch eine außerordentlich scharfe Krise bedeuten. Für Rußland bedeuten sie dagegen einen gewaltigen Aufstiege. Das läßt sich einfach damit erklären, daß die Industrie in der Zeit des „Kriegskommunismus“ fast auf den Nullpunkt gefallen war. In Rußland handelt es sich nicht (mit geringen Ausnahmen, die für die allgemeine Wirtschaftslage keine wesentliche Bedeutung haben) um die Schaffung neuer Produktivkräfte, sondern um die Wiederherstellung und „Wiederbelebung“ der alten Produktivkräfte, die unter dem verhängnisvollen Einfluß der bolschewistischen Politik abgestorben waren.

Mit unendlicher Mühe erhebt sich die russische Industrie aus dem Trümmerhaufen, in den sie sich dank dem bolschewistischen „Kriegskommunismus“ verwandelt hat — so sieht der Prozeß, der in Rußland vorgeht, in Wirklichkeit aus. Der unbeteiligte Beobachter, der Arbeiterdelegierte, der mit der Geschichte der Entwicklung der russischen Volkswirtschaft nicht vertraut ist, sieht jedoch diesen Prozeß in einem ganz anderen Lichte. Er kommt aus Europa, wo die schleichende Krise der Nachkriegszeit noch nicht

*) Die bolschewistische Statistik zieht ständig Vergleiche zwischen der gegenwärtigen Lage und dem Vorkriegsstande. Richtiger wäre es, sie dem vorrevolutionären Stande gegenüberzustellen, da die Zahl der industriellen Unternehmungen und der beschäftigten Arbeiter in Rußland, wie auch in vielen anderen Ländern eine starke Zunahme in der Zeit des Krieges erfahren hat. So stieg der Wert der Brutto-Produktion in der Maschinen- und Werkzeugindustrie (siehe „Erhebungen des statistischen Zentralamtes“, Band VII, Ausgabe I, Seite 78) von 1913 bis 1916 von 189 Millionen Rubel auf 499 Millionen und die Zahl der Arbeiter von 103.7 Tausend auf 195.6 Tausend; in der chemischen Industrie stieg die Produktion von 209 Millionen Rubel auf 379 Millionen und die Zahl der Arbeiter von 36.5 Tausend auf 49.9 Tausend usw. In Wirklichkeit sind also die tatsächlichen Erfolge des wirtschaftlichen Wiederaufbaues geringer, als sie nach den bolschewistischen Angaben scheinen.

überwunden ist, in ein Land, dessen Wirtschaft sich in einer rasch aufsteigenden Linie befindet. Er denkt nicht weiter über den besonderen, ökonomischen Sinn dieses „Aufstieges“ nach, er vergißt, daß der Aufstieg nur dadurch möglich war, daß das Land vorher in ein Trümmerfeld verwandelt wurde. Er sieht bloß, daß Rußland sich in eine ungeheure „Werkstätte“ verwandelt hat, in der fieberhaft gearbeitet wird; er versucht, sich darüber ein Bild zu machen, wie es in seiner Heimat, in Deutschland oder in der Tschechoslowakei, aussehen würde, wenn dort die Industrie einen solchen Aufschwung erleben würde und ist mit seiner Schlußfolgerung gleich bei der Hand, den Bolschewisten sei es gelungen, die Aufgabe zu lösen, die die Arbeiter in den anderen Ländern trotz aller Anstrengungen nicht bewältigen können; ganz Europa befindet sich im Zustande der wirtschaftlichen Stagnation, nur Rußland allein erfreut sich eines wirtschaftlichen Aufstieges — folglich ist die bolschewistische Methode gerechtfertigt. Wenn die deutschen Delegierten beispielsweise auf schlechte Fabrikräume, veraltete Maschinen, Untkultur, Rückständigkeit, Armut usw. stoßen, so sind sie sich nicht einen Augenblick darüber im Zweifel, daß dies alles nur auf „die traurige Erbschaft des Zarismus“ zurückzuführen sei. Und im Gegenteil, jede im Gange befindliche Fabrik, jede neue Maschine, jedes neue Gebäude, werden von ihnen als unwiderlegbares Zeugnis des Segens der bolschewistischen Politik betrachtet.

In Wirklichkeit liegen die Verhältnisse leider ganz anders. Das unselige Zarenregime hat in der Tat dem russischen Volke in vielen Beziehungen eine traurige Erbschaft hinterlassen. Aber die von ihm aufgehäuften industriellen Produktivkräfte bilden gerade jenen Teil der „Erbschaft“, durch den Sowjetrußland seine Existenz aufrecht erhält und den die Bolschewisten noch immer nicht in vollem Maße „wiederhergestellt“ haben. Der Prozeß des wirtschaftlichen Wiederaufbaues findet in Rußland nur deshalb statt, weil es den Volksmassen gelungen ist, die Bolschewisten zur teilweisen Kapitulation zu zwingen; der abseits stehende Beobachter jedoch erblickt in diesem Prozeß den Sieg des Bolschewismus.

Wenn die Arbeiterdelegierten mit den näheren Bedingungen und dem Stande des „Aufbauprozesses“ wirklich vertraut wären, so

wären sie unvermeidlich zur Schlußfolgerung gekommen, daß dieser Prozeß nicht für, sondern gegen die Volkswirtschaften spricht; sie wären zur Ueberzeugung gelangt, daß das, was von dem „Leninismus“ nach dem Uebergang zur neuen Wirtschaftspolitik zurückgeblieben ist — also die terroristische Parteidiktatur — den wirtschaftlichen Wiederaufbau keineswegs fördert, sondern vielmehr ein starkes Hindernis auf seinem Wege bildet.

3. Die Kehrseite der Medaille.

Die sowjetrussische Industrie produziert nicht nur eine geringe Menge von Waren. Auch die Qualität dieser Waren ist derart, daß Trozki sich genötigt gesehen hat, einen besonderen „Kampf um die Qualität“ einzuleiten und eine besondere Kommission für diesen Zweck einzusetzen. Diese Kommission dürfte indessen kaum bessere Resultate zeitigen als die Hunderte anderer Kommissionen, die ununterbrochen in Sowjetrußland tagen und noch heute tagen. Denn auch sie wird jenes grundlegende Uebel nicht beseitigen können, das in dem Prinzip besteht, daß an der Spitze eines jeden Unternehmens in Sowjetrußland nicht ein guter Sachkenner, sondern ein guter Kommunist stehen müsse. Dieses Prinzip entspringt dem Wesen der Parteidiktatur, die an allen leitenden Posten ihre „Augen und Ohren“ haben muß, und die genötigt ist, die politische Zuverlässigkeit höher als die Sachkenntnis zu schätzen. Das Orchester muß von einem guten Kommunisten dirigiert werden, selbst wenn er ein schlechter Musikant ist!

Unter den Kommunisten, die von der Partei auf leitende Posten gestellt werden, finden sich natürlich auch talentvolle Selbmademan, die sich schnell in ihre Aufgabe hineinfinden. Die Mehrzahl jedoch sieht sich genötigt, ihre sachliche Unkenntnis durch besondere Ergebenheit gegenüber ihrer Parteioberigkeit zu ersetzen: Die Verfolgung der Unzuverlässigen und Verdächtigen sowie die geschickte Abfassung schriftlicher Berichte, aus denen hervorgeht, daß „alles in Ordnung“ ist, wird zu ihrer Hauptaufgabe. Eine freie Presse und öffentliche Kontrolle gibt es in Sowjetrußland nicht; der Bürokratismus kann sich ungehemmt entfalten, und so entwickelt sich in allen Teilen des politischen und

wirtschaftlichen Verwaltungsapparates eine in sich abgeschlossene Kaste kommunistischer Bureaukraten, — durch gemeinsame Gastpflicht miteinander verbunden —, die sich gegenseitig unterstützen und decken. Diese Kaste hecht alle möglichen Pläne aus und sie selbst legt dann Zeugnis ab über ihre erfolgreiche Verwirklichung — bis zu dem Augenblick, wo eine neue Krise die Möglichkeit verhindert, die wirkliche Lage der Dinge zu verbergen. Dann gesteht diese Kaste, daß sie sich „verrechnet“ habe, aber gleichzeitig erklärt sie stolz, daß eine „Panik“ nicht am Platze sei, daß die Arbeiterklasse in ihrer Person, getreu den Ueberlieferungen Lenins, ihre „Lehrjahre“ durchmache, und daß hierbei Fehler unvermeidlich seien.

Inzwischen kommandiert diese Kaste kommunistischer Bureaukraten inappellabel jene Fachleute, die in der Sowjetindustrie tätig sind. Die Bolschewisten glauben auch heute noch, daß man die Menschen zwingen könne, gerne und gut zu arbeiten, wenn man sie wie Arbeitsvieh behandelt: „Euch ist — erklärte kürzlich der Führer der russischen Gewerkschaften, Tomski, den Ingenieuren — die volle Freiheit gegeben, wissenschaftliche Bücher und Zeitschriften zu lesen; was für eine Freiheit braucht ihr denn noch?“ Dabei ist die ungeheure Mehrheit der für die Industrie notwendigen Fachleute (ganz abgesehen von den Lehrern, Ärzten usw.) nicht nur in moralisch-politischer Hinsicht in eine erniedrigende Lage versetzt, sondern auch in materieller Hinsicht so wenig gesichert, daß nach dem Geständnis des Organs Tomskis*) („Trud“ vom 25. Feber 1926) 70% aller Ingenieure nicht imstande sind, auch nur eine Kopete für jene Bücher und Zeitschriften aufzuwenden, die ihnen der Vorsitzende des Allrussischen Gewerkschaftsrates gnädigst zu lesen gestattet! Wie unter diesen Umständen die Arbeit der Fachleute ausfällt, und wie sie auf die Dualität der Erzeugnisse einwirkt, liegt auf der Hand. Die nach Rußland gereisten Delegierten haben auch hier einige glänzende *U s n a h m e n* gesehen,

*) Das Gewerkschaftsorgan „Trud“ (Nr. 38) erzählt, wie die „roten“ Wirtschaftler in der Provinz sich den Dienst der Fachleute zu sichern versehen: „Man bezichtigt den Fachmann irgend einer Uebertretung der Gesetze, verurteilt ihn zur Zwangsarbeit und damit . . . Punktum: nun ist der Fachmann an die Scholle gebunden, sein Entrinnen wird unmöglich“.

ihrem Blick sind jedoch die Beziehungen entgangen, die einen Massencharakter tragen.

Die Sowjetindustrie produziert jedoch nicht nur wenig und schlecht, sie produziert auch sehr teuer. Die durchschnittlichen Großhandelspreise der Industrieerzeugnisse sind gegenüber der Vorkriegszeit fast um das Doppelte gestiegen. (Nach dem Index der Staatlichen Plankommission — „Gosplan“ — betrug die Steigerung zum 1. Jänner 1926 1.924. Siehe „Wirtschaftswoche Dörsenitz“ 1926, Nr. 1.) In Getreide umgerechnet zeigen die Großhandelspreise der wichtigsten Verbrauchsartikel folgendes Bild:

Preis der Waren in Pfund Kornmehl ausgedrückt.*)

	1913	1926 (Jänner)
1 Pfund Salz	0.4	0.7
1 „ Zucker	6.3	7.5
1 Paar Stiefel	226.0	384.0
1 Arschin Kattun	5.5	9.4
Gußeienerzeugnisse pro Pfund	2.7	4.6

Dies alles bezieht sich aber nur auf die Großhandelspreise.

Die Kleinhandelspreise der staatlichen Trusts und der Genossenschaften sind bedeutend höher. Auf dem Wege zum Konsumenten kommen zu diesen Kleinhandelspreisen noch sehr wesentliche Zuschläge hinzu. So überschritten nach den Angaben der „Handels- und Industriezeitung“ vom 7. Feber 1926 die Warenpreise auf den städtischen Märkten die offiziellen Kleinhandelspreise mit 1. Jänner 1926:

bei Petroleum	um 24.6%
„ Nägeln	„ 76.0%
„ Kattun	„ 81.4%
„ Salz	„ 117.6%

Noch höher sind die Preise auf den ländlichen Märkten. Die „Handels- und Industriezeitung“ vom 10. Feber 1926 führt folgende Beispiele an:

Nägel: Der Kleinhandelspreis des Staatstrusts beträgt 4 Rubel plus 2 Rubel Zuschlag für das flache Land, insgesamt also

*) 1 Pud = 40 russische Pfund, 1 russisches Pfund = $\frac{2}{5}$ Kilo, d. h. 400 Gramm. 1 Rubel = 2 deutsche Reichsmark = 16 tschech. Kronen.

6 Rubel pro Pud (1 Pud = 16 kg). In Wirklichkeit wird ein Pud Nägel vom Genossenschaftsladen im Dorf für 8 bis 12 Rubel, und von den privaten Händlern für 10 bis 16 Rubel verkauft.

Bandeisen: Der Kleinhandelspreis des Staatstrufts beträgt 2,5 Rubel plus 1,3 Rubel Zuschlag für das flache Land, insgesamt also 3,8 Rubel pro Pud. In Wirklichkeit jedoch zahlt der Bauer im Genossenschaftsladen 8 Rubel und beim privaten Händler 12 bis 16 Rubel pro Pud.

Solcher Beispiele könnte man noch eine ganze Menge anführen. Die Folge ist, daß beispielsweise der Preis eines Pfluges im Preisverzeichnis des Handelskommissariats zwar dem Preise von 29 Pud Korn, und der Preis einer Mähmaschine dem Preise von 140 Pud Korn gleichgesetzt ist, daß aber in Wirklichkeit der Bauer für einen Pflug 64 Pud Korn und für eine Mähmaschine 327 Pud liefern muß. („Handels- und Industriezeitung“ vom 2. März 1926).

Die unglaubliche Höhe der Speesen bei der Bewegung der Waren vom Lieferanten zum Konsumenten erklärt sich bei dem staatlichen und genossenschaftlichen Handel aus seiner *bureaokratischen Organisation*: Die Ware wandert durch eine Reihe von Instanzen — im Zentrum, im Rayon, im Gouvernement, im Kreise usw. —, von denen jede einen gewissen Prozentsatz für den Unterhalt ihres Apparates und — zur Deckung der Verluste aus unvernünftigem Wirtschaften und den kolossalen Untreuen im Preise aufschlägt. Noch höhere Zuschläge macht der private Händler, der nicht nur das Risiko, das seiner völligen juristischen Unsicherheit entspringt, ausgleichen, sondern auch die Ausgaben für die hohen Steuern wie auch — für die *Bestechungen* decken muß, die er zu entrichten hat, um rechtzeitig die erforderlichen Waren zu beschaffen, ihre Lieferung durchzusetzen usw. Und trotzdem zieht es die Bevölkerung vor, ihre Waren beim privaten Händler einzukaufen, weil er das liefert, was der Käufer braucht, während die bürokratisch organisierte Genossenschaft dem Käufer vollkommen unnütze Waren aufzwingt, andere Waren nicht rechtzeitig liefert oder aber Waren von schlechter Qualität führt.

Obwohl die Sowjetindustrie der Bevölkerung schlechte Waren zu hohen Preisen liefert, bringt sie dem Staate nicht Gewinn, son-

dem Verlust. In den Jahren 1910 bis 1913 brachte die russische Großindustrie ihren Besitzern im Durchschnitt einen Jahresgewinn von 15%. Bei einem Grundkapital von 3,5 Milliarden Rubel betrug dieser Gewinn im Jahre 1913 mehr als eine halbe Milliarde Rubel.*) Die Bolschewisten haben diese Industrie nationalisiert. Sie haben auch die Kleinindustrie, die Banken und den Handel nationalisiert, sie rühmen sich nun, daß sie die Industrie wiederhergestellt und fast auf den Vorkriegsstand gebracht haben. Sie vergessen, hinzuzufügen, daß diese wiederhergestellte Industrie nicht nur ohne jenen Halbmilliardengewinn arbeitet, den die Kapitalisten in der Vorkriegszeit aus der russischen Industrie zogen, sondern dem Staate noch Verluste bringt und jährlich „Dotationen“ erfordert. Diese Dotationen werden ihr in zweierlei Formen gegeben: in Form direkter Staatsbewilligungen und in Form von Bankkrediten. Aber die Darlehen der Banken sind nur dem Namen nach Kredite. In Wirklichkeit werden sie nicht zurück-erstattet, die Wechsel werden vielmehr von Jahr zu Jahr prolongiert und die Bank, die eine staatliche Institution darstellt, hat keine Mittel in der Hand, um die Schulden des Industrietrusts oder der einzelnen Fabrik, die gleichfalls Staatsbetriebe sind, einzutreiben. Sie kann ja nicht das Vermögen des bankrotten Schuldners ver- steigern lassen, da dies gleichbedeutend wäre mit der Aufhebung des Dekrets über die Nationalisierung der Industrie!

Die Folge ist nun, daß die nationalisierten Industrien im Wirtschaftsjahre 1922/1923 vom Staate 290 Millionen erhielten (150 Millionen laut dem Etat und 140 Millionen von den Banken) und daß dieser Betrag im Wirtschaftsjahre 1923/1924 auf 345 Mil- lionen stieg, (125 Millionen laut dem Etat und 220 Millionen von den Banken).**) Allerdings wird in den amtlichen Berichten für 1924/1925 für einige Industriezweige ein Gewinn von 268 Mil- lionen Rubel angegeben. Aber in demselben Jahre erhielt die Industrie 623 Millionen Rubel (109 Millionen laut dem Etat und 514 Millionen von den Banken), woraus sich ergibt, daß die In-

*) Alle diese Zahlen sind der bolschewistischen Zeitschrift „Planwirtschaft“ (russisch) 1925, Nr. 2, entnommen.

***) A. Stern, „Industrie und Finanzen“. Herausgegeben von der „Finanzzeitung“ (russisch), 1924.

dustrie auch in diesem Jahre vom Staat 355 Millionen Rubel erhalten hat.

Die Ursachen der Defizitwirtschaft der russischen Industrie, die in den Händen der privaten Kapitalisten ungeheure Gewinne einbrachte, sind nach den obigen Darlegungen verständlich: Es ist das Unvermögen, die Ungeschicklichkeit, oft aber auch die direkte Unzuverlässigkeit des weitverzweigten, kostspieligen bürokratischen Apparats, der jeder öffentlichen Kontrolle entbehrt. **Die nationalisierte Industrie bringt dem Staate Verluste. Aber nicht nur die Industrie. Auch der staatliche Handel,** der äußere wie der innere, die verstaatlichten Genossenschaften,*) die verstaatlichten Gewerkschaften, die Sowjetbetriebe in der Landwirtschaft usw. —, alle diese Unternehmungen verlangen „Dotationen“ vom Staate. **Wer deckt schließlich diese Verluste?** Wer muß alle diese Dotationen sowie die ungeheuren Aufwendungen für Armee, Polizei und Beamtenschaft bezahlen? Niemand anders als der **Steuerzahler**, d. h. angesichts der Vernichtung der alten Bourgeoisie und der erst im Entstehen begriffenen neuen Bourgeoisie, die unter der kommunistischen Diktatur gezwungen ist, sorgfältig ihre Kapitalien zu verstecken: die **werk tätige Masse, der Arbeiter und der Bauer**. Die Arbeiter und die Bauern bezahlen den ungeheuren Apparat der Diktatur, sie decken die Verluste, die sich aus ihrer unsinnigen Politik, aus der unvernünftigen und gewissenlosen Wirtschaft der kommunistischen Bürokratie ergeben.

Das Budget (Etat) Sowjetrußlands erreicht im Wirtschaftsjahr 1925/26 die ungeheure Höhe von 3778 Millionen Rubel. Aber 58% aller Steuereingänge fließen aus den indirekten Steuern auf Gebrauchsartikel. Die direkten Steuern bringen bloß 33%, Stempelsteuern und andere Gebühren 9%. Aber diese Gebühren sind im Grunde genommen auch indirekte Steuern. Als indirekte Steuer betrachteten selbst die Sowjetökonomen (siehe „Kontrollzahlen“, S. 41) auch die im Warenpreise eingeschlossene Gewerbesteuer, die 200 Millionen erbringt. **Demnach betragen die auf den Konsumenten entfallenden indirekten Steuern bis zu 80%**

*) So belief sich noch im Dezember 1924 die Schuldsomme der Genossenschaften bei der Staatsbank auf 145 Millionen Rubel („Ökonomischeskaja Schijn“ vom 10. Dezember 1924).

aller Steuereingänge. Von den restlichen direkten Steuern entfällt schließlich der Löwenanteil auf die von den Bauern entrichtete Landwirtschaftsteuer, die 235 Millionen Rubel einbringt. Auf diese Weise preßt die Sowjetbureaucratie auf dem Wege der Besteuerung aus der Masse der Arbeiter und Bauern jene ungeheuren Summen heraus, die sie für ihre verschwenderische Defizitwirtschaft braucht. In den Jahren der „Neuen Wirtschaftspolitik“ griff sie aber auch noch zu anderen Mitteln, um der Bevölkerung das Geld aus der Tasche zu ziehen: Sie gab Papiergeld aus, das in den Taschen der Bevölkerung stecken blieb, das aber dem Staate reale Werte: Arbeitskräfte, Getreide, Baumwolle, Flachs, Erze usw. verschaffte. Im Jahre 1923/1924 wurde neues Geld im Betrage von 550 Millionen Rubel in den Verkehr gebracht, d. h. es wurden in dieser Höhe Werte aus der Volkswirtschaft gezogen, die nur mit Erzeugnissen der Notendruckpresse bezahlt wurden.

Die wirkliche Mechanik der wiederaufgebauten Industrie in der Periode der „Neuen Wirtschaftspolitik“ zeigte unter dem Druck der terroristischen Diktatur folgendes Bild: Die neue Wirtschaftspolitik hat die Entwicklung der kleinbürgerlichen Bauernwirtschaft gefördert. Durch Steuern und Geldemissionen war die Sowjetregierung bemüht, aus den Taschen der Bauern (die Zahl der Arbeiter ist in Rußland verhältnismäßig gering und viel ist von ihnen nicht zu holen) jene Mittel herauszuziehen, die für den Unterhalt des politischen und wirtschaftlichen Apparates der Diktatur, darunter auch die Mittel für die Wiederherstellung der mit Defizit arbeitenden nationalisierten Industrie notwendig sind. Technisch bedeutete diese Wiederherstellung die Wiederinbetriebsetzung der alten Fabriken, die in der Periode des „Kriegs Kommunismus“ stillgelegt worden waren. Die Zunahme des Warenverkehrs gestattete, neue Geldzeichen in Umlauf zu bringen, ohne Gefahr zu laufen, daß dadurch die Stabilität der Währung erschüttert würde.

4. In der wirtschaftlichen Sadgasse.

Wenn die Arbeiterdelegierten mit dieser Mechanik des „Wiederherstellungsprozesses“ gut vertraut wären, würden sie sie sicher-

sich nicht als wunderbaren Erfolg des Bolschewismus preisen und sie kaum als Muster zur Nachahmung empfehlen. Aber was noch wichtiger ist, sie würden erkennen, daß die unter diesen Umständen vor sich gehende industrielle Belegung sehr enge Auswirkungsmöglichkeiten hat, die von dem Umfange des unzerstört gebliebenen Kapitals aus der Vergangenheit abhängen. Die ökonomischen Berechnungen der Bolschewisten waren sehr einfach: Die neue Wirtschaftspolitik eröffnete in fortschreitendem Maße die Möglichkeit, die Bauernwirtschaft zu befestigen und auf breitere Grundlagen zu stellen. Die Bolschewisten förderten sehr gern das Anwachsen der wohlhabenden und privatkapitalistisch wirtschaftenden Bauerngüter.*) Aber nur unter der Bedingung, daß die bolschewistische Diktatur mit Hilfe der hohen Preise für Industriewaren sowie der Steuern und Geldemissionen alle Früchte der häuerlichen Bereicherung exproprierte, und sie nicht nur für den Unterhalt des militärischen, administrativen und wirtschaftlichen Apparates der Diktatur, sondern auch zur Deckung der Verluste der nationalisierten Industrie verwenden könnte. Die Berechnung war einfach. Bloß ein Faktor war nicht in Rechnung gestellt worden, und zwar der, daß der Bauer, von der Drohung der junkerlichen Konterrevolution befreit und wirtschaftlich erstarkt, nicht die Neigung haben würde, die Rolle eines Schafes zu spielen, das nur deshalb seine Wolle wachsen läßt, damit die kommunistische Diktatur sie scheren könne. Mochten die Bolschewisten sich noch so energisch „mit

*) Kein Mitglied der kommunistischen Opposition, sondern einer der Führer der auf dem 14. Parteikongreß siegreichen Mehrheit, Molotow, erklärte in der Plenarversammlung des kommunistischen Zentralkomitees im Mai 1926: „Wir bringen die kapitalistischen Beziehungen im Dorfe und im ganzen Lande zur Entfaltung.“ Ebenso hat ein anderer Führer dieser Mehrheit, Ossinski, in der „Prawda“ vom 25. Jänner geschrieben, „der Aufschwung der Produktivkräfte“ verlange die Förderung „des kleinen Kapitalisten, als welchen man den Bauern mit einem großen Landanteil in Höhe von einigen Duzend Hektaren, mit einer großen Anzahl Pferde, einigen Maschinen und Lohnarbeitern bezeichnen müsse“. Bucharin bezeichnete unvorsichtigerweise den Inhalt der bolschewistischen Politik gegenüber der Bauernschaft mit der Parole: „Reichert euch!“, die auch Tschitschewin in der Wiener „N. Fr. Presse“ den Kapitalisten zurief. Der 14. Parteikongreß veranlaßte Bucharin, sich von dieser allzu offenherzigen Parole loszusagen. Aber der Sinn der bolschewistischen Politik wird durch diese Abschwörung natürlich nicht geändert.

dem Gesicht zum Dorf“ wenden, die stiernadigen Bauern, die die Wandlungen der bolschewistischen Politik für die Befestigung der Wirtschaft gerne ausnutzten, lehnten dennoch eine Kombination ab, bei der ihnen lediglich die Aufgabe zufiel, für die kostspielige, verschwenderische und wirtschaftlich unfähige kommunistische Bürokratie zu arbeiten. Die übermäßig hohen Preise der Industrieerzeugnisse beantworteten sie mit einem Käuferstreik. Die „Schere“, d. h. die Differenz zwischen den Preisen der Industrieerzeugnisse und den Getreidepreisen, bewirkte ein unerhörtes wirtschaftliches Paradoxon: trotz offenkundigen Mangels an Industriewaren litt die Industrie unter einer Absatzkrise! Andererseits weigerte sich der Bauer, Getreide, Rohstoffe usw. zu den von den staatlichen Beschaffungsorganen festgesetzten Preisen zu liefern: Die Absatzkrise der Industrie wurde von einer Produktionskrise abgelöst. Die Getreideausfuhr, diese wichtigste Quelle zur Beschaffung ausländischer Währung, die für Einkäufe im Auslande, für den Unterhalt des diplomatischen Personals, für die Subventionen an die kommunistischen Parteien usw. notwendig war, war schon an sich durch die Kostspieligkeit des offiziellen, mit Monopolgewalt ausgerüsteten Handelsapparates erschwert.* Sie wurde vollends unmöglich, sobald der Bauer die Preise der Erzeugnisse seiner Wirtschaft auf eine Höhe hob, die einigermaßen dem Vorkriegsverhältnis zwischen den Preisen für Industriewaren und dem Getreidepreis entsprach.

So vollzog sich, von Krise zu Krise, in Wirklichkeit der „Wiederherstellungsprozeß“ der russischen Wirtschaft. Er vollzog sich aber trotzdem, so weit man mit verhältnismäßig geringen Aufwendungen die stillstehenden Fabriken in Gang setzen konnte, und so weit der zunehmende Warenverkehr die immer wieder neu herausgegebenen Papiergeldmengen aufsaugte. Die deutsche Arbeiterdelegation, die Rußland im Juli und August 1925 besuchte, sah mit eignen Augen diesen „Wiederherstellungsprozeß“; sie erzählte darüber vieles mit Begeisterung in ihrem Bericht, indem sie gleich-

*) Die „unerhört hohen Spesen“ beim Getreideexport („Ekon. mitšestlaja Šifn“ vom 19. August 1925), die mehr als 67% des Verkaufspreises betrugten, wurden trotz aller Bemühungen bloß auf 58% „herabgedrückt“. („Ekon. Šifn“, 28. 8. 1925.)

zeitig auf Grund der Angaben der Bolschewisten auf die rosigten Erwartungen hinwies, die man für das folgende Jahr hegen durfte. Sie hatte aber kaum Rußland verlassen, als die Bolschewisten wiederum einen gewaltigen „Fehler“ in ihren Berechnungen konstataieren mußten. In Anbetracht der ausgezeichneten Ernte bestand der Plan, mehr als 600 Millionen Pud (1 Pud = 16 kg) Getreide nach dem Auslande auszuführen, für die auf diese Weise beschaffte Währung die notwendigen Maschinen und Rohstoffe einzukaufen, einen ungeheuren Schritt vorwärts in der Entwicklung der Industrie zu tun usw. Die Wirklichkeit stand mit diesen rosigten Erwartungen im krassen Widerspruch. Die Sowjetstatistiker hatten die Ernteerträge überschätzt, sie hatten sich „verrechnet“. Die Sowjetökonomisten hatten die Bereitwilligkeit der Bauern überschätzt, ihr Getreide billig abzugeben und hatten gleichzeitig die Konjunktur auf dem Weltmarke falsch eingeschätzt — sie hatten sich „verrechnet“! Die Sowjetpolitiker hatten an die zum tausendsten Male verkündete „Wendung mit dem Gesicht zum Dorf“ die rosigsten Hoffnungen geknüpft — und sich gleichfalls „verrechnet“. Die Folge war, daß die Getreidepreise auf den inneren Märkten so sehr in die Höhe gingen, daß es insbesondere bei den hohen Speisen unvorteilhaft erschien, das Getreide nach dem Auslande auszuführen.*) Die Ausfuhr ging zurück und in Verbindung damit mußte auch die Einfuhr fast auf die Hälfte (von 518 Millionen Vorkriegsrubel auf 280 Millionen) herabgesetzt werden; gleichzeitig mußten die in Erwartung kommenden Segens abgeschlossenen Einkäufe im Auslande

*) Ungeachtet der gestiegenen Getreidepreise (1.2 bis 1.3 Rubel pro Pud statt 0.9 bis 0.96 Rubel im Vorjahre. „Ekonomscheskaja Schin“ vom 9. 2. 1926), sind die Industriewaren nach wie vor für den Bauern unerschwinglich; nach wie vor muß er für ein Arschin Rattum 10.47 Pfund Roggenmehl statt 5.5 Pfund im Jahre 1913 zahlen, für ein Paar Stiefel 427.9 Pfund statt 226, für gußeiserne Geschirre pro Pfund 5.2 Pfund Roggenmehl statt 2.7 Pfund, für ein Pfund Zuder 8.8 statt 6.3 Pfund, für ein Pfund Salz 0.8 statt 0.4 Pfund („Westnik Torgowli i Promyschlennosti“ Nr. 12). Unter diesen Umständen lauft der Bauer nur das Notwendigste und zieht es vor, das Getreide als Viehfutter zu verwenden, statt es auf den Markt zu bringen.

mit Gold bezahlt werden.*) Statt der erwarteten aktiven Handelsbilanz in einer Höhe von mehr als 200 Millionen Rubel wird jetzt eine ebenso hohe passive Handelsbilanz erwartet. Das gesamte Gebäude der Sowjetwirtschaft, deren höchste Blüte die deutsche Arbeiterdelegation zu beobachten Gelegenheit hatte, begann schon gleich nach ihrer Abreise in allen Fugen zu krachen.

Schon im Dezember 1925 setzte infolge des Mangels an Heizmaterial, Rohstoffen, Halbfabrikaten, sowie infolge des Nichtertressens notwendiger Maschinen eine heftige industrielle Krise ein. Man sah sich insolgedessen genötigt, die weit gespannten Pläne der weiteren Entwicklung der Industrie zu revidieren: Von 49% mußte die erwartete Zunahme auf 39% herabgesetzt werden. Das alles waren aber nur noch papierene Pläne, in Wirklichkeit zeigt bereits eine Reihe von Industriezweigen statt eines weiteren Wachstums deutliche Anzeichen des Zusammensturzes. So mußten bereits, nach den Angaben der „*Ekonomitscheskaja Schisn*“ und der „*Handels- und Industriezeitung*“ vom 14. Feber, die Baumwollindustrie, die Wollindustrie, die Färberei- und Fettindustrie ihre Produktion um 15% einschränken; bei der Metall- und elektrotechnischen Industrie beträgt die Einschränkung 10%, bei der Tee- und Kaffeeindustrie 17%, bei der chemischen Industrie 9% usw.; bei allen diesen Einschränkungen wird die Entlassung von 70.000 Arbeitern erwartet. Der unmittelbare Anlaß zu dieser Einschränkung der Produktion besteht darin, daß die Sowjetregierung sich genötigt gesehen hat, den Umfang der an die Industrie ausgegebenen Subsidien und Kredite einzuschränken. Diese Einschränkung wiederum geht darauf zurück, daß die russische Währung ins Wanken geraten ist. In Erwartung einer glänzenden Ernte und ihrer segensreichen Folgen hatte die Sowjetregierung fortgesetzt neue Millionen Papiergeld gedruckt, mit denen sie die nationalisierte Industrie unterstützte: vom Juli bis September 1925 wurden 297 Millionen Rubel herausgegeben (was eine Erhöhung der im Umlauf befindlichen Geldmenge um 35% bedeutete); im Oktober wurden weitere 104 Millionen und im November 40 Millionen ausgegeben. Als es sich aber herausstellte,

*) Bekanntlich sind bereits einige Posten russischen Goldes an die deutsche Reichsbank verkauft worden.

daß man sich wiederum „verrechnet“ hatte, begann die Kaufkraft des Tschermonez zu sinken, machten sich die ersten Anzeichen der den europäischen Arbeitern so gut bekannten Inflation bemerkbar. Es mußte nicht nur die Herausgabe neuer Geldzeichen eingestellt, sondern nach und nach auch ein Teil der bereits ausgegebenen Geldnoten wieder eingezogen werden. (Im Jänner und Feber 1926 wurden 30 Millionen Rubel aus dem Verkehr gezogen). Gleichzeitig mußte aber auch der Geldschrank geschlossen werden, aus dem man bis dahin die Beträge zur Deckung der Defizite der nationalisierten Industrie genommen hatte. An die Stelle der rosigen Hoffnungen auf die weitere schnelle Ausdehnung der Industrie traten pessimistische Betrachtungen über die Notwendigkeit, selbst die bestehende Industrie einzuschränken. *) Die heftige Krise, die die Sowjetindustrie zur Zeit durchmacht, ist keineswegs eine vorübergehende Schwierigkeit, deren es so viele im Laufe des „Wiederherstellungsprozesses“ gegeben hat. Diesmal haben wir es mit einer bedrohlicheren Erscheinung zu tun, denn die Grundlagen dieses Prozesses selbst sind erschüttert.

Wie bereits erwähnt, gründete sich die industrielle Belebung der letzten Jahre auf der Ausnutzung des alten Kapitals. Zunächst wurden naturgemäß die am besten eingerichteten und erhalten gebliebenen Betriebe in Gang gesetzt. Allmählich mußte man zu den schlechter eingerichteten übergehen, was eine Verringerung der Arbeitsergiebigkeit und eine Verteuerung des Produktes nach sich zog. Damit nahm der „Wiederherstellungsprozeß“ mehr oder weniger ein Ende: alles, was man auf irgend eine Weise verwerten konnte, war bereits ausgenutzt. Soll die Sowjetindustrie nun eine weitere Ausdehnung erlangen, so müssen neue Fabriken gebaut, neue maschinelle Einrichtungen beschafft, muß neues Kapital herangeholt werden.

Neues Kapital ist aber auch dazu erforderlich, die Industrie auf ihrer jetzigen Höhe zu erhalten. Die Fabriksgebäude geraten in Verfall, die Maschinen und Dampfkessel nutzen sich ab. Soll die Industrie in Gang gehalten werden, so sind ungeheure Kapitalien

*) Es muß gesagt werden, daß sich unter den „roten“ Wirtschaftspolitikern Sowjetrußlands nicht wenige kommunistische Stinnesse befanden, die die Inflation als Mittel zur „Entwicklung der Industrie“ forderten.

für ihre Ummontierung, für den Bau von Arbeiterwohnungen usw. erforderlich. Nach den Berechnungen der Sowjetökonomisten müßte man zur Abwendung einer Reduktion der Industrie im Wirtschaftsjahr 1925/1926 allein kapitale Aufwendungen in Höhe von 1100 Millionen Rubel machen. Als festgestellt wurde, daß alle mit der Ernte und der Getreidoeinfuhr aufgestellten Pläne wie Seifenblasen zerplatzten, wurde ein neuer „Plan“ aufgestellt, der kapitale Aufwendungen in Höhe von 746,8 Millionen Rubel vorsah.**) Woher sollen aber diese Millionen genommen werden? Und woher sollen die ungeheuren Kapitalien beschafft werden, damit die Industrie sich weiter ausdehnen kann? Das ist das Problem, von dessen Lösung die wirtschaftliche Entwicklung Rußlands abhängt, und das heute im Mittelpunkt der Erwägungen der Wirtschaftsführer und Politiker Sowjetrußlands steht.***) Die „neue ökonomische Politik“, d. h. die Entfesselung der bürgerlichen kapitalistischen Beziehungen in der Wirtschaft unter Aufrechterhaltung des politischen Regimes der kommunistischen Diktatur, ist an der Grenze ihrer Auswirkungsmöglichkeiten angelangt. Sie war imstande, mit Mühe und Not die Produktivkräfte wiederherzustellen, die als Erbeil von der Vergangenheit übernommen und durch den Kriegskommunismus gelähmt worden waren. Sie war aber nicht imstande, neue Produktivkräfte zu schaffen und anzuhäufen, um die weitere industrielle Entwicklung Rußlands zu sichern. Die Periode der „Neuen Wirtschaftspolitik“ geht zu Ende und die Frage taucht auf, was weiter geschehen soll. Die bolschewistischen Politiker und

*) Siehe „Kontrollzahlen des Gosplan“ von 1925 und die „Handels- und Industriezeitung“ vom 20. Feber 1926.

**) Die Bolschewisten selbst sehen klar, was den Arbeiterdelegierten entgeht, — daß nämlich für die Sowjetindustrie eine neue, und zwar eine kritische Periode beginnt. So hat Rykow in der Sitzung des Leningrader Sowjets erklärt:

„Bis jetzt stand vor uns hinsichtlich der Entwicklung der Industrie eine ziemlich einfache Aufgabe: wir mußten die stillgelegten Betriebe in Bewegung setzen, wozu man nur des Brennstoffes, der Rohmaterialien und der Mittel für den Arbeitslohn bedurfte. Von diesem Jahre an werden wir unsere Industrie nur im Wege des Umbaues, der technischen Vervollkommnung und der Neuerrichtung von Fabriken erweitern können. Darin besteht der prinzipielle Unterschied zwischen derjenigen Periode, die jetzt beginnt, und der gesamten vorangehenden Zeit, wo wir in technischer und industrieller Hinsicht davon gelebt haben, was wir von der Bourgeoisie geerbt haben“ („Pravda“ vom 10. März 1926).

Wirtschaftsführer geben auf diese Frage verschiedene Antworten. Wir lassen hier die vollkommen unsinnigen Antworten außer Acht, wie beispielsweise jene, daß man mit dem Auslande „bewußt mit Verlust Handel treiben müsse, um nur den Zustrom ausländischer Währung zu sichern, während man die Verluste bei der Ausfuhr durch Einfuhr von Luxusartikeln wettmachen müsse, die mit einem Profit von 600 Prozent verkauft werden.“ („Prawda“ vom 4. Feber 1926). Die Verfasser dieser Vorschläge vergessen, daß für den Erfolg solcher papierener Pläne zwei Dinge erforderlich sind: 1. daß im Lande eine ungeheure Schicht von Kapitalisten und reichen Leuten vorhanden sei, die imstande wäre, eine genügende Menge von Luxusartikeln zu enormen Preisen zu konsumieren, und 2., daß die rechtliche Lage dieser Schicht eine solche sei, daß sie nicht befürchten müsse, öffentlich ihren Reichtum zu demonstrieren. Mit anderen Worten: die Verfasser dieses Planes haben zur Rettung der kommunistischen Diktatur ein Mittel ausgeheckt, das die völlige Vernichtung dieser Diktatur und die durch nichts beschränkte Herrschaft der Plutokratie zur Voraussetzung hat! Das ist natürlich blühender Unsinn. Ist es aber nicht bezeichnend für die Schärfe der Wirtschaftskrise in Sowjetrußland, daß das Zentralorgan der alleinherrschenden kommunistischen Partei derartige „Pläne“ ernstlich behandelt und sie zur öffentlichen Erörterung stellt?

Läßt man aber die phantastischen Pläne der geschilderten Art außer Acht, so muß man auf zwei Hauptrichtungen hinweisen, in denen sich der Gedanke der Bolschewisten bewegt, um einen Ausweg aus der Sackgasse zu finden. Der erste Ausweg ist die „Agrarisierung“ des Landes. Man müsse, so heißt es, den Gedanken einer Ausdehnung der Industrie aufgeben und sich damit abfinden, daß Rußland ein Land mit einer Kleinbürgerlichen Bauernwirtschaft sein würde. Wir wollen die Frage nicht untersuchen, ob eine solche „Agrarisierung“ möglich ist. Aber der Gedanke der Verfünder dieser Idee ist klar. Niemand von denen, die die Behauptung aufstellen, daß die Sowjetindustrie eine „konsequent sozialistische“ sei, leugnet, daß die russische Bauernwirtschaft eine „konsequent Kleinbürgerliche“ Wirtschaft ist. Wer auf dieser Wirtschaft die ökonomische Zukunft Rußlands aufrichtet, und bereit ist, die Degradierung der Industrie, die Herabsetzung der Zahl und

der wirtschaftlichen Bedeutung des Proletariats in den Kauf zu nehmen, der gibt nicht nur heute, sondern für lange Zeit, wenn nicht für immer den Gedanken des Sozialismus preis. Was wird unter diesen Umständen aus der Verwirklichung „der Prinzipien von Marx und Engels“, die die deutschen Arbeiterdelegierten in Rußland mit eigenen Augen sehen wollten? Ein anderer Ausweg, der empfohlen wird, besteht darin, daß man ungeachtet aller Schwierigkeiten die weitere Industrialisierung des Landes anstreben müsse. Wie, auf welche Weise? Woher sollen die notwendigen Kapitalien beschafft werden? Auch hier werden verschiedene Wege empfohlen. Wir bemerkten bereits, daß es nicht wenige „rote“ Wirtschaftspolitiker gibt, die nicht abgeneigt wären, den Weg der Inflation zu beschreiten. Es müsse Geld gedruckt und in die Industrie hineingeschleudert werden. Je weiter die Entwertung des Geldes fortschreiten würde, desto billiger würden die Erzeugnisse der Sowjetindustrie gegenüber den Preisen auf dem Weltmarkte werden. Auf diese Weise würden sich für den russischen Export ungeheure Möglichkeiten eröffnen, während die Verluste aus der Inflation Aber die europäischen Arbeiter wissen nur allzugut aus eigener Erfahrung, wer letzten Endes die „Entwicklung der Industrie“ auf der Grundlage der Inflation bezahlt, als daß man ihnen noch auseinandersetzen müßte, weshalb auch dieser Weg mit den „Prinzipien von Marx und Engels“ nichts gemeinsam hat.

Es bleibt noch ein anderer Weg übrig: der Versuch, das Privatkapital zur Befestigung und Ausdehnung der Sowjetindustrie auszunutzen und die Bourgeoisie, in Rußland wie im Auslande, zu veranlassen, sich in den Dienst des „sozialistischen Aufbaues“ zu stellen. Gegenüber dem russischen Inlandskapital bedeutet dieser Vorschlag, daß die Sowjetregierung versuchen müsse, alle jene „Ergebnisse“ in ihren Händen zu konzentrieren, die aus den Erträgen der Bauernwirtschaft, dem privaten Handel, den Tantiemen der Trust- und Syndikatgewaltigen und (eine im heutigen Rußland nicht unwichtige Quelle der Bereicherung) den grandiosen Veruntreuungen stammen. Die Gesamtsumme dieser privaten Kapitalien im heutigen Rußland dürfte nicht allzuhoch sein. Gut unterrichtete Leute sind der Ansicht, daß diese Gesamtsumme ungefähr 500 Millionen Rubel betrage. Aber so

gering diese Kapitalien verhältnismäßig auch sind, für die Sowjetregierung sind sie unerreichbar, gerade infolge ihres terroristisch-diktatorischen Charakters. Wie soll man auch einem Staate Geld geben, dessen diktatorische Regierung morgen aus eigener Machtvollkommenheit alle heute übernommenen Verpflichtungen annullieren und ihren Gläubiger enteignen, einkertern, deportieren und sogar auf Grund einer einfachen Verfügung der Politischen Staatsverwaltung erschießen lassen kann! Das Gericht? Aber die bolschewistische Diktatur hat auch das Gericht als ihr untergeordnetes Organ erklärt. Und nach welchem Kodex sollte auch dieses Gericht seine Urteile fällen? Von den kaum 200 Strafbestimmungen des neuen Strafgesetzbuches lauten 42 auf Todesstrafe. Ein Todesurteil kann gefällt werden gegen einen Menschen „wegen Nichterfüllung der Vertragsverpflichtungen gegenüber einer staatlichen Institution oder einem staatlichen Betriebe“ (Artikel 130), wegen „Veruntreuung des einem Pächter laut Vertrag überlassenen staatlichen Gutes“ (Artikel 129), wegen „Espionage jeglicher Art“ (Artikel 66), d. h. auch wegen der sogenannten „Wirtschaftsspionage“ usw.*) Es genügt, sich eine Vorstellung davon zu machen, was alles unter diese Kautschukparagrafen gestellt werden kann, um die Vergeblichkeit jener Hoffnungen zu erkennen, die auf die Heranziehung der privaten „Ersparnisse“ für die Bedürfnisse der staatlichen Betriebe unter Aufrechterhaltung der bestehenden politischen Ordnung gerichtet sind. Ebenso wie der russische Bauer alle „wirtschaftlichen Konzessionen“ ausnützt, um seine Wirtschaft zu besetzen, aber gleichzeitig der Sowjetregierung nur ein Mindestmaß von Getreide liefert und sorgfältig sein Geld versteckt, nutzen die Männer der „Neuen Wirtschaftspolitik“, d. h. die Vertreter der neu entstehenden Bourgeoisie, alle Möglichkeiten aus, um durch spekulative Abchlüsse jeglicher Art einen möglichst hohen Profit zu ergattern, ihn in ausländische Währung oder Gold umzuwandeln und — wie einer von ihnen sich bei der Beantwortung einer Umfrage der „Handels- und Industriezeitung“ (25. Feber 1926) aus-

*) Bei dieser Gelegenheit sei auch bemerkt, daß laut Artikel 71 mit Todesstrafe gesühnt wird die „eigenmächtige Rückkehr nach Sowjetrußland solcher Personen, die aus seinem Bereiche vertrieben worden sind!“ Nach der neuen Vorlage sollen „nur noch“ — 34 Strafbestimmungen auf Todesstrafe lauten!

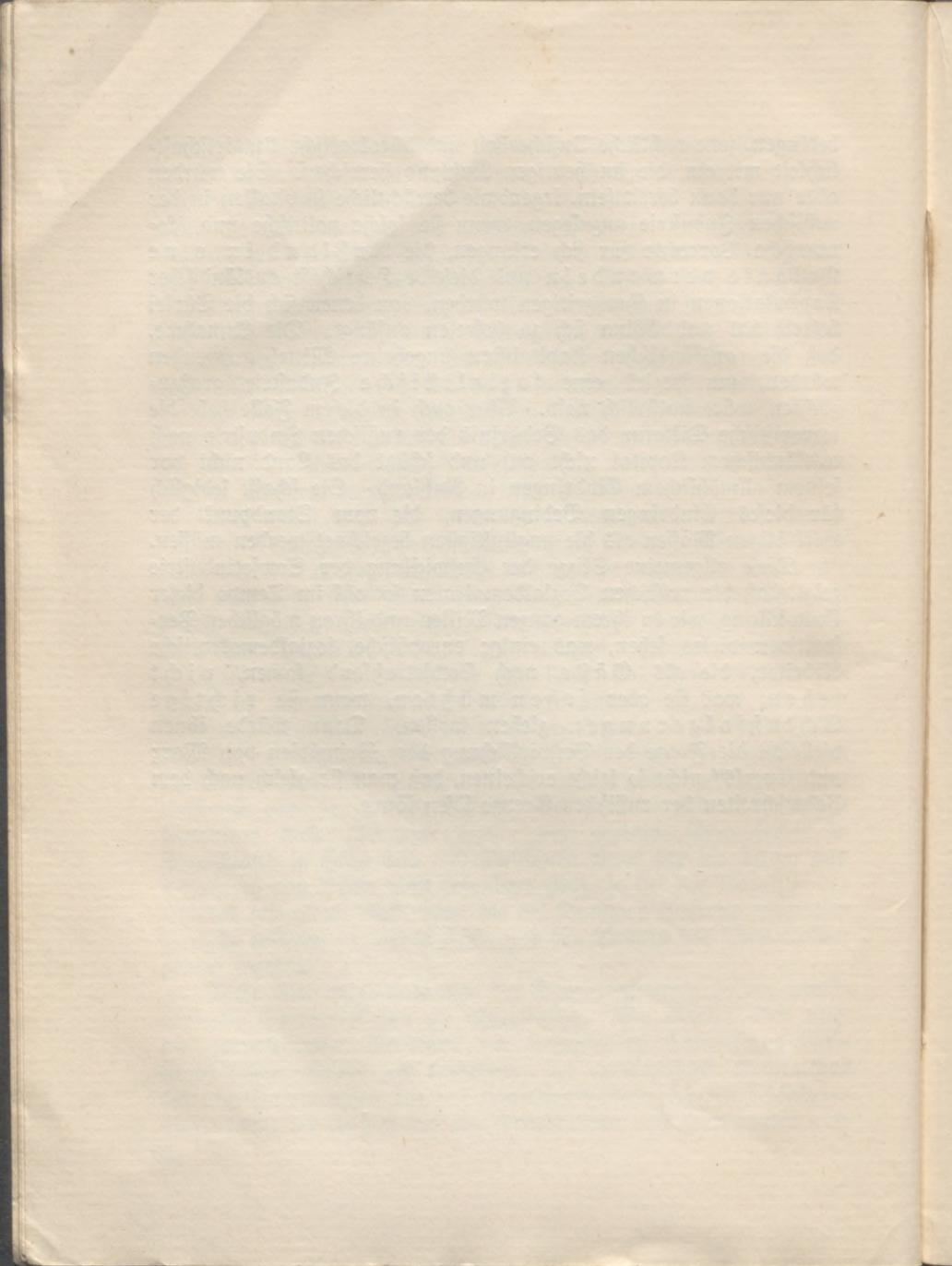
drückte, auf die „Agrarbank“ zu bringen, d. h., in Erwartung besserer Zeiten in der Erde zu vergraben. Nach ihrem Uebergang zur „Neuen Wirtschaftspolitik“ kann die terroristische Diktatur nicht mehr die Anjammung von „Ersparnissen“ in den Händen der Bauern, der Privathändler, der Spekulanten usw., ebensowenig aber auch die Erstarkung der wirtschaftlichen Macht dieser Schichten verhindern. Sie kann aber, und das tut sie auch in der Tat, die produktive Verwertung dieser Ersparnisse verhindern. Unter dem Regime der terroristischen Diktatur werden diese Ersparnisse entweder für räuberische Spekulationen verwendet, oder aber bis auf weiteres in tote Schätze (ausländische Währung, Gold und Edelsteine) verwandelt. Jedenfalls vermögen sie die Lösung der Frage, wie das Grundkapital der Sowjetindustrie unter dem herrschenden Regime erneuert werden könne, nicht zu lösen.

Über wenn nicht das innerrussische Kapital, so wird vielleicht das ausländische die Sowjetindustrie retten? Über die Hoffnung auf eine große, langfristige Anleihe haben die Bolschewisten selbst jetzt über Bord geworfen. Ueber derartige Anleihen spricht man jetzt nicht mehr. Um so eifriger versuchen die Bolschewisten Warenkredite zu erlangen. Solche Kredite sind natürlich leichter zu beschaffen. An ihnen sind nicht nur die Arbeiter in den kreditgebenden Ländern interessiert, die von den sowjetrussischen Ausfuhrträgen eine Abschwächung der Arbeitslosigkeit erhoffen, — an ihnen haben auch die Industriellen der betreffenden Länder ein Interesse. Zudem ist bei dem verhältnismäßig geringem Umfange und der Kurzfristigkeit dieser Kredite (die bedeutendste Operation dieser Art war bisher der geplante Warenkredit in Deutschland in Höhe von 300 Millionen Mark für die Dauer von 4 Jahren) das Risiko nicht besonders groß, ja bei der Garantie des Staates fast gleich Null, denn die bei säumiger Zahlung möglichen Verluste würden in diesem Falle aus den Taschen der Steuerzahler gedeckt werden.

Diese Warenkredite können der Sowjetregierung helfen, gewisse laufende Schwierigkeiten zu überwinden. Sie können aber nicht die grundlegenden Probleme der industriellen Entwicklung Rußlands lösen. Schon jetzt kalkulieren die ausländischen Kapitalisten bei den Warenpreisen, bei den Kapitalprozenten, bei den besonderen Vorrechten, die sie sich bei den Konzessionen und Pachtungen aus-

bedingen, jene rechtliche Unsicherheit und bürokratische Unwirtschaftlichkeit mit ein, die im heutigen Rußland herrschen. Sie würden aber nur dann bereit sein, irgendwie beträchtliche Kapitalien in der russischen Industrie anzulegen, wenn sie solche politische und ökonomische Vorrechte für sich erlangen, die Rußland in eine Kolonie verwandeln und dieselbe Herrschaft ausländischer Kapitulationen in ihm zeitigen würden, von denen sich die Türkei befreit hat und China sich zu befreien anfängt. Die Annahme, daß die ausländischen Kapitalisten ungeheure Mittel aufwenden würden, um speziell eine sozialistische Industrie großzuzüchten, wäre natürlich naiv. Aber auch in diesem Falle hebt die terroristische Diktatur das Bedürfnis der russischen Industrie nach ausländischem Kapital nicht auf und schützt das Land nicht vor seinem allmählichem Eindringen in Rußland. Sie schafft lediglich für dieses Eindringen Bedingungen, die vom Standpunkt der werktätigen Massen als die ungünstigsten bezeichnet werden müssen.

Diese allgemeine Skizze der Entwicklung der Sowjetindustrie zeigt, daß die russischen Sozialdemokraten sowohl im Tempo dieser Entwicklung, wie in ihrem ganzen Milieu und ihren möglichen Perspektiven vieles sehen, was einige europäische, sozialdemokratische Arbeiter, die als Gäste nach Sowjetrußland kamen, nicht sehen, was sie aber sehen müßten, wenn sie richtige Schlußfolgerungen ziehen wollen. Dann würde ihnen vielleicht die Frage der Verwirklichung der „Prinzipien von Marx und Engels“ nicht so leicht erscheinen, daß man sie gleich nach dem Ueberschreiten der russischen Grenze lösen könne.



III.

Die Lage der Arbeiterklasse
in Rußland.

III

Die Lage der Arbeiterschaft
in England.

1. Allgemeine Bemerkungen.

Die Bolschewisten übernahmen in Rußland die Macht als eine der dort bestehenden sozialistischen Arbeiterparteien.*) Es wäre natürlich sonderbar, wenn sie nicht den Versuch machen würde, alles, was in ihren Kräften steht, zu tun, um der Arbeiterklasse zu dienen. Aber die Politik einer Partei wird nicht darnach eingeschätzt, was sie tun will, sondern darnach, was sie tun kann und in Wirklichkeit tut. Deshalb interessiert jeden Massenbewußten Proletarier vor allem die Frage: Was kann das Proletariat mit den Methoden des Bolschewismus erreichen, die darin bestanden, daß man mit Hilfe deklassierter Soldatenmassen die Macht an sich riß und nicht nur gegenüber den Bürgerlichen, sondern auch gegenüber den sozialistischen Parteien, nicht nur gegenüber den Klassenfeinden des Proletariats, sondern auch gegenüber den Massen der Arbeiterklasse selbst Gewalt anwandte? Oder mit anderen Worten: Was kann dem Proletariat die terroristische Diktatur einer Minderheit der Arbeiterklasse geben? Denn die Bolschewisten selbst werden natürlich nicht leugnen, daß sie sowohl bei ihrem Umsturz im November 1917, wie auch jetzt, wo die Zugehörigkeit zur Kommunistischen Partei ihren Mitgliedern zahlreiche Vorrechte verschafft, nur eine unbedeutende Minderheit des russischen Proletariats bilden — nach den optimistischen Berechnungen nicht mehr als 10 bis 12 Prozent.

Zur richtigen Beantwortung dieser Frage muß man zunächst die Pläne von ihrer Ausführung, die Absichten von der Wirklichkeit streng unterscheiden. In den Absichten und Plänen der Bolschewisten auf dem Gebiete der Arbeiterfrage, der Kultur, der Volksbildung usw. ist vieles ausgezeichnet und kann sehr gut in

*) Außer den Bolschewisten gibt es in Rußland eine Sozialdemokratische Arbeiterpartei (Menschewistische Partei) und eine Sozialrevolutionäre Partei, die bestrebt ist, das Proletariat und die Bauernschaft in einer Partei zu vereinigen.

einer wirklichen sozialistischen Gesellschaft verwertet werden, die auf freier und organisierter Selbstbetätigung der werktätigen Menschheit gegründet ist. Unter der Diktatur einer Minderheit verwandeln sich diese Pläne häufig in ihr Gegenteil: Alles Gute fällt den wenigen Bevorrechteten; den Kommunisten und den ihnen widerspruchslos Folgenden anheim, während die überwältigende Mehrheit der Werkstätigen nur das Schlechte und Schwere zu spüren bekommt. Also: Nicht die Pläne und Absichten sind maßgebend, sondern die Wirklichkeit! Das ist die erste Regel, die man bei der Prüfung der Lage der Arbeiterklasse in Rußland einhalten muß. Mit dieser ersten Regel ist eine zweite eng verknüpft: die genaue zahlenmäßige Prüfung der untersuchten Erscheinungen. Otto Bauer hat in seiner Rede über die Rußlandsdelegation u. a. die Berichte erwähnt, die die aus Oesterreich zurückgekehrte Delegation polnischer Sozialisten in ihrer Heimat erstattete: Mit berechtigter Begeisterung berichtete diese Delegation über die großartigen Bauten, die die sozialistische Stadtverwaltung Wiens für die arbeitende Bevölkerung errichtet hat. Da aber diese Delegation nicht die zahlenmäßige Seite der Frage unterstrich, konnte bei den polnischen Arbeitern der Eindruck entstehen, daß die Mehrheit der österreichischen Arbeiter in glänzenden Wohnungsverhältnissen lebt. Geschieht nicht das gleiche mit vielen Rußlandfahrern? Sie hören beispielsweise nicht auf, über die Sanatorien und Arbeiterheime in Rußland zu erzählen. Aber ihre Worte würden einen ganz anderen Eindruck machen, wenn sie nicht vergäßen, hinzuzufügen, daß nach den optimistischen Schätzungen **nicht mehr als 4 Prozent des russischen Proletariats im Laufe des Jahres die Möglichkeit haben, von diesen Wohlfahrtseinrichtungen Gebrauch zu machen.*** Oder mit anderen Worten: Der russische Arbeiter kann nur einmal in 25 Jahren darauf rechnen, einen zweiwöchigen Urlaub in erträglichen Verhältnissen zu erleben. Ganz abgesehen davon, daß die Inassen der erwähnten

*) Nach den Angaben Bachutows, des stellvertretenden Volkskommissars für Arbeit, wurden im Jahre 1925 insgesamt 250.000 Personen von Erholungsheimen und Sanatorien aufgenommen („Woprosy Truda“, Nov. 1925, S. 5). Die Gesamtzahl der Arbeiter und Angestellten beträgt zirka 7½ Millionen.

Erholungsheime sich vorwiegend aus den Reihen der Kommunisten und der „Sympathisiererten“ rekrutieren. Also nochmals: Genaue Zahlenmäßige Schätzungen!

Schließlich ein Drittes: Es genügt nicht, die Gegenwart der russischen Arbeiterklasse zu schildern, man muß auch versuchen, in ihre Zukunft zu schauen. Jeder weiß, daß die wirtschaftliche und sozialpolitische Zukunft des Proletariats auf das engste verbunden ist mit der wirtschaftlichen und sozialpolitischen Entwicklung des Landes selbst. Damit die großartigen Pläne, wenn nicht heute, so doch morgen für die breiten Massen der Werktätigen Wirklichkeit werden, sind bestimmte wirtschaftliche Voraussetzungen notwendig: Ein armes Land kann den Millionen Werktätigen weder einen hohen Arbeitslohn, noch genügende soziale Fürsorge, noch menschenwürdige Lebensverhältnisse sichern. In gleicher Weise sind für die fortgesetzte Hebung des Lebensniveaus der Arbeiterklasse bestimmte politische Voraussetzungen erforderlich: Wenn es keine Garantien für einen genügenden politischen Einfluß der Arbeiterklasse gibt, sind alle ihre Errungenschaften auf Sand gebaut. Die Lage der Arbeiterklasse in Rußland muß also untersucht werden in ihrer Entwicklung und in ihrem gegenseitigen Verhältnis mit jenen wirtschaftlichen und sozialpolitischen Prozessen, die sich im Lande selbst abspielen.

2. Der Arbeitslohn.

Mit dem Wiederaufbau der russischen Industrie begann der Arbeitslohn, der in der Periode des „Kriegskommunismus“ fast auf Null gesunken war, wieder zu steigen. Die letzten vorliegenden Angaben (vom Oktober 1924 bis September 1925) ergeben folgendes Bild für die Großindustrie.*)

*) Es muß berücksichtigt werden, daß die angegebenen Zahlen sich nicht auf die Tariffäge, sondern auf den tatsächlichen Arbeitsverdienst beziehen. Die Zahlen sind der Zeitschrift „Ekonomitšeskoe Obozrenije“, Jänner 1926, entnommen, die in Moskau von dem offiziellen Wirtschaftsorgan „Ekon. Šišn“ herausgegeben wird.

**Durchschnittlicher Arbeitsverdienst in der Großindustrie
für 1924/1925:**

	Tagesverdienst in Kopeten	Monatsverdienst in Rubeln
I. Quartal	172.0	40.17
II. "	180.7	40.53
III. "	192.0	43.50
IV. "	215.1	49.73
Im Jahre	190.1	43.48

Wir ersehen aus dieser Tabelle, daß die Arbeitslöhne der Arbeiter an sich sehr niedrig sind (1 Tschernowez-Rubel gl. ungefähr 2 deutsche Mark oder 16 tschechische Kronen). Aber zu ihrer richtigen Einschätzung muß man folgendes berücksichtigen:

1. Die Zahlen beziehen sich lediglich auf die Arbeiter der Großindustrie. In anderen Industriezweigen, darunter auch im Verkehrswesen sind die Löhne bedeutend niedriger.

2. Es besteht ein wesentlicher Unterschied zwischen den Arbeitslöhnen in den Hauptstädten Moskau und Leningrad, in denen die Regierung aus politischen Gründen Konzessionen machen muß, und den Arbeitslöhnen in der Provinz. So betrug, bei einem durchschnittlichen Monatsverdienst der Arbeiter der Großindustrie in der Höhe von 43.48 Rubel im Jahre 1924/1925 dieser Monatsverdienst in Moskau 65.15, im Gouvernement Leningrad 64.10 und in der Provinz nur 39.24 Rubel.*) Ebenso groß ist die Differenz zwischen den einzelnen Industriezweigen: Der Monatslohn des Metallarbeiters betrug 49.71 Rubel und der des Textilarbeiters nur 37.31 Rubel.

3. Ganz ungeheuerlich ist der Abstand zwischen den gelernten und ungelernten Arbeitern. Die Versprechungen der Bolschewisten hinsichtlich der Einführung eines gleichen Lohnes für alle, gehören schon längst der Vergangenheit an. Je weiter der Wiederaufbau der Industrie vorwärtsschritt,

*) Man könnte annehmen, daß diese Differenz vielleicht durch die verhältnismäßige Billigkeit des Lebens in der Provinz ausgeglichen werde. Aber das stimmt nicht. Nach den Angaben über die Reallohne, die in der bereits zitierten Nummer der Zeitschrift „Ekon. Obozr.“ enthalten sind, war der Reallohn des Arbeiters in der Provinz im Jahre 1924/1925 um 30 Prozent niedriger als der Reallohn des Moskauer Arbeiters.

desto fühlbarer wurde der Mangel an gelernten Arbeitern, die im imperialistischen Kriege und im Bürgerkriege zu Grunde gegangen, dem Hunger und den Entbehrungen zum Opfer gefallen, in die Dörfer geflüchtet oder aus ihrem Betrieb in die Reihen der Sowjetbürokratie übergegangen waren; desto stärker wurde auch der Zustrom der ungelerten Arbeiter aus dem Dorfe, das sich von den Experimenten des „Kriegskommunismus“ lange nicht zu erholen vermochte und das infolge seiner niedrigen Technik alle freien Arbeitshände nicht beschäftigen kann. Um dieser Schwierigkeiten Herr zu werden, benutzen die Bolschewisten den Hebel des Arbeitslohnes. Nachdem sie alle ihre Versprechungen über den Ausgleich der Löhne über Bord warfen, spannten sie bewusst die Differenzierung der Löhne bis zur äußersten Grenze an. Die russischen Kommunisten brandmarkten gerne die „Arbeiteraristokratie“ in Westeuropa. Aber in ihrer eigenen Heimat machen sie die größten Anstrengungen, um eine Arbeiteraristokratie zu schaffen, die durch hohe Mauern von der Arbeitermasse getrennt ist. Im Jahre 1921 wurde festgestellt, daß die Tarifsätze der höchsten Gruppe 2,7 mal höher sein sollen, als die der niedrigsten. Im Jahre 1922 war dieses Verhältnis bereits 3,5 : 1. Im Jahre 1925 verlangte eine Reihe von Gewerkschaften eine weitere Erhöhung dieser Spanne: die Schneider auf das Vierfache, die Bergarbeiter auf das Fünffache, die Papierarbeiter bis auf das Sechsfache und die Textilarbeiter sogar bis auf das Achtfache.*) Die Spanne bei den wirklichen Arbeitsverdiensten ist schon jetzt höher als bei den Tarifsätzen. So ist selbst der deutschen Arbeiterdelegation der gewaltige Abstand zwischen den Löhnen der gelernten und der ungelerten Arbeiter nicht entgangen: Sie stellte Schwankungen von 28 bis 150 Rubel im Monat fest. („Trud“, vom 20. August 1925). In Wirklichkeit sind diese Schwankungen noch höher. So verdienen in der Textilindustrie 6,9 Prozent der Arbeiter weniger als 20 Rubel im Monat, während 1,4 Prozent mehr als 100 Rubel verdienen. („Statistika Truda“ 1925, Nr. 7/8, S. 14). Darauf lief aber die Arbeitslohnpolitik der Bolschewisten bewusst hinaus, und der Führer der russischen Gewerkschaften, Tomski, erklärte noch vor kurzer Zeit, daß angesichts der Be-

*) Siehe „Trud“ vom 6., 11., 13. und 20. August 1925.

dingungen des russischen Arbeitsmarktes diese Politik auch weiter fortgeführt werden würde. („Trud“ vom 20. August 1925).

4. Endlich müssen zur Würdigung des wirklichen Wertes der russischen Arbeitslöhne die Preise der Gebrauchsgüter berücksichtigt werden. Wir können hier nicht lange Tabellen anführen; wir beschränken uns deshalb auf einige Beispiele. Die Kleinhandelspreise betragen in Moskau im Juni 1925: 1 Kilo Roggenmehl 12 bis 17 Kopeken; Auszugsmehl 34 bis 39¾ Kopeken; Reis 42 bis 51 Kopeken; einfache Butter 171 bis 180 Kopeken; Fleisch (1. Sorte) 81 bis 87½ Kopeken; Feinzucker 77½ bis 78¾ Kopeken; Kernseife 50 bis 73 Kopeken; genagelte Stiefel 11, 15 bis 13.35 Rubel usw.*) Jedenfalls wird die weitverbreitete Meinung, daß der Arbeiter in Rußland billiger lebe als in anderen europäischen Ländern, durch die bolschewistischen Forscher selbst widerlegt. So hat der Leiter des Moskauer Bureaus für Arbeitsstatistik F. Marcusohn berechnet, daß zum 1. Oktober 1924 der Preis der Summe der Lebensmittel, die vom Internationalen Arbeitsamt als Grundlage für seine Berechnungen genommen wird, in Moskau annähernd 2 Dollar betrug, während er sich in Prag auf 1.24, in Wien auf 1.47, in Berlin auf 1.5, in London auf 1.69, in Stockholm auf 1.89 und in Philadelphia auf 2.31 Dollar belief.***) (Hier muß noch bemerkt werden, daß sich diese Preise lediglich auf Lebensmittel beziehen, die in Rußland immerhin noch verhältnismäßig billiger sind, als Industrieerzeugnisse.)

Welche erfreulichen Ausnahmeerscheinungen auch den ausländischen Rußlandbesuchern zu Gesicht kommen mögen, so zeigen die ausschließlich aus bolschewistischen Quellen entnommenen Angaben unwiderleglich, daß die russischen Arbeiter in ihrer Masse wenig verdienen, ihre Gebrauchsgüter teuer bezahlen und in schlechten Verhältnissen leben. Und wenn sie trotzdem eine gewisse Befriedigung zeigen, so nur deshalb, weil sie ihre jetzige Lage mit den furchtbaren, schier ausweglosen Verhältnissen vergleichen, unter denen sie sich noch vor kurzem unter der Herrschaft des „Kriegskommunis-

*) „Westnik Promyshlennosti, Torgovli i Transporta“ 1925, Nr. 7/8, Seite 126 bis 133.

**) Siehe F. Marcusohn: „Atlas der Diagramme. Herausgegeben vom Moskauer Gouvernementsrat der Gewerkschaften, Moskau 1925 (russisch). 3. Heft. Die Arbeit im Moskauer Gouvernement im Jahre 1923/1924. Erläuterungen f. S. 23/24.

mus“ befanden, und die sich selbst ein Europäer, der alle Entbehrungen der Kriegszeit durchgemacht hat, nur mit Mühe vorstellen kann. Es darf keinen Augenblick vergessen werden: die allmähliche Verbesserung der Lage, das allmähliche Ansteigen des Arbeitslohnes in den Jahren der „Neuen Wirtschaftspolitik“ ist es, das sich in der Psychologie des russischen Durchschnittsarbeiters spiegelt, keineswegs aber ist es sein angeblich höheres Lebensniveau gegenüber dem europäischen Arbeiter.

Der Arbeitslohn stieg in den Jahren der „Neuen Wirtschaftspolitik“ parallel mit dem Wiederaufbau der Industrie. Die ausländischen Rußlandfahrer sahen dieses Ansteigen und folgerten, ohne sich weiter in dieses Problem zu vertiefen, daß die Sowjetregierung auch weiterhin dafür sorgen werde, daß dieses Ansteigen der Löhne fortbauere. Die Bolschewisten selbst erzählten ihnen das und ihre Gäste glaubten ihnen das gerne. Wir wiesen aber schon darauf hin, daß der „Wiederherstellungsprozeß“ bis an die Grenze seiner Ausdehnungsmöglichkeiten gelangt ist; daß die Sowjetindustrie in eine neue kritische Periode eintritt, wo man bereits ihren Abbau erwägen muß, und wo, um mit Rykow zu sprechen, „grundsätzlich“ eine neue Phase in der Entwicklung der Sowjetindustrie beginnt. Kaum haben die 58 deutschen Arbeiterdelegierten Zeit gefunden, darüber zu berichten, was alles sie in Sowjetrußland „gesehen“ haben, als bereits jene Faktoren laut zu sprechen anfangen, die sie „nicht gesehen“ haben:

„Einige sehr verantwortliche Genossen hatten die Unvorsichtigkeit, zu sagen, daß wir in diesem Jahre das Niveau der Vorkriegslöhne erreichen, ja vielleicht sogar überschreiten werden. Das war äußerst unvorsichtig. Die Gewerkschaftsverbände sahen sich genötigt, den Arbeitern darzulegen, weshalb wir dieses Niveau in diesem Jahre nicht erreichen können.“

So sprach der Volkskommissär für Arbeit, Schmidt, laut Bericht des „Trud“ vom 4. Feber 1926. Ebenso äußerte sich das Kollegium der Hauptökonomieverwaltung: „Eine weitere Aenderung in der Richtung einer Erhöhung des Arbeitslohnes

im Laufe der verbliebenen Quartale dieses Jahres ist unmöglich.“ („Trud“ vom 9. Feber 1926). Ihm stimmte der Führer der Gewerkschaften, Tomski, zu: „Eine Erhöhung des Arbeitslohnes ist vorläufig nicht zu erwarten.“ („Trud“ vom 12. Feber 1926). Und schließlich erklärt der Vorsitzende des Rates der Volkskommissäre, Rykow: „In den nächsten Monaten ist eine allgemeine Erhöhung des Arbeitslohnes, abgesehen von einer kleinen Anzahl der rückständigen Arbeitsgruppen, unmöglich.“ („Pravda“, 10. März 1926). Wem soll man nun glauben? Schmidt, Tomski, Rykow oder — den deutschen Arbeiterdelegierten, die unvorsichtigerweise den unvorsichtigen Erklärungen einiger „sehr verantwortlicher Genossen“ Glauben geschenkt haben?

Die Dinge liegen leider so, daß parallel mit dem Ablauf des „Wiederherstellungsprozesses“ auch die Periode eines zwar ungenügenden, aber trotzdem ununterbrochenen und fast automatischen Anstiegens des Arbeitslohnes eine Ende nimmt. In dem beginnenden Wirtschaftsjahr steht dem russischen Proletariat ein schwerer Kampf nicht nur für die Erhöhung, sondern auch für die Erhaltung des bereits erreichten Lohnniveaus bevor, da der Preisindex nach offiziellen Quellen fortgesetzt ansteigt. Das russische Proletariat steht vor einem Kampf, zugleich aber auch unmittelbar vor der Frage, mit welchen Mitteln es einen organisierten Kampf führen soll. Wir fürchten, daß die Bolschewisten in dem kommenden Jahr nicht mehr so gerne ausländische Arbeiterdelegationen nach Rußland einladen werden!

3. Die „Hebung der Arbeitsleistung“, ihre Methoden und Folgen.

Mit dem Wiederaufbau der Industrie begann der Arbeitslohn fast automatisch zu steigen. Es fanden freilich auf diesem Boden einzelne Konflikte und Streiks statt, so daß beispielsweise im Frühjahr und Frühsommer 1925 die Textilarbeiter des zentralen Industrieregions nur mit Hilfe eines Streiks, der fast den ganzen

Bezirk ergriff, eine Erhöhung der Tariflöhne durchsetzten.*) Aber die meisten Konflikte und Streiks in dieser Periode entsprangen den örtlichen Verhältnissen, insbesondere der nicht rechtzeitigen Lohnauszahlung: Zeitweilig erreichte die Verschuldung der Betriebe bei ihren Arbeitern einen gewaltigen Umfang, der Arbeitslohn wurde im Laufe von zwei bis drei Monaten und sogar noch länger nicht ausgezahlt, und die Betriebsleitungen nutzten die rückständigen Lohnsummen zur Erhöhung der „Betriebsmittel“ der Fabriken aus. Indessen zwang die Defizitwirtschaft der nationalisierten Industrie die bolschewistischen Wirtschaftsführer, an eine Herabsetzung der Ausgaben und an eine Verbilligung der Produktion zu denken. Auch hier ging die Sowjetbürokratie in der Richtung des geringsten Widerstandes vor. Die Abnutzung der technischen Einrichtungen, die schlechte Dualität der Rohstoffe, die Schwerfälligkeit und Kostspieligkeit des Verwaltungsapparates, die Unwissenheit und Unfähigkeit der „roten“ Wirtschaftsführer — all das sollte durch eine Erhöhung der Arbeitsleistung der Arbeiter wettgemacht werden. Als Antrieb zu einer solchen Erhöhung sollte der Uebergang vom Taglohn zum Akkordlohn und die ununterbrochene Herabdrückung der Akkordsätze dienen.

Im Sommer 1924 setzte ein systematischer Feldzug zur Hebung der Arbeitsleistung ein, der zunächst vom Standpunkte der Wirtschaftsführer durchaus befriedigende Ergebnisse zeitigte: Im Juni 1924 betrug die durchschnittliche Arbeitsleistung eines Arbeiters 4.36 Rubel, im Mai 1925 bereits 6.22 Rubel. Es zeigte sich also eine Steigerung von 100 auf 142.5. Weniger befriedigend war dieser Prozeß vom Standpunkt der Arbeiter, deren durchschnittlicher Tagesverdienst sich in diesem Zeitraum bloß von 93.2 Kopeken auf 105.6 Kopeken, also in einem Verhältnis von 100 zu 114.2 hob,**)

*) Es ist für die russischen Verhältnisse charakteristisch, daß dieser Streit, ebenso wie andere, von der allgemeinen wie von der gewerkschaftlichen Presse in Sowjetrußland tolgeschwiegen wurde. Erst nachdem die Bewegung zu Ende war, wurden in den Reden und Zeitungsartikeln der bolschewistischen Führer nebelhafte Andeutungen über die „Sommerereignisse“ gemacht. Siehe beispielsweise die Reden von Andrejew und Schmidt im Gewerkschaftsorgan „Trud“ vom 19. und 24. Juli 1925.

**) Siehe „Stomomitscheskoje Dbozrenije“, Oktober 1925, S. 278 und 329, und Jänner 1926, S. 218 und 250.

während der reale Arbeitslohn laut den Berechnungen des Zentralen Statistischen Amtes des Obersten Volkswirtschaftsrates fast um 3 Prozent sank.*)

Indessen hat diese Operation der Produktionshebung ausschließlich auf Kosten der verstärkten Ausbeutung der Arbeiter ihre Grenzen. In dem Maße, wie bei dem „Wiederherstellungsprozeß“ der Industrie auch die schlecht eingerichteten Fabriken in Betrieb gesetzt, die Maschinen der in Gang befindlichen Fabriken abgenutzt und infolge der Beschädigungen der Maschinen und der unpünktlichen Beschaffung von Rohstoffen, Unterbrechungen in der Produktion eingeführt wurden, vollzog sich die Steigerung der Arbeitsproduktivität in immer langsamerem Tempo, um schließlich im Sommer 1925 völlig zum Stillstand zu kommen. Wie das Gewerkschaftsorgan „Trud“ dann am 11. Feber 1926 bemerkte, „kann man nicht bestreiten, daß die Produktivität der Arbeit in der letzten Periode nicht nur keine Tendenz zur Steigerung aufweist, sondern im Gegenteil einen gewissen Rückgang zeigt.“ Ueber diesen Rückgang der Arbeitsproduktivität schreien jetzt aufgeregt alle „roten“ Wirtschaftsführer. Dieser Rückgang ist aber unvermeidlich, da er die Rückseite der bereits mehrfach von uns festgestellten Erscheinung bildet — des Abchlusses des „Wiederherstellungsprozesses“ der Industrie. Nicht nur das weitere Wachstum der russischen Industrie, sondern auch die Steigerung ihrer Produktivität ist nur möglich auf

*) Wie aus den Angaben desselben Statistischen Amtes, die in allerletzter Zeit veröffentlicht wurden, hervorgeht, vollzog sich die weitere Senkung des Reallohnes in beschleunigtem Tempo. Vergleicht man die Angaben, die in der „Handels- und Industriezeitung“ am 19. Dezember 1925, sowie am 20. Jänner, 19. Feber und 18. März 1926 veröffentlicht wurden, so sieht man, daß der durchschnittliche reale Taglohn des Arbeiters in der gesamten Industrie vom September 1925 bis Jänner 1926 um 4,5 Prozent gesunken ist, der durchschnittliche reale Monatslohn (wegen der notgedrungenen Produktionsunterbrechungen) sogar um 13,4 Prozent. In der Textilindustrie sank der durchschnittliche Taglohn in demselben Zeitraum um 8,9 Prozent, in der Metallindustrie um 11,4 Prozent. Hierzu sei noch bemerkt, daß, als die deutschen Arbeiterdelegierten auf die notgedrungenen Produktionsunterbrechungen stießen, ihnen die beruhigende Mitteilung gemacht wurde, die Arbeiter könnten nun ihren „Urlaub“ genießen. Die Delegierten „beneideten am meisten“ die russischen Proletarier deswegen, weil „in demselben Maße, wie die Gesamtproduktion des Landes“ wachse, der Reallohn steige! („Was sahen 58 deutsche Arbeiter in Rußland“, S. 99).

der Grundlage ihrer radikalen Ummontierung, der Verbesserung ihrer Technik und der Einführung einer rationellen Wirtschaftsorganisation. Aus der lebendigen Kraft des russischen Arbeiters ist bereits alles, was möglich war, und sogar mehr als das, herausgepreßt worden. Denn der „Selbstzug zur Hebung der Arbeitsergiebigkeit“ ist am Arbeiter nicht spurlos vorübergegangen. Er hat tiefe Spuren hinterlassen, über die kurz folgendes gesagt sei:

1. Die Herrschaft der unbeschränkten Akkordarbeit. Anfang Juni 1925 arbeiteten im Akkord 59.6 Prozent der Arbeiter. In einzelnen Industriezweigen war dieser Prozentsatz noch höher, und zwar: In der Maschinenbauindustrie 66.3 Prozent, in der Zündholzindustrie 70.6 Prozent, in der metallurgischen Industrie 70.7 Prozent, in den Waggon- und Ausbesserungsfabriken 73.5 Prozent, in der Schuhwarenindustrie 73.8 Prozent, in der Nähmaschinenindustrie 89.9 Prozent.

Es handelt sich aber weniger um den Akkordlohn als darum, daß er in Sowjetrußland durch keinerlei Grenze nach unten beschränkt ist. Theoretisch kann der Arbeiter seinen Tariflohn beliebig erhöhen. Auf der Jagd nach einer Steigerung seines Lohnes strengt er seine Kräfte bis zur äußersten Grenze an; aber jeder neue „Rekord“ in dieser Richtung bewirkt eine neue Herabsetzung der Tariflöhne und eine neue Anspannung der Kräfte des Arbeiters. Eine Sisyphusarbeit! Und bei diesem ganzen Prozeß werden alle jene Bestimmungen über Bord geworfen, die sich so schön auf dem Papier ausnehmen.

2. Die Preisgabe des Achtstundentages. Formell bestehen in Sowjetrußland die strengsten Bestimmungen über die Einhaltung des Achtstundentages. Ausnahmen sind bloß für landwirtschaftliche Arbeiter zulässig. In Wirklichkeit kennen weder die Torfstecher noch die Bauarbeiter den Achtstundentag. Hinsichtlich der letzteren haben auch die deutschen Arbeiterdelegierten festgestellt, daß sie „zum Teil von Sonnenaufgang bis Sonnenuntergang arbeiten.“*) Sie wurden aber durch den Hinweis beruhigt, daß die Bauarbeiter selbst und ihre Gewerkschaft einer solchen Arbeitszeit „freiwillig“ zugestimmt hätten, da der Sommer kurz, der Winter lang und der Bedarf an Neubauten sehr groß sei.

*) a. a. D. S. 98.

Als ob nicht die Arbeitgeber in allen Ländern den Achtstundentag der Bauarbeiter mit den gleichen Argumenten bekämpften! Die russischen Bauarbeiter selbst sind indessen anderer Meinung und auf dem kürzlich stattgefundenen VI. Allrussischen Kongreß der Bauarbeiter ertönten bittere Klagen über die Ueberstunden, die den Arbeitern aufgebürdet werden. Die unvorsichtige Erklärung des Volkskommissärs für Arbeit, Schmidt, im Sinne der „beruhigenden“ Erklärungen der deutschen Arbeiterdelegierten entfesselte hier einen solchen Sturm der Entrüstung, daß Schmidt in einem Brief an die Redaktion des „Trud“ vom 6. Feber 1926 sich genötigt sah, seine Erklärung auf dem Kongreß zu mildern, obwohl er auch hier von der Notwendigkeit „eines längeren Arbeitstages“ für Saisonarbeiten spricht.

Es handelt sich aber im Wesentlichen nicht um einzelne Industriezweige, sondern darum, daß die Ueberstunden infolge des „Feldzuges zur Hebung der Arbeitsergiebigkeit“ mehr und mehr Bürgerrecht in Sowjetrußland erlangen. Laut offiziellen Angaben machten bereits 1924 18.8 Prozent aller Fabriksarbeiter Ueberstunden (im Durchschnitt je 22 Stunden im Monat).*) Diese Zahlen sind im allgemeinen wenig bezeichnend, da sie sich einerseits auf das Jahr 1924 beziehen, und andererseits bloß die offiziellen registrierten Ueberstunden in Betracht ziehen. Weit verbreiteter jedoch sind die Ueberstunden, die nirgends registriert werden. Die Arbeiter selbst, durch Akkordarbeit und Lohndruck vorwärtsgepeitscht, verlangen, daß Ueberstunden gemacht werden. Ein typisches Bild liefert in dieser Beziehung folgende Korrespondenz aus Odessa über die Verhältnisse in einer Tabakfabrik („Trud“, 8. April 1925):

„Zunmer häufiger machen sich die Fälle bemerkbar, daß zur Erhöhung des Arbeitslohnes die Arbeitszeit verlängert wird. In einigen Abteilungen beginnen die Arbeiter schon lange vor dem Klingelzeichen zu arbeiten . . . Sie stellen sich eine halbe Stunde vor der festgesetzten Arbeitszeit an die Arbeit . . . Die Frühstückspause wird verkürzt und von einigen besonders eifrigen Akkordarbeitern über-

*) „Вопросы Труда“, Oktober 1925, S. 36.

haupt nicht eingehalten . . . Manche Arbeiter suchen so lange wie möglich bei der Arbeitsbank zu bleiben, um einen höheren Lohn zu erzielen.“

Ein anderes Beispiel, das dieselben Verhältnisse illustriert:

„Gegenwärtig kann man den Arbeiter nach dem Schlüsselringeln nicht einmal mit einem Besen aus dem Arbeitsraum hinauszutreiben . . . Der Arbeiter sucht so lange wie nur irgendwie möglich die Arbeit fortzusetzen, so viel wie es nur irgendwie geht zu produzieren.“*)

Dies alles sind Illustrationen zu einem typischen *Untreibe*system, um das die deutschen Arbeiterdelegierten die russischen Arbeiter „am meisten beneideten“! Aber diese notgedrungene Bereitwilligkeit der russischen Arbeiter, die letzten Kräfte aus sich herauszupressen, kommt den „roten“ Wirtschaftsführern sehr zu statten: Sie gibt ihnen die Möglichkeit, die von den Arbeitern geleisteten Ueberstunden nicht zu registrieren, und befreit sie gleichzeitig sowohl von den Schereereien mit verschiedenen Instanzen, wie von der Verpflichtung, die von Artikel 60 des Arbeitslober festgesetzte erhöhte Bezahlung der Ueberstunden (anderthalbsfache Bezahlung für die ersten zwei Stunden und doppelte Bezahlung für die weiteren) zu leisten.

Die Folge ist, daß die erste Konferenz für Arbeiterschutz folgende Feststellung gemacht hat: „Obwohl es der Abteilung für Arbeiterfragen scheinbar gelungen ist, die willkürliche Anwendung von Ueberstunden einzuschränken, wüthen in Wirklichkeit die Ueberstunden mit aller Macht.“ („Trud“ vom 23. Feber 1926).

3. Die Frauen- und Kinderarbeit. Auch die Frauen- und Kinderarbeit spürt die Folgen der fieberhaften Jagd des Arbeiters nach zureichendem Verdienst. Aber als einer der deutschen Arbeiterdelegierten, Meinhardt, die Aufmerksamkeit darauf lenkte, daß die Frauen unter Tag und bei Nollböfen arbeiten, wurde ihm natürlich die Antwort zuteil, daß „vielerorts die Ar-

*) „Westnik Truda“, August/September 1925, S. 180.

beiterinnen selbst die Frage angeregt hätten, man möge sie zu den Unter-Tagarbeiten zulassen.“ Was jedoch die Nachtarbeit anbetrifft, so erklärte Tomski in überlegenem Tone, daß „außer den moralischen bürgerlichen Erwägungen über die Unanständigkeit der Nachtarbeit der Frauen gemeinsam mit den Männern in einem Raume **keinerlei andere ernste sanitäre und hygienische Erwägungen angeführt werden könnten!**“*) Entsprechend dieser Freiheit von „alten bürgerlichen Vorurteilen“ genehmigte das Volkskommissariat für Arbeit am 2. Feber 1923 die Nachtarbeit der Frauen im Telegraphen- und Telephonwesen; am 27. November 1923 wurde die Nachtarbeit der Frauen im Verkehrswesen gestattet, und im Rundschreiben vom 23. Feber 1924 wurde schließlich den untergeordneten Stellen nahegelegt, „daß keinerlei besondere Schwierigkeiten gemacht würden, daß Frauen Nachtarbeit in den Fällen leisten, wo ihre Nichtzulassung zu ihrer Entlassung oder zur Herabsetzung ihrer Qualifikation führen würde.“ Es wurde also praktisch jede Einschränkung der Nachtarbeit der Frauen aufgehoben, und dadurch ein ungeheurer Schritt rückwärts gegenüber dem alten vorrevolutionären Gesetz gemacht, das die Nachtarbeit der Frauen, und mit besonderer Strenge die Unter-Tagarbeit der Frau verbot.

Das bolschewistische Gesetz über den Schutz der Arbeit der Kinder und Jugendlichen läßt nichts zu wünschen übrig: die Lohnarbeit der Kinder unter 14 Jahren ist vollkommen verboten; die Arbeit der Jugendlichen von 14 bis 16 Jahren darf nicht mehr als 4 Stunden betragen und ist nur in „Ausnahmefällen“ und unter Genehmigung des Arbeitsinspektors gestattet; für Jugendliche von 16 bis 18 Jahren besteht ein Maximalarbeitstag von 6 Stunden und ein völliges Verbot der Ueberstunden, sowie der Nacht-, Untertag- und besonders schwerer und gesundheitschädlicher Arbeiten. So lautet das Gesetz auf dem Papier. In Wirklichkeit jedoch stellt der Leiter des Arbeiterschutzwesens, Dr. K a p l u n, im

*) „Trud“, 20. August 1925.

„Trud“ vom 25. Feber 1926 fest, daß „die bestehende Gesetzgebung über die Arbeitszeit der Jugendlichen unter 16 Jahren laut den statistischen Angaben in 26 von 100 Fällen nicht eingehalten wird.“ Aber auch in den Fällen, wo sie eingehalten wird, verhalten sich die Arbeitsinspektoren, nach den Worten Dr. Kaplunz, zu den von ihnen erteilten Genehmigungen vollkommen formell. In letzter Zeit beginnt indessen auch die Gesetzgebung selbst sich zu verschlechtern: Am 18. April 1925 wurden eine Reihe von Ausnahmen für die Arbeit der Jugendlichen in der Landwirtschaft gemacht; ähnliche Ausnahmen werden auch für das Handwerk und die Heimindustrie geplant; die kürzlich in Moskau abgehaltene Konferenz über den Schutz der Jugendlichen sprach sich gegen ein allgemeines Verbot der Nachtarbeit der Minderjährigen aus. („Trud“, 27. Feber 1926); in derselben Konferenz wurde berichtet, daß man in der Ukraine die Absicht habe, die Jugendlichen zu den Untertagarbeiten zuzulassen. („Komsomolstaja Prawda“, 27. Feber 1926). Auch dies bedeutet einen Rückschritt gegenüber den Errungenschaften, die die russischen Arbeiter noch vor der Revolution durchgesetzt hatten.

Bei der Frage der Jugendlichen muß auch die Millionenermee der obdachlosen Kinder erwähnt werden, die der Weltkrieg und der Bürgerkrieg sowie das Aussterben der Bevölkerung in den Jahren des „Kriegskommunismus“, insbesondere während der furchtbaren Hungersnot 1921/22 (die etwa 5 Millionen Menschen dahinraffte) als Erbeil hinterlassen hat. Diese unglücklichen Kinder, die die Straßen der Städte überfluten, vegetieren auf den Friedhöfen und auf den Schuttabladestellen; auf und unter den Eisenbahnwagen fahren sie von Ort zu Ort durch das ganze Reich; sie stehlen, plündern, begehen sogar mitunter Mordtaten; Tuberkulose, Alkoholismus, Kokainismus, Geschlechtskrankheiten wüten in ihren Reihen und fordern zahlreiche Opfer. Die gesamte Sowjetpresse ist mit Angaben über diese furchtbare Geißel des Landes angefüllt. Es gibt kein Mittel, um gegen sie anzukämpfen. Kinderheime? Aber ihre Zahl ist sehr gering und die Ordnungen in ihnen sind derart, daß die Kinder aus ihnen flüchten. Zum Bau neuer Kinderheime und zur Besserung der Verhältnisse in den bestehenden ist kein Geld vorhanden. Für die obdachlosen und völlig verdorbenen Kinder wird der Bau besonderer

Gefängnisse geplant. In letzter Zeit werden diese Kinder an kleine Handwerker und Bauern als Arbeitskräfte abgegeben, d. h. sie werden in Wirklichkeit bis zu ihrer Volljährigkeit in Sklaverei verkauft. Angesichts dieser entsetzlichen Tragödie, die von den Bolschewisten selbst nicht verheimlicht wird, haben die Verfasser des Berichtes der deutschen Arbeiterdelegierten den Mut, auf Seite 121 folgendes zu schreiben: „Heute noch trifft man in den großen Städten hier und da elternlose Kinder, die sich umhertreiben.“ Dies ist ihre eigene Schuld, denn sie wurden „schon mehrmals in Kinderheimen untergebracht, die von der Sowjetregierung in muster-gültiger Weise in den Schlössern und Villen der Bourgeoisie angelegt wurden.“ Die Erfahrung habe jedoch gelehrt, „daß einige dieser Kinder, trotz bester Behandlung in Kinderheimen, so an das Umhertreiben gewöhnt sind, daß sie sich nur schwer in einem geordneten Leben zurechtfinden können und trotz der guten Behandlung immer wieder ausreißen. Sie ziehen es vor, zu betteln, Zigaretten zu rauchen und Süßigkeiten zu naschen.“ Kann man ähnlichen Unsinn nicht täglich in der bürgerlichen Presse über die Bettler, Arbeitslosen, Kriegswitwen und -Waisen lesen?!

4. Der Arbeiterschutz. Auch der allgemeine Arbeiterschutz wird infolge des Bestrebens, die Verluste der Sowjetindustrie auf Kosten der Arbeiter wettzumachen, immer mehr abgebaut. Die bereits erwähnte Arbeiterschutzkonferenz in Moskau hat festgestellt, daß die Forderungen der Arbeiterschutzkommissionen nicht mehr als zu 50 % ausgeführt werden. („Trud“, 23. Feber 1926). Natürlich sind auch hier die „Arbeiter selbst“ schuld, da sie mitunter die Schutzvorrichtungen bei den Maschinen entfernen, die der schnellen Arbeit hinderlich sind. Die Folge ist ein ungeheuerliches Anwachsen der Arbeitsunfälle. Hier einige Zahlen:

Im Don-Beden entfielen auf je 1000 Arbeiter Unfälle: im ersten Vierteljahr 1925 40,8, im zweiten Vierteljahr 44,7, im dritten Vierteljahr 47,8 („Trud“, 28. Jänner 1926). In Leningrad entfielen im Jahre 1924 auf 1000 Versicherte 46,1, im Jahre 1925 70,2 Unfälle („Trud“, 23. Feber 1926).

„Alfordarbeit ist Mordarbeit!“ — dieses Wort kann auf die Arbeiter in der Sowjetindustrie angewendet werden. Trotzdem bleibt den Bolschewisten, solange die allgemeinen Bedingungen ihrer Wirtschaft nicht geändert werden, nichts anderes übrig, als auf diesem Wege der sogenannten Hebung der „Arbeitsproduktivität“, d. h. der fortgesetzten Untreibung der Arbeiter durch unbeschränkte Alfordarbeit und Herabdrückung der Lohnsätze weiter zu gehen. Wir sahen bereits, daß man von einer weiteren Erhöhung der Arbeitslöhne überhaupt nicht mehr spricht; wir stellten fest, daß der reale Arbeitsverdienst in Wirklichkeit sinkt. Damit ist aber die Entwicklung noch nicht abgeschlossen: Angesichts der herausziehenden Krise hat „das Kollegium der Hauptökonomieverwaltung des Obersten Rates der Volkswirtschaft es als notwendig erklärt, alle Bemühungen der Wirtschaftsführer und der Gewerkschaftsorganisationen in die Richtung einer Steigerung der Arbeitsergiebigkeit zu lenken . . . Zur Verringerung der Lohnspesen bis zu der von der Arbeitsgesetzgebung festgesetzten Grenze erachtet das Kollegium der Hauptökonomieverwaltung es als notwendig, eine Reihe bisher kostenlos freigestellter kommunaler Leistungen nur gegen Entgelt zur Verfügung zu stellen.“ („Trud“, 9. Feber 1926). Die Wohnungsmieten sind jetzt schon bedeutend erhöht und die weitere Bewirklichung der Pläne der Hauptökonomieverwaltung würde auch den letzten Trumpf vernichten, den man in der Regel vor den Rußlandbesuchern auszuspielen pflegt.

Dies ist die Lage der russischen Arbeiter in der nationalisierten Industrie, dargestellt ausschließlich auf Grund der offiziellen bolschewistischen Angaben. Ob die russischen Arbeiter zu „beneiden“ sind, mögen die ausländischen Arbeiter selbst entscheiden. Jedenfalls ist die neue Bourgeoisie in Rußland, die sich ansieht, die Schwierigkeiten der Sowjetregierung auszunutzen, um in die Industrie einzudringen, mit dieser Lage sehr zufrieden. In ihren Antworten auf die Umfrage des Organs des Obersten Rates für Volkswirtschaft („Handels- und Industriezeitung“ vom 25. Feber 1926) spricht die neue russische Bourgeoisie nicht nur ihr Entzücken darüber aus, wie die „roten“ Wirtschaftsführer und Gewerkschafter „die Faulpelze und die Arbeitsscheuen“ antreiben,

sie verlangt auch, daß die Gewerkschaften in den Privatbetrieben einen eben solchen energischen „Kampf für die Hebung der Produktivität der Arbeit“ führen solle“.*)

*) Wie der Leser sieht, kommt bereits die Stimme der neuen Bourgeoisie in der bolschewistischen Presse zur Geltung, wo natürlich eine „Umfrage“ unter sozialdemokratischen Arbeitern oder Gewerkschaftlern der Amsterdamer Richtung niemals veröffentlicht werden würde. Uebrigens sei hier noch bemerkt, daß nach den Angaben der „Handels- und Industriezeitung“ die Höhe des Privatkapitals im gegenwärtigen Rußland mindestens auf eine halbe Milliarde Rubel geschätzt wird; andere Schätzungen sind wesentlich höher.

IV.

Die rechtlichen und politischen
Verhältnisse.

VI

Die rechtlichen und politischen
Verhältnisse

1. Die Gewerkschaften.

Die Prüfung der Verhältnisse in der russischen Industrie und der wirtschaftlichen Lage der russischen Arbeiterklasse zeigt, daß der russische Arbeiter Mittel eines organisierten Selbstschutzes braucht. Besonders stark ist dieses Bedürfnis gerade jetzt, wo die wirtschaftliche Entwicklung Rußlands in eine neue kritische Phase eintritt. Eines der wichtigsten Mittel des organisierten Selbstschutzes ist die Gewerkschaft.*) Wie verhält es sich mit diesen Dingen in Sowjetrußland?

a) Die Organisation der Gewerkschaften.

Die Zahlenangaben über die Stärke der russischen Gewerkschaften sind an sich geeignet, auf die Phantasie zu wirken: Laut Angabe der „Arbeitsstatistik“ (1925, Nr. 6, S. 16) zum 1. Februar 1925 6.950.000 Mitglieder bei einer Gesamtzahl von 7½ Millionen Arbeiter und Angestellten! Abgesehen vom landwirtschaftlichen Proletariat, das fast gar nicht organisiert ist, gehören fast alle Arbeiter und Angestellten den Gewerkschaften an. Wären diese Gewerkschaften in der Tat freie, selbsttätige Organisationen der Arbeiterklasse, so brauchte man nichts Besseres zu wünschen. Weisen aber die russischen Gewerkschaften in Wirklichkeit die erwähnten Eigenschaften auf? Artikel 152 des Arbeitsgesetzbuches lautet, daß die Gewerkschaften in intergewerkschaftlichen Organisationen vereinigt und registriert werden. Laut Artikel 153 dürfen keine anderen Vereinigungen außer den amtlich registrierten sich als Gewerkschaften bezeichnen und ihre Funktionen ausüben. Die offiziellen Gewerkschaften haben das Monopol der Vertretung der Arbeiterinteressen. Da aber die intergewerkschaftliche Spitzenorganisation

*) Wir müssen die Frage der sozialen Versicherung hier außer Acht lassen. Obwohl auch auf diesem Gebiete von verschiedenen Rußlandfahrern zahlreiche Märchen und Legenden produziert worden sind, würde eine Darstellung des wirklichen Sachverhaltes zu viel Raum in Anspruch nehmen und den Rahmen dieser Schrift zu weit ausdehnen.

durch einen Mechanismus, über den später die Rede sein soll, den Anforderungen der Regierung angepaßt ist, so sind nur die von der Regierung gutgeheißenen Gewerkschaften in Sowjetrußland existenzberechtigt. *) Der russische Arbeiter kann entweder in eine solche, mit Monopolgewalt ausgerüstete Gewerkschaft eintreten, oder er muß außerhalb der gewerkschaftlichen Organisation bleiben, da andere Gewerkschaften in Rußland nur als illegale Organisationen denkbar sind. Das Recht der freien Auswahl ist dem russischen Arbeiter nicht gegeben.

Weshalb haben sich aber die russischen Arbeiter fast vollzählig als Mitglieder der offiziellen Gewerkschaften eingeschrieben? Weil diese Gewerkschaften eine ungeheure Macht über jeden einzelnen Arbeiter besitzen, und vor allem, weil es **ohne Mitgliedsbuch einer Gewerkschaft fast unmöglich ist, Arbeit in Industriebetrieben oder Sowjetinstitutionen zu finden.** Mit monopolistischer Macht auf dem Gebiete der Organisation ausgerüstet, haben die offiziellen Gewerkschaften gleichzeitig auch das Monopol bei der Verteilung der Arbeit. Sie brauchen deshalb nicht wie die europäischen Gewerkschaften durch Führung von Kämpfen, durch Propaganda und Agitation neue Mitglieder für ihre Organisation zu werben: der russische Arbeiter ist gezwungen, der Gewerkschaft beizutreten, weil er sonst keine Arbeit findet. Dem Namen nach freiwillig, ist die Mitgliedschaft in den russischen Gewerkschaften in Wahrheit eine Zwangsmitgliedschaft. Deshalb haben die Millionenzahlen der russischen Gewerkschaften einen viel geringeren inneren Wert als die Millionenzahlen der europäischen Gewerkschaften, deren Mitglieder freiwillig und bewußt der Organisation beigetreten sind.

b) Die Gewerkschaften und die Arbeitslosen.

Die russischen Gewerkschaften haben das Monopol bei der Verteilung der Arbeiten. Nirgends tritt in dieser Beziehung ihre absolute Macht so grell hervor, wie bei ihrer Haltung zu den Arbeitslosen. In den westeuropäischen Ländern treten die Kommunisten bekanntlich als die besonderen Freunde und Gönner

*) Es ist in Rußland gelungen, für die Gewerkschaften eine Lage zu schaffen, die in Italien so hartnäckig von Mussolini angestrebt wird.

der Arbeitslosen auf. In Sowjetrußland liegen die Dinge anders: Ohne Mitgliedsbuch einer Gewerkschaft kann man hier keine Arbeit finden, aber andererseits ist es dem Arbeitslosen fast unmöglich, Mitglied einer Gewerkschaft zu werden. Es hängt von der Gewerkschaft ab, dem Arbeitslosen ein Mitgliedsbuch und Arbeit zu geben, oder ihn Hungers sterben zu lassen. In dieser Beziehung ist auch eine besondere Theorie geschaffen worden, die folgendermaßen lautet: Die Gewerkschaften sind Organisationen der Arbeitenden; die Arbeitslosen arbeiten nicht, sie wollen nur arbeiten und können deshalb nicht Mitglieder der Gewerkschaft sein.

„Personen, die ihre Arbeitskraft verwerten wollen, und vor der Arbeitslosigkeit nicht Mitglieder der Gewerkschaft waren,*) können während der Arbeitslosigkeit nicht in die Gewerkschaft aufgenommen werden“, schreibt Finn im Leitartikel des „Trud“ vom 11. Juni 1925. Noch deutlicher spricht sich im „Trud“ vom 1. Juli 1925 Basjuchin aus: „Die Gewerkschaften haben niemals die Aufgabe übernommen, die Interessen von Personen zu verteidigen, die keine Lohnarbeit leisten. Der Wunsch allein, Arbeit zu finden und in die Gewerkschaft aufgenommen zu werden, genügt nicht. Die Gewerkschaften kämpfen für organisierte Arbeit, für organisierte Arbeitsbeschaffung, aber natürlich nur für die Personen, die bereits dieser Organisation angehören, d. h. für Mitglieder der Gewerkschaften . . . Die Arbeitslosen, die nicht den Gewerkschaften angehören, mögen hinsichtlich des Kerns der erwähnten Frage anderer Meinung sein als wir, da sie Arbeit bekommen wollen. Solcher Personen gibt es viele, nicht nur auf dem Arbeitsnachweis, sondern in jeder Familie eines Arbeiters, Angestellten oder Bauern. Aber die Gewerkschaften übernehmen und übernehmen nicht die Aufgabe, die Interessen Aller zu verteidigen, die nicht Lohnarbeit leisten, und können auch diese Aufgabe nicht übernehmen.“ Der Allrussische Zentralrat der Gewerkschaften hat sich sogar gegen die Aufnahme jener Arbeitslosen ausgesprochen, die bei öffentlichen Arbeiten beschäftigt werden, da diese Arbeiten „einen zeitweiligen Charakter tragen und nicht als Lohnarbeit gelten können, sondern nur die Form darstellen, durch die die Arbeitslosen staatliche

*) Hierbei muß berücksichtigt werden, wie viele solcher „Personen“ täglich aus den Dörfern in die Städte strömen.

Hilfe erhalten.“*) „Für Nichtmitglieder der Gewerkschaft ist es schwer, ja fast unmöglich, Arbeit zu erlangen, und Mitglied der Gewerkschaft kann man nur werden, wenn man Arbeit bekommen hat“, — so formuliert den entstandenen fehlerhaften Kreis einer der Führer der russischen Gewerkschaften, M e l n i t s c h a n s k i. („Trud“, 10. November 1925).

Welche Verhältnisse dadurch geschaffen werden, berichtet der bereits oben erwähnte B a j j u b i n: „Nachdem man alle Sperrn passiert hat, die bei uns in genügender Zahl vorhanden sind, ist niemand davor geschützt, von der Arbeit weggeholt zu werden. Ein früheres Mitglied der Gewerkschaft oder ein eben erst eingetretener junger Genosse — einerlei, ob es der Absolvent einer Lehranstalt ist oder ein junger Arbeiter, oder eine Witwe mit Kindern oder eine alleinstehende Frau, oder die Frau eines Rotarmisten, — werden unweigerlich von der Gewerkschaft von der Arbeit weggeholt, nachdem sie ein, zwei oder auch sechs Monate gearbeitet haben. In der Regel richten die Gewerkschaften ihre Pfeile gegen den neu eingetretenen Arbeiter, der nicht der Gewerkschaft angehörte; ein solcher Arbeiter wird ungeachtet des Widerstandes des Direktors unweigerlich von der Arbeit weggeholt. In der Begründung heißt es denn auch: „muß entlassen werden auf die Forderung der Gewerkschaft als Nichtmitglied der Gewerkschaft.“***) Wir sehen aus all diesen Angaben, in welcher eine ausweglose Lage der Arbeitslose in Sowjetrußland gerät, insbesondere einer, der aus irgendwelchen Gründen aus der Gewerkschaft ausgeschlossen wurde. Ist es unter diesen Umständen verwunderlich, daß der russische Arbeiter mit allen Mitteln darnach strebt, das Mitgliedsbuch einer Gewerkschaft zu erlangen, und als Mitglied der Gewerkschaft bemüht ist, bis zur letzten Möglichkeit alle Forderungen der „Gewerkschaftsdisziplin“ zu erfüllen, d. h. widerspruchslös sich den großen und kleinen „Bonzen“ unterzu-

*) „Informations- und Direktionschreiben des Allrussischen Zentralrates der Gewerkschaften Nr. 7“, „Trud“, 18. Juli 1925.

**) „Trud“, 13. Jänner 1926. — Bajjubin entrüstet sich über diese Verhältnisse, vergißt aber, daß sie die notwendige Folge der von ihm selbst empfohlenen Politik gegenüber den Arbeitslosen ist.

ordnen, von denen seine Existenz und die seiner Familienangehörigen abhängt?

c) Die „Selbstverwaltung“ der Gewerkschaften.

Die russischen Gewerkschaftsbeamten unterscheiden sich von den Funktionären der westeuropäischen Gewerkschaften nicht nur dadurch, daß ihre Macht über jeden einzelnen Arbeiter unbegrenzt ist. Ihr wesentliches Merkmal besteht auch darin, daß sie niemals als wirklich Ausgewählte aus der Masse der Gewerkschaftsmitglieder gelten können. Auf dem Papier sind auch die russischen Gewerkschaften Selbstverwaltungskörperschaften, die auf demokratischer Grundlage aufgebaut sind. In Wirklichkeit bedeutet diese „Selbstverwaltung“ einen Hohn auf das ihr zu Grunde liegende Prinzip. Zunächst muß bemerkt werden, daß alle Wahlen durch offene Stimmabgabe vollzogen werden. Den deutschen Arbeiterdelegierten gefiel, wie bereits erwähnt, dieses „ehrliche Bekenntnis“ jedes einzelnen zu seiner Meinung außerordentlich. Was es aber für den russischen Arbeiter bedeutet, kann jeder aus dem oben Dargelegten selbst ersehen. Hierbei muß immer wieder im Auge behalten werden, daß in Rußland eine politische Diktatur besteht, und daß, wenn die Gewerkschaftsbeamten einen nicht willfähigen Arbeiter aus dem Betrieb herauswerfen können, die Politische Staatsverwaltung (die ehemalige Tscheka) die Sorge um seine weitere Unterbringung zu übernehmen vermag. Die Führer der russischen Gewerkschaften selbst geben sich hinsichtlich der Folgen des „ehrlichen Bekenntnisses“ für den betreffenden Arbeiter keinerlei Illusionen hin. „Die Verfolgung der Gewerkschaftsmitglieder, auch ihr Ausschluß aus dem Verband wegen der Kritik der Tätigkeit und der Handlungen dieses oder jenes Gewerkschaftsbeamten, die in der Regel als „Diskreditierung des Gewerkschaftsorgans“ bezeichnet wird, ist keine zufällige Erscheinung“, erklärt der Gewerkschaftsführer Melnitschanski. („Trud“, 26. März 1925.) Dasselbe wiederholte Tomski auf dem 14. Kongreß der Kommunistischen Partei Rußlands. („Pravda“ vom 1. Jänner 1926.) Unter Hinweis darauf, daß man auf allen möglichen Arbeiterversammlungen „die höchstgestellten Personen des betreffenden Gouvernements“ zu Vorsitzenden wählt, erklärte der Gewerkschaftsführer U n d r e j e w: „Welcher Arbeiter wird auf die Rednertribüne

Nettern, wenn er sieht, daß am Vorstandstisch hochgestellte Personen sitzen?" („Trud“, 5. April 1925.)

Man könnte unzählige ähnliche Meufierungen anführen, es dürfte aber auch schon ohnedies klar sein, wie gering die Meinungsfreiheit ist, die der russische Arbeiter in seiner Gewerkschaft genießt. Unter diesen Umständen wird von den Arbeitern, die gegenüber den „Bonzen“ kritisch gestimmt sind, nur selten jemand es wagen, seine Kandidatur aufzustellen zu lassen. Zudem vernichtet die offene Abstimmung vollends jede Freiheit der Wahlen. Der bereits erwähnte Andrejew ist offenbar anderer Ansicht als die deutschen Arbeiterdelegierten, wenn er erklärt: „Die einstimmige Annahme der Anträge oder der Kandidatenliste ist häufig eine einfache Formalität, keineswegs aber ein Ausdruck der Anteilnahme der breiten Massen.“ („Trud“, 5. April 1925.)

Gehen wir aber weiter. Die Wahlen sind überall vielstufig und dieses System fördert noch mehr die Möglichkeit, die Zahl der Kommunisten und der durchaus „Zuverlässigen“ auf den höheren Stufen der hierarchischen Leiter noch zu vermehren. In die höheren Instanzen der Gewerkschaften (darunter auch in die oben erwähnten intergewerkschaftlichen Organe) kann außer den Kommunisten und ihren Schülern niemand hineinkommen, selbst wenn er zufällig in eine untergeordnete Instanz hineingewählt wurde. Schließlich das Wichtigste: Alle Gewerkschaftsinstanzen, von den unteren bis zu den oberen, befinden sich nicht nur in den Händen der Kommunisten, sie sind auch vollkommen abhängig von den Organen der kommunistischen Partei, die selbst davor nicht zurückschrecken, gewählte Personen abzusetzen und sie auf dem Wege der „Kooptierung“, d. h. einfach durch Ernennung, durch andere zu ersetzen. „Fast alle leitenden zentralen und Gouvernementsinstanzen der Gewerkschaften sind damit beschäftigt, die gewählten Amtspersonen von einem Ort zum andern zu versetzen. . . Fast täglich ändert irgend ein Zentralkomitee die Zusammensetzung der örtlichen leitenden Instanzen. . . Es sind ganze Kadres gewerkschaftlicher Beamter entstanden, die periodisch von einem Ort zum andern geworfen werden.“ So schreibt Melnitjanskij („Trud“, 15. August 1925), und er fügt zu dieser Feststellung noch hinzu, daß diese Praxis „eine Sorglosigkeit bei der Ausübung des Amtes und eine Verantwortungs-

lofigkeit gegenüber den Wählern“ gezeitigt habe.*) Noch vor ganz kurzer Zeit hat das Gewerkschaftsorgan „Trud“ (17. März 1926) eine Reihe von Beispielen angeführt, wo kommunistische Parteiorganisationen den Gewerkschaften die mannigfaltigsten, ihnen fernstehenden Aufgaben zuweisen (darunter auch Ermittlungen über Steuerhinterziehungen von Bauern usw.) und ohne Umschweife Gewerkschaftsbeamte ernennen. Der Führer der russischen Gewerkschaften, Tomski, für den „die Leitung der Gewerkschaften durch die Partei eine Frage ist, die in keiner Weise angefochten oder angezweifelt werden kann oder soll,**) sucht einen Ausweg aus den Widersprüchen in der „doppelten Verantwortlichkeit“ der Gewerkschaftsfunktionäre. Einerseits müßten sie sich hinsichtlich der „gewerkschaftlichen Linie“ vor ihren Wählern verantworten (die ihnen nichts anhaben können) und andererseits seien sie hinsichtlich der „Parteilinie“ vor der Partei verantwortlich (die sie jeden Augenblick von ihrem Posten absetzen, für eine andere Arbeit verwenden, nach dem entferntesten Nest in der Provinz verschicken kann usw.). Die Ergebnisse dieser doppelten Verantwortlichkeit liegen so klar auf der Hand, daß sie wohl kaum näher erörtert zu werden brauchen.

Die unzweifelhafte Schlussfolgerung, die aus allen diesen Angaben gezogen werden kann, ist die, daß die russische Gewerkschaften im Gegensatz zu den westlichen weniger Organe der Selbstverwaltung der Arbeiter sind, als Organe der bolschewistischen Regierung zum Zwecke der Beherrschung der Arbeiter. Diesem Zweck dient ihr Aufbau wie ihre Praxis in der Umgebung der kommunistischen Diktatur. In dieser Beziehung bilden auch die Betriebsräte keine Ausnahme, über die die deutschen Arbeiterdelegierten in begeisterten Tönen berichteten. Ja, auf dem Papier ist in der Gesetzgebung über die Betriebsräte vieles ausgezeichnet. Aber das gleiche gilt auch von

*) Als diese Äußerungen Melnikhanskis in der deutschen sozialdemokratischen Presse veröffentlicht wurden, versuchte er in der Berliner „Roten Fahne“, seine Erklärung zu mildern. Aber keinerlei nachträgliche Korrekturen vermögen den vollkommen klaren und kategorischen Sinn der oben wiedergegebenen Worte aus der Welt zu schaffen.

***) Bericht auf dem XIV. Kongreß der RKP., „Pravda“, 1. Jänner 1926.

anderen Gesetzen und Dekreten der Bolschewisten. In der Praxis, in der die Selbsttätigkeit der Arbeiter durch die kommunistische Parteidiktatur erlöset wird, liegen die Dinge anders. Wir wollen hier nicht wiederholen, was wir bereits über die Wahlen in den Gewerkschaften gesagt haben. Wir wollen bloß einen kurzen Auszug aus einer Korrespondenz im „Trud“ vom 13. Feber 1926 wiedergeben, die unter der charakteristischen Ueberschrift: „Von Demokratie keine Spur“ erschienen ist. Es heißt in dieser Korrespondenz:

„In der Wahlversammlung wählte man ziemlich geschlossen den Fabrikdirektor und den Sekretär der kommunistischen „Zelle“ in das Präsidium. Man kritisierte die Arbeit des Betriebsausschusses sehr schüchtern und schwach. Als jedoch der Fabrikdirektor in die Debatte eingriff und eine donnernde Rede hielt zur Verteidigung des Betriebsrates, nahm auch diese schüchterne Kritik ein Ende und durch die Reihen der Versammelten ging es im Flüsterton: „Sieh zu, daß Du nicht dagegen stimmst, sonst wirst Du noch entlassen oder in der Tarifklasse herabgesetzt. . .“ Natürlich wählte man dann den alten Vorsitzenden und die Abstimmung über die anderen Mitglieder verlief „wie erforderlich“. Freilich schimpfte man viel auf dem Heimwege.“

Diese Korrespondenz aus einer Tabakfabrik in Theodosia (Krim) zeichnet das typische Bild der Wahlen der Betriebsräte in den Fabriken. Aber die deutschen Arbeiterdelegierten, die die Krim besuchten, sahen dieses Bild nicht. Im Gegenteil: „nirgends bemerkten sie irgendwo eine Unzufriedenheit“, und sie „stellten die Volkstümmlichkeit und Beliebtheit der Führer fest.“*) Über die russischen Sozialdemokraten sehen die Wirklichkeit, die selbst in den Spalten der offiziellen bolschewistischen Presse ihre Widerspiegelung findet. Deshalb können sie sich nicht dem begeisterten Chor zu Ehren der Betriebsräte in Sowjetrußland anschließen, der von den deutschen Arbeiterdelegierten angestimmt wurde. Die deutschen Rußlandfahrer sehen in diesen Betriebsräten ein Organ, mit dessen Hilfe die Arbeiter an der Verwaltung des Betriebes teilnehmen. Die russischen Sozialdemokraten sind leider zu der Feststellung genötigt, daß die Betriebsräte in Rußland bisher weit eher ein Organ darstellen, mit dessen Hilfe die Betriebsleitung die Arbeiter zu beherrschen und in Gehorsam zu halten sucht. Diese Feststellung soll durch die weiteren Darlegungen des näheren beleuchtet werden.

*) A. a. D., S. 79 und 74.

d) Die Gewerkschaften, die Arbeiter und die Wirtschaftsführer.

Die Folge der oben dargestellten Verhältnisse ist ein Zustand, den die Bolschewisten selbst als „Loslösung der Gewerkschaften von den Massen“ bezeichnen: „An Stelle des Ueberredens und Ueberzeugens wurde das obrigkeitliche Anschreien angewandt, an die Stelle der Leitung trat das Kommandieren. Die Folge war die Loslösung der Gewerkschaften von den Arbeitermassen. Die Gewerkschaften traten nicht als gewählte Führer der Arbeiterorganisationen auf, die den Arbeitermassen nahe stehen, sondern als „kommandierende“, „befehlende“ Organisationen. Und das System der Verschiebung und des häufigen Wechsels der verantwortlichen Funktionäre in den Gewerkschaften vertiefte noch diesen unzulässigen Bruch.“ So schrieb das zentrale Gewerkschaftsorgan „Trud“ (17. 10. 1925), indem es die Beschlüsse der Plenarversammlung des kommunistischen Zentralkomitees über die Tätigkeit der Gewerkschaften kommentierte. Infolge dieser „Loslösung“ von den Massen sind die Gewerkschaften nicht nur nicht über die wirklichen Stimmungen und Wünsche der Arbeitermassen unterrichtet, auch die heftigsten Konflikte und Streiks brechen vollkommen unerwartet für die Gewerkschaften aus und verlaufen ohne ihr Wissen und ihre Teilnahme, häufig sogar gegen ihren Willen: „Ohne Wissen der Gewerkschaft, ohne Wissen der kommunistischen Zelle, ohne Wissen des Betriebsrates, ohne Wissen des Direktors bricht plötzlich — obwohl zwischen ihnen allen die besten gegenseitigen Beziehungen bestehen und die kameradschaftlichsten Verhältnisse herrschen — ein Streik aus! Spinne in der Suppe!“ So äußerte sich der Gewerkschaftsführer Tomski auf dem VI. Gouvernementskongreß der Gewerkschaften in Leningrad. („Trud“, 30. 5. 1925.) Nach den Angaben des Kommunisten Pitlowski wurden im Jahre 1924 — 98,5 Prozent aller Streiks „ohne Wissen und Zustimmung und gegen den Beschluß der Gewerkschaften“ durchgeführt. („Bolschewit“ Nr. 13/14.) Es handelt sich aber hier nicht nur um die „Loslösung“ der Gewerkschaften von den Massen. Schon aus den eben angeführten Worten Tomskis ersehen wir, daß die Gewerkschaft, die kommunistische Zelle, der „rote“ Fabrikdirektor und der Betriebsrat „in kameradschaftlichsten Verhältnissen“ zueinander stehen. Etwas anderes ist auch nicht zu erwarten, da sie

alle Mitglieder einer und derselben diktatorischen Partei sind, die auf diktatorischen Grundlagen aufgebaut ist. Sie alle sind zunächst verpflichtet, auch in den Gewerkschaften die Direktiven der kommunistischen Partei zu befolgen, und jene Politik der „Hebung der Arbeitsergiebigkeit“ zu verwirklichen, die, wie wir gesehen haben, untrennbar verknüpft ist mit einer unbeschränkten Akkordarbeit und einer Herabdrückung des Arbeitslohnes, d. h. mit jenen Erscheinungen, die die Unzufriedenheit der Arbeiter wecken. Bei einem ausbrechenden Konflikt erweisen sich die „in kameradschaftlichen Verhältnissen“ zueinander stehenden Gewerkschaften und kommunistischen Zellen, Fabriksdirektoren und Betriebsräte in einem Lager, während die Arbeitermasse sich in einem anderen Lager befindet. Die „Loslösung“ von den Massen verwandelt sich in einen Gegensatz zu den Massen. Es entsteht eine Lage, wie sie beispielsweise in der Moskauer „Arbeiter-Zeitung“ (26. 2. 1926) anlässlich eines Streiks auf einer großen Textilfabrik im Gouvernement Jwanowo-Wosnesensk, der infolge eines Konfliktes mit einem großen Meister ausgebrochen war, geschildert wird: „Die Arbeiter forderten die Einberufung einer Betriebsversammlung. Aber der Betriebsrat verhinderte durch allerhand Winkelzüge die Einberufung der Versammlung, d. h. er deckte mit allen Mitteln den verhassten Meister.“ Als jedoch infolge dieser Haltung des Betriebsrates ein Streik ausbrach, „schloß sich die kommunistische Zelle dem Streik nicht an und die Parteikommunisten gingen zur Arbeit“.

Die durchschnittlichen Kommunisten, die im Betriebe stehen, treten keineswegs immer in der schmachvollen Rolle von Streikbrechern auf. Vielmehr siegt sehr häufig bei ihnen das Gefühl der Klassenolidarität über die Parteidisziplin. Sie nehmen dann nicht nur am Streik teil, sondern leiten ihn sogar, wie das während des großen Textilarbeiterstreiks im Frühjahr 1925 der Fall war. Sie geraten aber dann in einen Konflikt mit der Partei, die sie aus ihren Reihen ausschließt und, ebenso wie die sozialdemokratischen Arbeiter, zum Objekt der Fürsorge der Politischen Staatsverwaltung (G. P. U.) macht. Aber die von der „Arbeiter-Zeitung“ geschilderte Haltung des Betriebsrates bleibt immerhin typisch. Der Betriebsrat ist in der Regel ein „Freund“ des Fabriksdirektors: Seine Existenz wird aus den Mitteln des Be-

etriebes bestritten; die Betriebsverwaltung kann den Mitgliedern des Betriebsrates zahlreiche kleine aber sehr wesentliche Vorrechte einräumen; die Hauptsache aber ist, daß er mit der Betriebsverwaltung durch die „Bande der Parteidisziplin“ auf das engste verbunden ist.

„Die Gewerkschaften haben häufig diese oder jene wirtschaftlichen Maßnahmen unmittelbar verwirklicht, sie haben selbst die Arbeiter während der Konflikte ausgesperrt, die Arbeiter von einer Arbeit zur anderen versetzt, die Belastung der einzelnen Arbeiter bei der Arbeit erhöht, die Konflikte in der Stille der Kabinette ohne genügend breite Öffentlichkeit entschieden, den ernstesten Feldzug zur Hebung der Arbeitsergiebigkeit, zur Erhöhung der Arbeitsleistungen und zur Herabsetzung der Lohnsätze ohne vorherige Erörterung dieser Maßnahmen mit den Arbeitern lediglich auf dem Wege bürokratischer Rundschreiben von oben her durchgeführt, die die gemeinsame Unterschrift der Gewerkschaft und des Wirtschaftsorgans trugen; sie haben sich in den Tarifs- und Schiedskommissionen damit befäßt, daß sie den Arbeitern Strafen zudiktieren, und verwandelt sich so in den Augen der Arbeiter in eine zweite Betriebsverwaltung.“ So schildert die Verhältnisse der Gewerkschaftsführer Koselew im „Trud“ vom 17. Oktober 1925. Er zitiert hierbei folgende Erklärung von Kagonowitsch: „Auf Schritt und Tritt werdet ihr bei dem Besuch der Betriebe von den Arbeitern hören: Was mache ich mir aus der Gewerkschaft? Sie unterdrückt uns ebenso wie der Direktor, Schutz finde ich bei der Gewerkschaft nicht und irgend eine Hilfe erweist sie mir auch nicht.“

So urteilen, nach dem Zeugnis der Bolschewisten selbst, „auf Schritt und Tritt“ die russischen Arbeiter über die „roten“ Gewerkschaften und Betriebsräte. Sollten die ausländischen Arbeiterdelegierten nicht die Verpflichtung gehabt haben, diese immerhin kompetenten Anschauungen der russischen Arbeiter ein wenig zu berücksichtigen?

Gewiß, viele Kommunisten, insbesondere viele kommunistische Funktionäre in der Gewerkschaftsbewegung empfinden qualvoll die widerspruchsvolle Lage, in die die Gewerkschaften und die Betriebsräte geraten sind, und sind aufrichtig bestrebt, die Dinge zu bessern.

Wer man kann die Folgen nicht reparieren, wenn man die Ursachen nicht aus der Welt schafft. Und die wirkliche Ursache der Umwandlung der Gewerkschaften in bürokratische Staatsorgane beruht, wie wir aus dem Dargelegten ersehen haben, in der Diktatur der Kommunistischen Partei. Es kann keine sich selbst verwaltenden Massenorganisationen in einem Lande geben, in dem die Freiheit des Wortes, der Presse, der Versammlungen usw. das Monopol einer bevorrechteten Partei bildet. Die Diktatur von oben zeitigt unvermeidlich diktatorische Verhältnisse in den unteren Schichten der Organisation.

Es muß noch einmal wiederholt werden: Die Gewerkschaften in Rußland sind etwas ganz anderes als die Gewerkschaften in den westlichen Ländern. Die äußeren Formen sind scheinbar die gleichen, aber der Inhalt ist hier und dort häufig diametral einander entgegengesetzt.

e) Einige ergänzende Angaben.

Der beschränkte Raum gestattet uns nicht, alle Seiten der Tätigkeit der russischen Gewerkschaften eingehend zu beleuchten. Wir wollen deshalb nur noch einige der wichtigsten Fragen streifen.

Es wird viel über die Kultur- und Bildungsarbeit der russischen Gewerkschaften gesprochen und geschrieben. Außerlich ist diese Arbeit tatsächlich glänzend gestellt. Schauen wir uns aber ihren Inhalt etwas näher an. Hier muß zunächst hervorgehoben werden, daß die von den Gewerkschaften selbst für Kultur- und Bildungszwecke bewilligten Mittel verschwindend gering sind; diese Mittel werden vielmehr in der Hauptsache durch die Wirtschaftsorgane beschafft, und zwar in Form von Abzügen, die durch die Kollektivverträge festgesetzt werden. So betragen nach Angabe von Melnitshanski („Trud“, 23. 9. 1925) laut den Berichten von 19 Gewerkschaftsvorständen, im Jahre 1924 die von den Wirtschaftsorganen stammenden Eingänge für Kulturzwecke 7,753.463 Rubel, während die Eingänge aus Gewerkschaftsmitteln insgesamt auf 764.463 Rubel oder weniger als 10 Prozent beliefen.

Was soll man nun Besseres verlangen? Nicht die Arbeiter, sondern die Betriebe geben die Mittel her für die Befriedigung der Kultur- und Bildungsbedürfnisse des Proletariats. In Wirklichkeit jedoch werden diese von den Wirtschaftsorganen abgeführten Be-

träge bei dem Abschluß der Kollektivverträge mit in Rechnung gestellt; es sind also nichts anderes als versteckte Abzüge vom Arbeitslohn, die hinter dem Rücken der Arbeiter, ohne ihr Wissen und ihren Willen vorgenommen werden. „Die Abzüge für Kulturzwecke sind eine indirekte Steuer auf den Arbeitslohn“, mußte auch Tomski anerkennen. „Man wird — so erklärte er — nach einem gewissen Zeitraum diese Methode vollkommen aufgeben müssen.“ („Trud“, 13. 5. 1925.)*

Der bürokratische Charakter der Zuweisung von Mitteln für Kultur- und Bildungszwecke prägt sich auch in der Art der ganzen Kulturarbeit aus: Es wird hier fast nichts als soziale Gemeinshaftarbeit gemacht, vielmehr bürgert sich in den Gewerkschaften (unter dem Vorwand, daß die Mittel von den Wirtschaftsorganen stammen) immer mehr die Methode ein, jeden Schritt zu bezahlen. Die Arbeit auf diesem Gebiete kommt sehr teuer zu stehen; zudem ist die Arbeit sehr schlecht: die bolschewistische Presse ist mit Mitteilungen übersüllt, daß die „Massen in panischer Furcht“ vor jenen Agitationskampagnen flüchten, die von den Kommunisten in den Arbeiterklubs inszeniert werden: „Die allgemeinen Berichte und die allgemeinen Parolen, heute genau dasselbe wie bei ähnlichen Veranstaltungen im verflossenen Jahre.“ („Trud“ vom 27. November 1925). Auch Frau Krupskaja, die Witwe Lenins, berichtet in der „Pravda“, daß die Arbeiter sich in ihren Klubs keineswegs heimisch fühlen, daß sie Furcht haben, frei in diesen Klubs zu sprechen und es vorziehen, sich von ihnen fernzuhalten.

Der bürokratische Aufbau der Gewerkschaften spiegelt sich auch in der Art ihrer Finanzgebarung wieder. „In den Gewerkschaften, wie überhaupt in allen Institutionen, wird tagein, tagaus, eine Menge überflüssiger, nutzloser und oft vollkommen unnützer Arbeit ausgeführt,“ schreibt Resnikow im „Trud“ vom 28. Jänner 1926. Aber diese Arbeit wird bezahlt, die vorhandenen Mittel werden mit der größten Freigebigkeit verschwendet, und nach den Berechnungen desselben Resnikow könnte man die Aufwendungen ohne jede Beeinträchtigung der Arbeit mindestens um 30 Pro-

*) In dieser Beziehung ist Melnitschanski mit Tomski nicht einverstanden. In der Nummer des „Trud“ vom 23. 9. 1925 veröffentlichte er einen Artikel unter der demonstrativen Ueberschrift: „Die Gewerkschaften können die Abzüge für Kulturzwecke nicht preisgeben.“

zeit verringern. Aber außer den hier gekennzeichneten Verschwendung der Mittel, zeigt sich in den Gewerkschaften ein viel schlimmeres Uebel: eine wahre Epidemie der Veruntreuung, die nach den Worten Tomski „ungeheure Ausmaße“ erlangt haben, da man „die Veruntreuungen verheimlichte und toschwieg, um die Gewerkschaften nicht vor den Massen zu diskreditieren.“ („Trud“, 30. 5. 1925.) Tomski ist der Ansicht, daß man auf diese Weise in den Gewerkschaften nicht weniger als 3 Millionen Rubel veruntreut hat, ganz abgesehen davon, daß mindestens die gleiche Summe von den Gewerkschaftsbureauräten in Form von Vorschüssen und Darlehen angeeignet worden ist, von denen man „mit Bestimmtheit sagen kann, daß sie nicht zurückgezahlt werden“.

Von dieser Veruntreuungsseuche ist nicht nur die Gewerkschaftsbewegung betroffen. Mit vielleicht noch größerer Heftigkeit wütet sie auch in den Genossenschaften*) wie in allen Wirtschaftsorganen. Im Kampfe gegen dieses Uebel greifen die Bolschewisten zu den härtesten Strafen, die Todesstrafe mit inbegriffen. Aber wiederum muß hier gesagt werden: Man kann die Folgen nicht reparieren, wenn man die Ursachen nicht aus der Welt schafft. Wo keine öffentliche Kontrolle vorhanden ist, und wo die Allmacht der Regierenden sich mit der völligen Rechtlosigkeit der Regierten paart, dort entsteht unvermeidlich ein Boden für die verschiedensten Mißbräuche.

Wir wollen hier die Frage der Wiederherstellung der internationalen Einheit der Gewerkschaftsbewegung, wie auch das unwürdige Spiel, das von den Kommunisten in dieser Frage getrieben wird, nicht näher berühren. Bei der praktischen Lösung dieser Frage wird man sich jedenfalls nicht darauf beschränken dürfen, über das „Streben zur Einheit“, von dem die Bolschewisten jetzt erfüllt sind, begeisterte Reden zu halten. Man wird hierbei auch jene „Besonderheiten“ der russischen Gewerkschaften im Auge behalten müssen, die sie von den Gewerkschaften aller anderen Länder unterscheiden, und die in ihrer Gesamtheit darauf hinauslaufen, daß in den „roten“ Gewerkschaften jene Grundlage fehlt, die für das Bestehen einer jeden proletarischen Klassenorganisation unbedingt erforderlich ist — die proletarische Demokratie.

*) Die „Pravda“ (20. 10. 1925) ist der Ansicht, daß im letzten Jahre in den Konsumgenossenschaften nicht weniger als 12 Millionen Rubel veruntreut worden sind.

Die politischen Parteien und das Sowjetssystem.

a) Auf der schiefen Ebene.

Als die Bolschewisten in der Nacht vom 25. zum 26. Oktober (7. bis 8. November n. St.) 1917 die Macht ergriffen und ihre ersten Dekrete über den Frieden und den Grund und Boden veröffentlichten, wurde in diesen Dekreten und in den sie kommentierenden Reden Lenins kategorisch erklärt, daß die endgültige Entscheidung dieser wie aller anderen Fragen der Konstituierenden Versammlung überlassen bleibe, die auf Grund des allgemeinen, gleichen, direkten Proportionalwahlrechtes gewählt werden würde. Als jedoch die Konstituierende Versammlung am 5. Jänner 1918 in Petersburg zusammentrat, wurde sie durch militärische Macht auseinandergeprengt, während die zu ihren Gunsten demonstrierenden Volksmassen durch Schüsse auseinander getrieben wurden.

Schon in den ersten Wochen der bolschewistischen Herrschaft setzten Angriffe auf die Freiheit der Presse und der Versammlungen ein. Aber diese Angriffe wurden von einer Regierungserklärung begleitet, in der verkündet wurde, daß die Einschränkung der politischen Freiheit lediglich eine vorübergehende Maßnahme sei, die von den Bedingungen des nicht abgeschlossenen Umsturzes diktiert werde; sobald die neue Regierung sich besetzt habe, werde die Freiheit in vollem Umfange wieder hergestellt werden. Seitdem sind 8½ Jahre verflossen. Die bolschewistische Regierung selbst versichert fortgesetzt, daß sie fest und unerschütterlich dastehe. Aber die politische Freiheit ist in Rußland nicht nur nicht wieder hergestellt, es sind vielmehr alle ihre Spuren ausgeremert worden. Die Unterdrückung der Demokratie und der politischen Freiheit, die in der ersten Periode der bolschewistischen Herrschaft als eine traurige Notwendigkeit, die einen vorübergehenden Charakter trage, erklärt wurde, ist jetzt zu einer Theorie erhoben worden, die man nicht nur den russischen Volksmassen einzuprägen sucht, sondern auch eifrig im europäischen Proletariat propagiert. Kein Wunder, daß das Hauptkomitee für politische Bildung (an

dessen Spitze die Witwe Lenins, Frau Krupskaja steht) in seinem berühmten Rundschreiben vom Jahre 1923 den Befehl ausgab, daß aus den Volksbibliotheken nicht nur die gesamte „Agitationsliteratur aus dem Jahre 1917 für Verfassung, demokratische Republik, bürgerliche Freiheit, Konstituierende Versammlung, allgemeines Wahlrecht usw.“ entfernt werde, sondern auch die „Agitations- und Nachschlageliteratur der Sowjetorgane (aus den Jahren 1918, 1919, 1920) über jene Fragen, die gegenwärtig von der Sowjetregierung anders entschieden werden!“ Die Bolschewisten fühlen sich durch ihre eigene Vergangenheit gehemmt, und sie treffen deshalb Maßnahmen, daß die Volksmassen nichts über diese Vergangenheit erfahren.

Parallel mit der Unterdrückung der Freiheit und den wirtschaftlichen Experimenten, über die wir an anderer Stelle berichtet haben, vollzog sich die Entwicklung des Terrors. Die Bolschewisten begannen mit der Aufhebung der Todesstrafe und endeten mit ihrer Anwendung in ungeheuerlichem Ausmaße, die allerdings nicht als Hinrichtung, sondern als „Bernichtung des Feindes“, als „höchstes Strafmaß“ und anderen mehr oder minder schamhaften Namen bezeichnet wird.

Auf die grauenhafte Geschichte des sogenannten „roten Terrors“ wollen wir hier nicht eingehen: Die Literatur zu dieser Frage ist in allen Ländern so umfangreich, daß jeder, der sich über diese schmachvolle Erscheinung unterrichten will, sich die nötigen Unterlagen verschaffen kann.*) Wir wollen hier lediglich hervorheben, daß die Schuld an dieser zügellosen Terrorherrschaft keineswegs der russischen Arbeiterklasse zuzuschreiben ist. Der Terror in Rußland kam viel mehr „von oben“, von den Führern der bolschewistischen Partei. Trozki erzählt in seinem Buche: „Neben Lenin“ (Seite 104—105), daß kein anderer als Lenin „bei jeder passenden

*) Die Glaubwürdigkeit des allgemeinen Bildes des roten Terrors, dem hunderttausende Personen zum Opfer fielen, wird dadurch nicht gemindert, daß diese Schilderungen häufig von Feinden des Bolschewismus stammen. Eine andere Frage ist es freilich, wieweit jene Konterrevolutionäre, die während der Periode des sogenannten „weißen Terrors“ unerhörte Greuelthaten verübten und heute noch im Falle ihres Sieges von blutiger Rache träumen, berechtigt sind, sich moralisch zu entrüsten.

Gelegenheit den Gedanken der Unvermeidlichkeit des Terrors propagierte“, und sich über die „Spitzen der Arbeiterklasse“ entrüstete, die sich über seine Notwendigkeit „nicht genügend Rechenschaft abgeben“ und nicht einsehen, daß es „keine große Revolution gebe, wenn man nicht verstünde, die sabotierenden Weißgardisten niederzuschießen.“ Dieser Abneigung der Arbeiterklasse gegen den Terror muß es zugeschrieben werden, daß die Hauptfunktionäre der Tscheka sich nicht aus der Arbeiterschaft rekrutieren, sondern aus den Reihen der Matrosen, Soldaten und Intellektuellen; ihr ist es auch zuzuschreiben, daß die Bolschewisten, im Gegensatz zu den Jakobinern der großen französischen Revolution, es niemals gewagt haben, ihre Hinrichtungen öffentlich zu vollziehen. Sie waren vielmehr bestrebt, diese Hinrichtungen geheim, in den Kellern der Tscheka, vorzunehmen und verheimlichten sie in den meisten Fällen sorgfältig vor der Bevölkerung. Es wird wohl kaum je gelingen, die Zahl der Opfer genau festzustellen, die von den Helfern der Tscheka gemordet und zu Tode gequält worden sind!

Aber in diesem Abscheu gegen die Hinrichtungen und den Terror legte das russische Proletariat jenen Klasseninstinkt an den Tag, der Lenin und anderen kommunistischen Führern abging. Denn in der Praxis des Terrors entfaltete sich jener weitverzweigte Apparat der Tscheka mit zehntausenden Beamten, Spitzeln, hunderttausenden freiwilligen und unfreiwilligen Denunzianten und eigenen bewaffneten Kräften, der nicht nur das ganze Reich, sondern auch die kommunistische Partei selbst in seinem Banne hält. Sprach man doch anfangs davon, daß der Terror unvermeidlich sei, solange der Bürgerkrieg andauere. Aber der Bürgerkrieg ist längst siegreich abgeschlossen worden, die Organe des Terrors jedoch sind nicht nur nicht beseitigt worden, sie haben sich vielmehr befestigt und eine neue Theorie geschaffen, wonach der Terror gerade nach Beendigung des Bürgerkrieges besonders notwendig sei, um den „sozialistischen Aufbau“ zu sichern. Die Zahl der Hinrichtungen ist geringer geworden, aber umso unerbittlicher unterdrückt die seelenlose bürokratische Maschine des Terrors jede Äußerung der Freiheit. Entgegen den allgemeinen Vorstellungen, die noch im Bericht der englischen Gewerkschaftsdelegation ihren Niederschlag finden, bestand noch bis zum Ende des Bürgerkrieges in Sowjetrußland die Möglichkeit eines offenen Auftretens der sozialistischen Opposition. Die

sozialdemokratische Partei besaß noch etliche legale Organisationen; ihre Vertreter tagten noch in den Sowjets, und selbst ihre Delegationen wurden zu den allrussischen Sowjetkongressen eingeladen. (Zum letzten Mal zum achten Kongreß, der im Dezember 1920 abgehalten wurde.) Erst nach Beendigung des Bürgerkrieges, gleichzeitig mit der Ablehr vom „Kriegskommunismus“ und dem Uebergang zur „Neuen Wirtschaftspolitik“ wurde der Befehl Lenin's ausgegeben, „die Sozialisten in den Gefängnissen zu halten“, und die letzte Möglichkeit vernichtet, frei in Rußland sprechen zu können.

Hier kommen wir zu einer anderen Frage, die den Beweis erbringt, wie berechtigt der instinktive Abscheu der russischen Arbeiterklasse vor dem Terror war. Noch bevor der Terror sich zu einem festen System entwickelt hatte, bekamen die Arbeiter seinen Druck zu spüren. Schon Anfang 1918, als die verhängnisvollen Folgen der bolschewistischen Politik sich zeigten, demonstrierten große Massen der Arbeiter gegen die Bolschewisten. Aber die Konferenzen der oppositionell gestimmten Arbeiter wurden gewaltsam gesprengt und ihre Teilnehmer verhaftet. Die Bolschewisten ergriffen mit Gewalt Besitz von den Gewerkschaften und sprengten sogar die städtischen Sowjets in den Industriebezirken, in denen die Arbeiter, denen laut der Sowjetverfassung die „ganze Macht“ gehören muß, die große Mehrheit besaßen. Die Arbeiterdemonstrationen, die eine Folge dieser Gewalttaten waren, wurden mit Gewalt, häufig sogar mit Flintenschüssen, auseinandergejagt.*) Beim Ausbruch der „weißen“ Konterrevolution nahm diese oppositionelle Bewegung der Arbeiter naturgemäß ein Ende, da man alle Kräfte auf die Abwehr der der Revolution drohenden Gefahr konzentrieren mußte. Um diese Zeit wurde von den Bolschewisten verkündet, daß der Terror sich ausschließlich gegen die Monarchisten, die reaktionären Junker, die Weißgardisten und die Bourgeoisie richte. Aber der Bürgerkrieg

*) Der Verfasser dieser Schrift wurde im Jahre 1918 vor das Moskauer Revolutionstribunal gestellt, weil er in dem sozialdemokratischen Blatte „Wperjod“ („Vorwärts“) geschildert hatte, wie die Bolschewisten „die Arbeiter gerichtlich und ohne Gericht niederschleßen“. Die Tatsachen waren jedoch so unwiderlegbar, daß das bolschewistische Gerichtstribunal es vorzog, den Prozeß einzustellen. Heute, im 9. Jahr der Diktatur, wäre ein so objektives Tribunal in Sowjetrußland undenkbar.

nahm ein Ende, die „weißen“ Armeen zerfielen in ihre Bestandteile und verschwanden. Es begann die Periode des „Rep“, der neuen Wirtschaftspolitik, die Periode der „Entfesselung der kapitalistischen Beziehungen“. Die gestrigen Feinde waren entweder verschwunden oder hatten aufgehört, als Feinde zu gelten, die vernichtet werden mußten. Die bürgerlichen Fachleute, die Händler, die Industriellen, die wohlhabenden Bauern fanden wieder Unterschlupf im sowjetrussischen Wirtschaftssystem. Sie „löhten“ sich mit den Bolschewisten aus, verwandelten sich in „loyale“ Bürger des Sowjetstaates. Betrogen und getäuscht erwiesen sich die Arbeitermassen, unter denen die Unzufriedenheit immer stärker anstchwoll; die Folge war, daß der terroristische Apparat sich in immer stärkerem Maße gegen sie wandte. In den Sowjetgefängnissen, Konzentrationslagern und Verbannungsorten schmachten heute noch nicht wenige ehemalige Offiziere, „Bourgeois“, Priester, Gutsbesitzer, Weißgardisten und Konterrevolutionäre, aber das sind Ueberreste aus der früheren Periode. Die neuen zuströmenden Massen der Gesangenen rekrutieren sich vorwiegend aus den Kreisen der Arbeiter und armen Bauern. Nicht die herrschenden Klassen, sondern die werktätigen, nicht die raktionären und bürgerlichen Gruppen, sondern die sozialistischen Parteien werden zum Hauptobjekt des in Rußland wütenden Terrors.

So schließt der „rote“ Terror seinen mehr als achtjährigen Entwicklungsgang ab.*)

b) Das parteipolitische Leben in Rußland.

In Sowjetrußland gibt es außer der kommunistischen keine einzige offen existierende politische Partei. Nicht etwa deshalb, weil sie keine Anhänger haben, sondern weil die legale Existenz anderer Parteien nicht gestattet wird. Am längsten existierte als halblegale Organisation die Sozialdemokratische Arbeiterpartei Rußlands (die auch als „menschewistische“ Partei bezeichnet wird). Solange noch die geringste Möglichkeit bestand, offen bei

*) Ueber den Terror in Rußland siehe das Buch „Der Terror gegen die sozialistischen Parteien in Rußland und Georgien“ (Berlin, F. D. W. Dietz Nachf.), das im Auftrage der Exekutive der Arbeiterinternationale von Abramowitsch, Suchomlin und Zeretelli verfaßt worden ist.

den Wahlen aufzutreten, wurden Sozialdemokraten fortgesetzt in die Sowjets gewählt. Solange noch in einigen Gewerkschaften Spuren einer wirklichen proletarischen Demokratie erhalten blieben, nahmen Sozialdemokraten in den Vorständen dieser Gewerkschaften leitende Stellungen ein. Aber im Jahre 1921 wurde auch den Sozialdemokraten die letzte Möglichkeit einer offenen Tätigkeit geraubt. Die letzten unabhängigen Gewerkschaften (die der Buchdrucker und der chemischen Arbeiter) wurden gesprengt, und die gewählten Mitglieder ihrer Vorstände begannen ihren — heute noch nicht abgeschlossenen — Golgathaweg durch die russischen Gefängnisse und Verbannungsorte. Jeder, der als Mitglied der sozialdemokratischen Partei auftrat, wurde unverzüglich verhaftet und ohne Gericht und Untersuchung, lediglich auf Befehl der politischen Staatsverwaltung (der heutigen Tscheka), nach den Solowezki-Inseln im Weißen Meer, nach der Bastille in Susdal, nach den aus der Zarenzeit übernommenen Zuchthäusern geschafft. Nicht selten schmachten jetzt unsere Genossen unter der Herrschaft des Bolschewismus in denselben Kerker, wie seiner Zeit unter der Herrschaft des Zarismus . . .

Seit 1922 existiert die Sozialdemokratische Arbeiterpartei Rußlands als illegale Partei, in Form kleiner, streng geheim gehaltenen Zirkel, deren Haupttätigkeit darin besteht, sozialdemokratische Literatur, vor allem das vom verstorbenen Genossen Martow 1921 in Berlin gegründete Zentralorgan „Der Sozialistische Bote“, das nach Rußland eingeschmuggelt wird, zu verbreiten. Trotz dieser schwierigen Bedingungen hört die Sozialdemokratie in Rußland nicht auf, als organisierte Macht zu bestehen, die zweifellos als Massenpartei auftreten wird, sobald die äußeren Verhältnisse in Rußland auch nur einigermaßen ihre offene Existenz gestatten werden.

Im Gegensatz hierzu hat die Kommunistische Partei, die das Monopol der Legalität besitzt, ihre Mitglieder mit allen möglichen Vorrechten ausstattet und die freigebige Unterstützung der Regierung genießt, nur einen verschwindend geringen Teil des Proletariats aus den Betrieben in sich aufgenommen. Ihre, eine halbe Million Mitglieder zählende Organisation, besteht hauptsächlich aus Sowjetbeamten aller möglichen Rangsstufen, wenn auch proletarischer Herkunft. Was ist die Ursache dieser Erscheinung?

Woher kommt es, daß eine Partei, die die „Diktatur des Proletariats“ verkörpert und, wie viele ausländische Arbeiterdelegierte versichern, die ungeteilten Sympathien der russischen Arbeitermassen genießt, nicht die Massen zu ihren Mitgliedern zählt und die über sechs Millionen Mitglieder, die in den Gewerkschaften gezählt werden, nicht in ihre Reihen einbezieht?

Zwei Ursachen liegen dieser Erscheinung zu Grunde. Die eine besteht darin, daß die kommunistische Partei selbst die Arbeitermassen nicht aufnehmen will, weil sie sie fürchtet. Es gab eine Zeitlang viel Lärm aus Anlaß des sogenannten „Leninjahrganges“, d. h., der Aufnahme von 200.000 „Arbeitern aus den Betrieben“ in die kommunistische Partei. Man sprach von der „Vertiefung des proletarischen Charakters“ der Partei, schilderte die rührenden Szenen des Eintrittes durchschnittlicher Arbeiter in die Partei, „zu Ehren Lenins“ und überschlug sich vor Begeisterung aus Anlaß der zu dieser Zeit stattfindenden Werbeversammlungen. Aber sehr bald nahm dieser Lärm ein Ende. Wer spricht jetzt noch von „Leninjahrgang“? Wenn man sich seiner erinnert, so nur, um mit süßäurer Miene das Mißlingen dieses Unternehmens zu konstatieren. Als auf dem letzten, 14. Kongreß der kommunistischen Partei Rußlands, die Opposition die weitere „Vertiefung des proletarischen Charakters“ der Partei, ihre Umwandlung in eine 90prozentige proletarische Partei forderte, wurde diese Parole von der Mehrheit des Kongresses als eine der grellsten Äußerungen des „Verrats am Leninismus“ auf das heftigste bekämpft. Der Grund ist verständlich. Die Erfahrungen, die man mit dem „Leninjahrgang“ machte, haben unwiderlegbar bewiesen, daß viele sich der kommunistischen Partei nur deshalb anschlossen, um Vorrechte zu erlangen, und enttäuscht davongingen, als sie sich überzeugten, daß Ehrenposten und einträgliche Ämter für alle Parteimitglieder nicht in genügender Anzahl vorhanden sind. Andererseits haben dieselben Erfahrungen gezeigt, daß ein Massenstrom von Arbeitern aus den Betrieben, die die Hoffnung hegen, in der Partei ihre Interessen in organisierter Weise vertreten zu können, eine enorme Gefahr für die kommunistische Partei bildet, die auf dem Prinzip der widerspruchsfreien Unterordnung der Parteimitglieder unter den Willen der Führer aufgebaut ist, und die auf das Sorgfältigste über die Aufrechterhaltung ihrer Diktatur wacht.

Hier kommen wir zu der zweiten Ursache, aus der sich die isolierte Stellung der Kommunistischen Partei in der Masse des russischen Proletariats ergibt. Diese Ursache besteht darin, daß die Arbeiter selbst dieser Partei nicht beitreten wollen, weil sie in ihr nicht den freien Ausdruck ihres Willens finden. Der bolschewistische Staat ist auf der Grundlage der unbeschränkten Diktatur aufgebaut. Auf denselben Grundlagen steht auch die bolschewistische Partei. Nach der Vernichtung der Demokratie und der Freiheit im ganzen Lande haben die Bolschewisten sie auch in ihrer eigenen Partei vernichtet.*) Deshalb gibt es auch in ihrer Partei keine freie Meinungsäußerung, keine Möglichkeit, eine eigene Meinung zu vertreten. Die Führer der Kommunistischen Partei sind zu gleicher Zeit auch Führer des Staates, der Armee, der Polizei, der Wirtschaft und des Finanzwesens. In ihren Händen vereinigen sich gegenüber den andersdenkenden Parteimitgliedern nicht nur die gewöhnlichen Mittel der Parteidisziplin, sondern auch die der staatlichen und wirtschaftlichen Einwirkungen. Leute, die sich nicht ducken, fliegen nicht nur aus der Partei hinaus, sie verlieren auch Amt und Existenz. „Jetzt führen wir ein fattes Leben, und nicht jeder wird seine Hand gegen einen Beschluß erheben, um nachher dafür nach Mourmansk oder Turkestan verbannt zu werden“, — so erklärten, nach den Worten des angesehenen Petersburger Gewerkschaftsführers G l e b o w-

*) Im Jahre 1924, als Trotzki und nicht Kamenev in der Opposition stand, erläuterte K a m e n e w in einer Rede auf einer Moskauer Gouvernements-Konferenz in eindrucksvoller Weise, weshalb eine „innerparteiliche Demokratie“ (die damals von Trotzki gefordert wurde) nicht möglich sei, wenn es keine Demokratie im ganzen Lande gebe. Er erklärte u. a.: „Heute sagt man: Demokratie in der Partei; morgen wird man sagen: Demokratie in den Gewerkschaften; übermorgen könnten die parteilosen Arbeiter sagen: Gebt uns eine ebensolche Demokratie, wie ihr sie bei Euch geschaffen habt; und könnte denn nicht auch das große Meer der Bauern sagen: Gebt uns Demokratie! Deshalb will ich mein Siegel nicht unter diese Forderungen setzen.“ So sprach Kamenev im Jahre 1924. Jetzt jedoch, wo er sich in der Opposition befindet, wäre er wohl nicht abgeneigt, für sich das Siegel unter die Demokratie zu setzen. Aber jetzt wenden die „Sieger“ aus der Parteimehrheit seine eigenen Argumente gegen ihn an. Und die deutschen Arbeiterdelegierten sahen „mit eigenen Augen“ in Sowjetrußland „eine wahre Arbeiterdemokratie“! (A. a. D., Seite 169). Die parteilosen Arbeiter (d. h. neun Zehntel des russischen Proletariats), die Gewerkschaften, die Kommunistische Partei selbst, sind offenbar in dieser „Arbeiterdemokratie“ nicht mitgerechnet.

Awilow („Prawda“, 26. Dezember 1925), viele Mitglieder des letzten Kongresses der Partei, weshalb sie nicht für die Opposition gestimmt haben.

Braucht man noch auf diese Dinge einzugehen, wenn man so grelle Beispiele vor Augen hat, wie die Amtsenthebung solcher führenden Kommunisten wie Trozki, Sinowjew, Kamenew, Sokolnikow? Nicht nur sie, sondern alle ihre Anhänger wurden ihrer Ämter enthoben und wegen ihrer oppositionellen Gesinnung nach der wüsten Provinz verbannt. Die Spitzen der Petersburger Organisation — die Gouvernements- und Rayonskomitees, die Redaktion der Leningrader „Prawda“, sämtliche Betriebszellen, — wurden in kaum zwei Wochen an die Luft gesetzt und von Anhängern des „Zentralkomitees“, richtiger, von den Kreaturen des Generalsekretärs der Kommunistischen Partei, Stalin abgelöst. Zu derselben Zeit wurde ein ebenso blitzartiger Umschwung in allen Sowjet- und Gewerkschaftsinstanzen vorgenommen: Vom Leningrader Exekutivkomitee und seinem Präsidium bis zum letzten dörflichen Exekutivkomitee im Gouvernement, vom Leningrader Gewerkschaftsrat bis zum Betriebsausschuß des kleinsten Betriebes — überall fand ein radikaler Wechsel des Personalstandes statt. Man könnte vielleicht sagen, daß in diesem Wechsel die wahre Stimmung der Petersburger Kommunisten und des Petersburger Proletariats zum Ausdruck gelangte. Aber wie konnten unter diesen Umständen Sinowjew und seine Anhänger 8 Jahre lang an der Spitze der Partei, der Sowjets und der Gewerkschaften in Petersburg stehen? Folglich sind Partei-, Gewerkschafts- und Sowjetorganisationen derart aufgebaut, daß 8 Jahre lang ein Mann in ihnen das Kommando führen konnte, der weder den Anschauungen der Mehrheit des Petersburger Proletariats noch auch nur denen der Mehrheit der Petersburger Kommunisten entsprach?

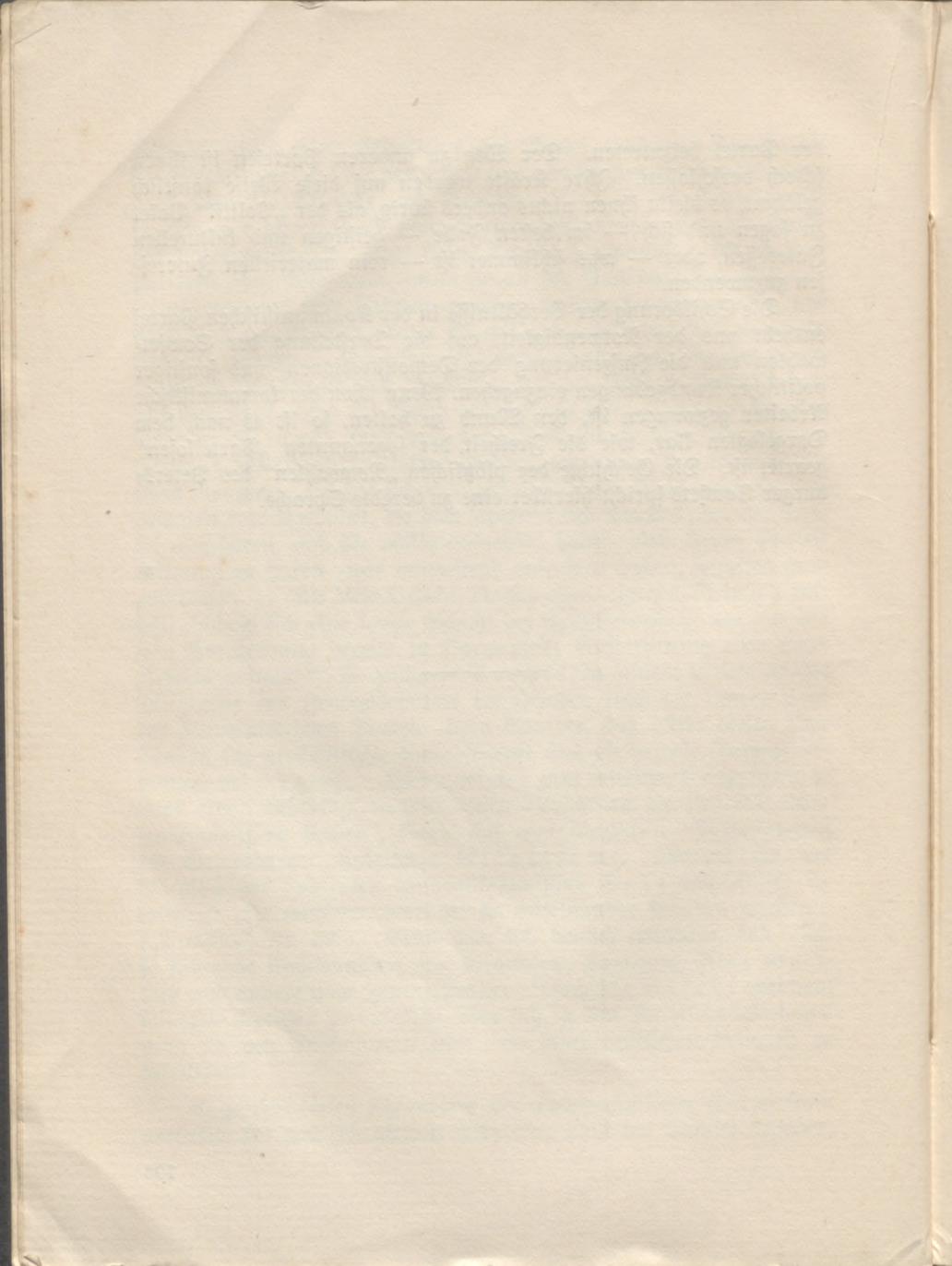
Ja, die Dinge liegen in der Tat so. Weder die gestrige Herrschaft Sinowjews, noch der heutige Triumph seiner Gegner hat etwas gemein mit dem Willen der Mehrheit der Arbeiter oder auch nur der Mitglieder der Kommunistischen Partei. Die Organisation des Sowjetstaates und der Kommunistischen Partei ist derart, daß die wirkliche Gewalt, die wirkliche Diktatur, sich in den Händen eines immer enger werdenden Kreises von Personen, meist aber in den Händen des Generalsekretärs der Partei konzentriert, von dem das

Schicksal eines jeden Mitgliedes der Partei abhängt. Die Partei herrscht diktatorisch über den Staat und alle Klassen der Bevölkerung, auch über die Arbeiter und Bauern. Aber in der Partei selbst herrscht ein enger Kreis von Führern diktatorisch über die Masse der Parteimitglieder. Eine kleine Anzahl kommandiert, die übrigen parieren ohne Widerrede, wenn sie an der Ausübung der Diktatur teilnehmen und ihre Früchte genießen wollen; sie fliegen aber unverzüglich an die Luft, wenn sie mit den wirklichen Diktatoren in Konflikt geraten. „In seinen Händen befindet sich die Redaktion, in seinen Händen ist auch die Miliz, und du, elender Wurm, kannst mit dem Kopf gegen die Wand rennen“, so formulierte der Kurzer Arbeiter *Mjagki* (während der „Diskussion“ über *Trozkis*) die Stellung des Durchschnittskommunisten gegenüber den kommunistischen Bonzen. „Es hat sich eine ziemlich breite Schicht von Parteibeamteten herausgebildet, die dem Apparat des Staates oder der Partei angehören, und die völlig aufgehört haben, eine eigene Parteimeinung zu haben oder mindestens aufgehört haben, sie offen auszusprechen. . . An diese Schicht, die sich einer eigenen Meinung enthält, schließt sich eine breite Schicht der Mitglieder an, vor der jede Entscheidung bereits in Form einer Aufforderung oder eines Befehls auftaucht“, so zeichnete *Trozkis* in seinem Briefe an die Mitglieder des Zentralkomitees im Oktober 1923 die innere Lage der kommunistischen Partei. Kein Wunder, daß unter diesen Umständen die verächtlichste Liebedienerei, das ekelhafteste Demunziantentum um sich greift. „Wenn bei uns zwei miteinander sprechen, so wird einer unbedingt nachher einen Bericht an die Zentrale Kontrollkommission senden“, klagte auf dem kürzlichen Parteikongreß die Petersburger Arbeiterin *Nikolajewa*. Worauf ihr das Mitglied der Zentralen Kontrollkommission *Solz* majestätisch erwiderte: „Je nachdem, worüber sie miteinander sprechen werden!“ („*Pravda*“ Nr. 298). Kann man sich danach wundern, daß selbst so führende Kommunisten, wie *Sinowjew*, *Kamenev*, *Frau Krupskaja* und andere vom Zentralkomitee einfach den Befehl erhalten, keinerlei Berichte zu erstatten oder sich in den Parteiorganisationen nicht an den Diskussionen über den kommunistischen Kongreß zu beteiligen?

Angesichts dieses Charakters der kommunistischen Partei kann natürlich bei politisch aktiven Arbeitern nicht der Wunsch bestehen,

der Partei beizutreten. Der Weg zu anderen Parteien ist ihnen jedoch verschlossen. Ihre Kräfte werden auf diese Weise künstlich gelähmt, es bleibt ihnen nichts anders übrig, als der „Politik“ Ballet zu sagen und sich — im besten Falle — geistigen und kulturellen Interessen, oder — was schlimmer ist — rein materiellen Interessen zuzuwenden.

Die Schilderung der Verhältnisse in der kommunistischen Partei enthebt uns der Notwendigkeit, auf die Darstellung der Sowjetwahlen und die Inszenierung der Demonstrationen und sonstiger politischer Kundgebungen einzugehen. Wenn schon der kommunistische Arbeiter gezwungen ist, den Mund zu halten, so ist es nach dem Dargelegten klar, wie die Freiheit der sogenannten „Parteilosen“ geartet ist. Die Geschichte der plötzlichen „Neuwahlen“ des Petersburger Sowjets spricht hierüber eine zu beredte Sprache.



V.

Einige Schlußfolgerungen.

V

© 1910 by the University of Chicago Press

In unserer Skizze hatten wir nicht die Möglichkeit, alle Seiten des russischen Lebens zu berühren; wir schilderten lediglich die Lage der Industrie und der Arbeiterklasse, und auch dies nur in den allgemeinsten Zügen. Aber auch das Dargelegte dürfte genügen, um einige Schlussfolgerungen über jene Fragen aufzustellen, die das Proletariat der anderen Länder besonders interessieren.

1. Ist die russische Industrie sozialistisch?

Wie wir sahen, ist die Lage des russischen Arbeiters weit entfernt von jener rosigten Idylle, die einige oberflächliche Beobachter zeichnen. Der russische Arbeiter verdient wenig, weit weniger als in der vorrevolutionären Zeit. Er ist gezwungen, seine Kräfte durch übermäßige Arbeit zu erschöpfen. Der Schutz seiner Arbeitskraft läßt vieles zu wünschen übrig. Dies alles muß man offen feststellen, um keine phantastischen und trügerischen Bilder in die Welt zu setzen. Freilich spricht dies alles noch keineswegs gegen den sozialistischen Charakter der russischen Industrie. In jedem beliebigen Lande ist nach der Machtergreifung des Proletariats und der Inangriffnahme der sozialistischen Umgestaltung der Wirtschaft eine zeitweilige Verschlechterung der Lage der Arbeiterklasse möglich. Eine solche Verschlechterung ist sogar unvermeidlich, wenn das Proletariat ein wirtschaftliches Erbe antritt, das durch den Weltkrieg erschüttert und durch den Bürgerkrieg vollends ruiniert worden ist.

Der kapitalistische oder der sozialistische Charakter eines wirtschaftlichen Unternehmens wird nicht durch die jeweilige Lage der Arbeiterklasse, sondern durch jene gesellschaftlichen Beziehungen, durch jene Beziehungen zwischen den Menschen bestimmt, die sich auf dem Boden dieses Unternehmens herausbilden. Geht man unter diesem Gesichtspunkt an die russische Industrie heran, so wird die Antwort auf die gestellte Frage nicht schwer werden.

Zwei grundlegende Merkmale sind untrennbar verknüpft mit der Vorstellung über die sozialistische Produktion. Dies ist

erstens die Befriedigung der gesellschaftlichen Bedürfnisse an Stelle des Profits als Ziel der Produktion. Und dies ist zweitens die Organisation der Produktion, die auf der freien Zusammenarbeit der Produzenten (Arbeiter, Fachleute, Verwaltung) und der Konsumenten beruht. Sowohl das eine wie das andere Merkmal fehlen gänzlich in der russischen nationalisierten Industrie.

Diese Industrie arbeitet auf der Grundlage der „geschäftlichen Kalkulation.“ Wie wir gesehen haben, ist diese Kalkulation schlecht, denn infolge einer Reihe von Ursachen, die wir geschildert haben, arbeitet die russische Industrie mit einem Defizit. Aber die „geschäftliche Kalkulation“ bedingt eine bestimmte Stellungnahme zu den in der Industrie tätigen Personen: wie in jedem kapitalistischen Betriebe erscheinen diese Personen als „Arbeits Hände“, die dem Betriebe ein möglichst großes Quantum unbezahlter Arbeit liefern müssen. Nirgends tritt diese Haltung der Sowjetbetriebe gegenüber den in ihnen beschäftigten Arbeitern so kraß zutage wie in jener Politik der „Hebung der Arbeitsergiebigkeit“, die wir ausschließlich auf Grund bolschewistischer Angaben geschildert haben. Unbeschränkte Akkordarbeit und ununterbrochenes Antreiben des Arbeiters durch Herabsetzung der Tarislöhne — ist das etwa die „sozialistische“ Form der Produktion?

Das zweite Merkmal — die Teilnahme der Arbeiter an der Organisation und Verwaltung der Produktion — ist scheinbar in Sowjetrußland vorhanden: Die Gewerkschaften nehmen an zahlreichen wirtschaftlichen Beratungen und Kommissionen teil,* die Betriebsräte bestimmen die innere Ordnung in den Fabriken und Werken. Wer wird aber nach allen oben wiedergegebenen Tatsachen die Kühnheit haben, zu behaupten, daß die in den Betrieben arbeitenden Massen in Gestalt der Gewerkschaftsfunktionäre und Betriebsräte an der Verwaltung der Industrie teilnehmen? Um den letzten Zweifel über diesen Punkt zu beseitigen, wollen wir noch das Zeugnis eines Mannes anführen, den niemand verdächtigen

* Der Korrespondent des „Trud“ (Nr. 67) aus Poltawa hat berechnet, daß die örtlichen Gewerkschaften an 120 Kommissionen teilnehmen müssen. Das Schwergewicht liegt hier auf dem „müssen“, denn wie der Korrespondent berichtet, hat es einen Fall gegeben, wo „der Vertreter des Ortsausschusses unter militärischer Bewachung zu einer Sitzung herangezogen wurde!“

kann, daß er die wirkliche Lage der russischen Gewerkschaften nicht kenne oder gar, daß er sie böswillig verleumde: „Die Parteiorganisation übt einen Druck auf die Gewerkschaftsfunktionäre aus . . . Sie mischt sich in die Verausgabung der Gewerkschaftsgelder ein . . . **Es hat sich ein widernatürlicher Bloß zwischen Wirtschaftsführern, Gewerkschaften und Parteibeamten herausgebildet . . .** Die Gewerkschaften vergessen, daß sie die ökonomischen Interessen der Arbeiter verteidigen müssen . . . Die Kollektivverträge werden von den Gewerkschaften in einer Weise angenommen, daß die Arbeiter nicht einmal wissen, daß man sie in ihrem Namen unterzeichnet hat . . . Die Ansichten der parteilosen Arbeiter vergaß man anzugeben . . . Streiks brechen gegen den Willen und ohne Wissen der Gewerkschaften aus . . .“ So äußert sich der Vorsitzende des Allrussischen Gewerkschaftsrates Tomski in seinem Bericht an den XIV. Kongreß der Kommunistischen Partei. Sollte er etwa nicht die wirkliche Lage der Dinge kennen? Und wer wird nach so kompetenten Aussagen aufrichtig behaupten dürfen, daß die Gewerkschaften und Betriebsräte in Rußland Organe der Selbstverwaltung der Arbeitermasse seien und daß diese in Gestalt der Gewerkschaften und Betriebsräte an der Leitung der Sowjetindustrie teilnehme?

Es ist demnach klar, daß die beiden wesentlichsten Merkmale der sozialistischen Wirtschaftsform in der Sowjetindustrie fehlen. Daß in dieser Industrie der Staat als Eigentümer auftritt oder daß die Bolschewisten bestrebt sind, sie nach einem bestimmten Plane zu regeln, macht diese Industrie ebensowenig zu einer „sozialistischen“, wie die Eisenbahnen, die dem Staate gehören, oder wie die Konzerne und Trusts, die nach einem bestimmten Plane geleitet werden.

Die Sowjetindustrie ist nicht sozialistisch, sondern kapitalistisch organisiert. In Sowjetrußland gibt es keinen Sozialismus, sondern einen Staatskapitalismus. Ist es übrigens noch notwendig, diese Tatsachen zu beweisen, nachdem solche Säulen des Bolschewismus wie Frau Krupskaja, Sinowjew und Kamenew auf dem letzten Kongreß der Kommunistischen Partei so überzeugend darüber gesprochen und unumwiderleglich nachgewiesen haben, daß auch Lenin den Charakter der Sowjetindustrie nicht anders eingeschätzt hätte? Frau Krupskaja, Sinowjew und Kamenew — das sind ja dieselben Leute, die gestern noch als unfehlbare Päpste des

Bolschewismus betrachtet wurden, und die der Bericht der deutschen Arbeiterdelegation als Personen von „altruistischer Wesensart“, als Führer, die „konsequent und energisch in der Durchführung und Hochhaltung des praktischen Marxismus, des Leninismus“ seien, den westeuropäischen Arbeitern empfiehlt.*) Offenbar liegen die Dinge mit der Verwirklichung „der Prinzipien von Marx und Engels“ in der Sowjetindustrie nicht so einfach, wie es einigen Arbeiterdelegierten im ersten Augenblick erschien!

Ist aber auch die Sowjetindustrie kapitalistisch organisiert, so wird vielleicht die „sozialistische Form“ der russischen Wirtschaft dadurch gesichert, daß die Staatsgewalt in den Händen der Arbeiterklasse ruht? Prüfen wir nun diese Frage.

2. Gibt es eine proletarische Diktatur in Rußland?

Die deutsche Arbeiterdelegation beantwortet die Frage mit der kategorischen Behauptung, daß die Arbeiterklasse in Rußland „wirklich die Macht in den Händen hat, und daß sie politisch die freieste Arbeiterklasse der ganzen Welt ist.“ Sie erklärt dann weiter: „Die so viel gehasste Diktatur des Proletariats ist in Wirklichkeit eine wahre Arbeiterdemokratie, die sich sehr wohltuend von den sogenannten Demokratien der Westländer abhebt.“***) Wichtig ist an alldem nur das, daß die Diktatur der Arbeiterklasse anders als in den Formen der Demokratie nicht verwirklicht werden kann. Wie soll in der Tat eine Klasse, der Millionen Menschen angehören, ihren kollektiven Willen verwirklichen, wenn diese Millionen Menschen nicht in der Lage sind, frei alle Aufgaben und Fragen zu erörtern, im Kampf der Meinungen eine Haltung festzulegen, die die Mehrheit der Angehörigen dieser Klasse zu vereinen, und dann solidarisch zu handeln auf der Grundlage der Unterordnung der Minorität der besiegten Klassen der noch nicht besiegten Revolution unmittelbare Gefahr droht. In solchen Augenblicken treten natürlich die normalen Garantien der Freiheit und der Demokratie in den Hintergrund. Aber solche Einschränkungen der Freiheit und

*) a. a. D. S. 173.

**) a. a. D. S. 162.

der Demokratie können nur eine zeitweilige Notwendigkeit sein, wenn die berechtigte Selbstverteidigung der Revolution sie erfordert, sie können aber kein dauerndes System der Regierung bilden. Sie können gegen die Klassenfeinde des Proletariats gerichtet sein, sie dürfen sich aber niemals gegen die Arbeiterklasse selbst, gegen ihre erdrückende Mehrheit wenden. Wo die Arbeitermassen der Möglichkeit beraubt sind, offen ihre Meinung auszusprechen, offen Organisationen zu bilden, offen ihren kollektiven Willen zu verwirklichen, dort klingt es wie Hohn, wenn man erklärt, daß „die Macht in den Händen der Arbeiterklasse“ liege, und daß in diesem Lande die „Diktatur des Proletariats“ verwirklicht sei.

Diese Auffassung ist von niemandem mit solcher Schärfe vertreten worden wie von Rosa Luxemburg, die bekanntlich mit der größten Leidenschaft für die bolschewistische Umwälzung eintrat, die aber den „Prinzipien von Marx und Engels“ in ausreichendem Maße treu blieb, um sich scharf gegen Lenin und Trotzki zu wenden, die die Diktatur der Arbeiterklasse durch die Diktatur ihrer Partei ersetzten. In ihrer leider unvollendet gebliebenen Schrift „Die russische Revolution“, die sie im Sommer 1918, also fast ein Jahr nach dem bolschewistischen Umsturz, im Breslauer Gefängnis verfaßte, schrieb sie u. a.:

„Jawohl, Diktatur! Aber diese Diktatur besteht in der Art der Verwendung der Demokratie, nicht in ihrer Abschaffung, in energischen, entschlossenen Eingriffen in die wohl-erworbenen Rechte und wirtschaftlichen Verhältnisse der bürgerlichen Gesellschaft, ohne welche sich die sozialistische Umwälzung nicht verwirklichen läßt. Aber diese Diktatur muß das Werk der Klasse und nicht einer kleinen, führenden Minderheit im Namen der Klasse sein, d. h., sie muß auf Schritt und Tritt aus der aktiven Teilnahme der Massen hervorgehen, unter ihrer unmittelbaren Beeinflussung stehen, der Kontrolle der gesamten Öffentlichkeit unterstehen, aus der wachsenden politischen Schulung der Volksmassen hervorgehen.“*)

Ausgehend von diesen Grundsätzen verlangt denn auch Rosa Luxemburg, daß Diktatur ausgeübt werde, aber, „Diktatur der

*) Rosa Luxemburg: „Die russische Revolution“. Herausgegeben und eingeleitet von Paul Levi, Berlin 1922, Verlag Gesellschaft und Erziehung. S. 116/117.

Klasse, nicht einer Partei oder einer Clique, Diktatur der Klasse, d. h. in breiter Öffentlichkeit, unter tätigster ungehemmter Teilnahme der Volksmassen, in unbeschränkter Demokratie.“*) In diesen Worten ist bereits die Antwort auf die Frage enthalten, ob es eine proletarische Diktatur in einem Lande gibt, wo nach dem Zeugnis Kamernows und seiner jetzigen Gegner die Demokratie als unzulässig erklärt wird nicht nur für die bäuerlichen Volksmassen, sondern auch für die Arbeiter, nicht nur in den Gewerkschaften, sondern auch in der kommunistischen Partei selbst. In Sowjetrußland gab es früher noch gibt es heute eine Diktatur des Proletariats. Nach dem bolschewistischen Umsturz wurde in Rußland lediglich die Diktatur einer der proletarischen Parteien, und zwar der kommunistischen Partei, ausgerichtet. Weil diese Diktatur von Anbeginn an eine Diktatur über die Volksmassen, über die ungeheure Mehrheit des Proletariats, über die anderen proletarischen Parteien war, artete sie sehr bald in eine Diktatur der Führer über die herrschende Partei selbst und danach, infolge der Streitigkeiten unter den Führern, in eine Diktatur einzelner Cliquen über die Partei, über das Proletariat, über das ganze Land aus. Die deutschen Arbeiterdelegierten sahen eine „wahre Arbeiterdemokratie“ dort, wo nach dem Zeugnis der Bolschewisten selbst keine Demokratie für die Arbeiter besteht. Die russischen Arbeiter betrachten offenbar ihre Lage nicht so optimistisch: „Teufel auch, ist das etwa Sozialismus? Wohin gehen wir? Wozu brauchten wir die Novemberrevolution zu machen?“ — Solche Reden ertönen, wie Bucharin auf dem letzten kommunistischen Parteitag berichtete, in den Reihen der russischen Arbeiter.

Wie kommen aber trotzdem die deutschen und andere Arbeiterdelegierten zu der phantastischen Vorstellung, daß es in Rußland eine „wahre Arbeiterdemokratie“ gebe, während nicht einmal die elementarsten Voraussetzungen der Demokratie für die Arbeiter vorhanden sind? Man kann das unschwer verstehen, wenn man berücksichtigt, was wir über das heutige Rußland berichtet haben. Aus Ländern mit einer festgefügtten gesellschaftlichen Ordnung und sozialen Beziehungen, die jeden einzelnen von allen Seiten um-

*) a. a. D. S. 115.

Klammern, kommen die Arbeiterdelegierten in ein Land, das soeben eine große Revolution durchgemacht hat. Hier sind alle überlieferten Ideen und Autoritäten erschüttert, angezweifelt und abgelehnt worden; hier sind die früheren herrschenden Klassen mit eisernen Besen fortgesetzt, während die neuen, im Entstehen begriffenen sich noch nicht endgültig formiert haben, sich noch im Hintergrunde halten; hier haben sich die neuen sozialpolitischen Beziehungen noch nicht endgültig herauskristallisiert; hier ist alles noch in Gärung begriffen, hier kann jeder ebenso mit einem Sprunge von der niedrigsten Stufe der sozialen Leiter auf die höchste gelangen, wie Thron, Altar und die alten herrschenden Klassen mit einem Schlage in den Abgrund geschleudert wurden. Jeder Proletarier, der aus einem industriell fortgeschrittenen Lande, mit seinen scharf ausgeprägten Klassengegensätzen und mächtigen proletarischen Organisationen nach Rußland kommt, muß in seinen Gedanken diese revolutionären Wunder nach seinem eigenen Lande übertragen, muß zu der Ueberzeugung kommen, daß diese gewaltige revolutionäre Erscheinung in einem entwickeltesten kapitalistischen Lande nichts anderes als einen Sieg des proletarischen Sozialismus hätte zeitigen können. Indem er vor der Wirklichkeit des wirtschaftlich und sozial rückständigen Rußland die Augen verschließt, unterwirft er sich unwillkürlich der Gewalt der Illusion, daß auch in Rußland der „Sozialismus verwirklicht“ werde, daß auch in Rußland die Gewalt „in die Hände des Proletariats“ übergegangen sei. Wird zudem dieser stürmische revolutionäre Prozeß von einer Partei gekrönt, die proletarisch nach ihrer Herkunft und sozialistisch nach ihrer Ideologie ist, von einer Partei, die ihre Kundgebungen mit einer traditionellen marxistischen Hülle umgibt und ihre Politik, selbst wenn sie sich direkt gegen die Arbeitermassen richtet, als proletarische Politik bezeichnet, so genügt das, um bei Proletariern, die den kapitalistischen Druck aus voller Seele hassen, den Eindruck zu zeitigen, daß in Sowjetrußland „der Arbeiter der erste Mann im Staate ist“,*) und daß man alle dort herrschenden Widersprüche und Gegensätze bloß als „kleine technische Mängel“ betrachten müsse.

Indessen klingt auch heute noch die urchristliche, kommunistische Ideologie aus den kirchlichen Predigten uns entgegen, obwohl das

*) a. a. O. S. 167.

Christentum längst aufgehört hat, die Religion der Bedrückten und Beladenen zu sein, und sich in eine Waffe zur Unterdrückung der arbeitenden Massen verwandelt hat. Die stolzen Parolen der französischen Jakobiner: „Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit“, schmülten heute noch alle öffentlichen Gebäude in Frankreich, auch die Gefängnisse, in die die rebellierenden Arbeiter gesperrt werden, obwohl die Geschichte schon längst den Nachweis erbracht hat, daß unter diesen Parolen die bürgerliche Gesellschaft mit ihren Klassengegensätzen und Klassenkämpfen, mit ihrer sozialen Ungleichheit und ihren Kriegen geboren wurde. Weder der soziale Ursprung noch die traditionelle Ideologie und Phraseologie des Bolschewismus können deshalb als Garantie dafür dienen, daß unter ihrer Flagge eine wirkliche Diktatur des Proletariats und eine sozialistische Umgestaltung Rußlands durchgeführt wird.

Nicht oberflächliche Betrachtung, sondern nur gründliches Studium der wirklichen Lage Rußlands und der unter der Hülle der bolschewistischen Diktatur sich vollziehenden sozial-ökonomischen Prozesse kann deshalb die Frage klären, welche sozialen Beziehungen sich in Rußland herausbilden, und was das Fazit der bolschewistischen Revolution ist.

3. „Wohin gehen wir?“

Diese Frage wird, wie wir gesehen haben, oft von den russischen Arbeitern gestellt. Sie „greift sie ans Herz“, wie Bucharin erklärt. „Wohin gehen wir?“ Dies ist die Frage nach dem wirklichen Inhalt und den Ergebnissen der Revolution, die mit solcher Leichtfertigkeit von einigen ausländischen Besuchern entschieden wird, die aber bei allen fortgeschrittenen Arbeitern Rußlands den Gegenstand qualvollen Nachdenkens bildet. Die Bolschewisten hatten versprochen, den Sozialismus in Rußland einzuführen. Ihre löblichen Versprechungen begeisterten nicht nur die ausländischen Arbeiter. Auch viele russische Arbeiter glaubten, daß die Epoche der sozialen Befreiung angebrochen sei, und sie leisteten voll enthusiastischen Glaubens denen Gefolgschaft, die ihnen das Ende jeglicher Ausbeutung, jeglicher Unterdrückung eines Menschen durch den anderen verhießen. Aber die Verhältnisse erwiesen sich stärker als die besten Absichten. Die Geschichte der bolschewistischen Revolution bestätigte mit unerbittlicher Grausamkeit die Richtigkeit jenes „Prinzipes

von Marx und Engels“, wonach ein hoher Grad der Entwicklung der kapitalistischen Industrie und eine hohe Stufe der organisatorischen Geschlossenheit und des Bewußtseins des Proletariats erforderlich ist, damit der Sprung aus dem Reich der kapitalistischen Notwendigkeit in das Reich der sozialistischen Freiheit möglich werde. In dem ökonomisch und sozial rückständigen Rußland waren jene Bedingungen nicht vorhanden, die notwendig sind, damit dieses Land als Vorkämpfer der sozialistischen Umgestaltung der Welt auftreten konnte. Die Industrie spielte in seiner Wirtschaft, die auf der läuerlichen Einzelwirtschaft aufgebaut war, eine verhältnismäßig unbedeutende Rolle. Die zahlenmäßige Stärke der städtischen Bevölkerung, insbesondere des Proletariats war gering im Vergleich mit der Stärke der ländlichen Bevölkerung. Die proletarischen Massen selbst hatten noch keine lange Schule des organisierten wirtschaftlichen und politischen Kampfes durchgemacht. Auch der Versuch, die mangelnden objektiven Voraussetzungen für einen sozialistischen Aufbau durch die nackte Gewalt der Parteidiktatur, durch den blutigen Terror der Tscheka zu ersetzen, endete mit einem völligen Zusammenbruch: der russische Bauer, der die Arme über der Brust kreuzte und sich weigerte, der städtischen Bevölkerung Getreide zu liefern, beschwor den Bankrott dieses Versuches herauf.

Die Bolschewisten konnten die gesamte zaristische Bureaucratie, sämtliche Gutbesitzer und frühere Inhaber der Industrie- und Handelsbetriebe davonjagen; sie konnten Hunderttausende Vertreter der alten herrschenden Klassen und ihrer Anhänger niederschließen und in den Gefängnissen verhungern lassen; sie konnten die „weiße“ Bewegung, die die Wiederherstellung des alten Regimes anstrebte, niederschlagen. Die Bauernschaft unterstützte sie im Kampfe gegen den grundbesitzenden Adel; sie blickte gleichgültig auf den Kampf der Bolschewisten gegen die alte Bourgeoisie. Als aber die Bolschewisten im Namen der unverzüglichen Verwirklichung des Sozialismus gegen ihre eigenen Interessen, gegen ihre Kleinbürgerliche Wirtschaft vorgingen, antwortete sie mit einem entschiedenen Nein. Im Kampfe der unorganisierten zersplitterten Bauernmassen gegen die zentralisierte, bis an die Zähne bewaffnete Parteidiktatur der Kommunisten, erwies sich die Bauernschaft als der stärkere Teil. Der Uebergang zur „Neuen Wirtschaftspolitik“ war der erste entscheidende Sieg der Klein-

Bürgerlichen Elemente Rußlands über den kommunistischen Utopismus. Sie siegten nicht in offener Schlacht, sondern einfach kraft des wirtschaftlichen Schwergewichtes, den die Kleinbürgerliche Bauernwirtschaft im rückständigen Rußland hat.

Nachdem die Bolschewisten die unverzügliche Einführung des Sozialismus in Stadt und Land preisgegeben hatten und zur neuen Wirtschaftspolitik übergegangen waren, hofften sie, den Sozialismus auf den „Kommandohöhen“ der Industrie aufzurichten zu können, und dann allmählich auch die Bauernwirtschaft in den sozialistischen Aufbau hineinzuziehen. Aber dieser Plan, der in industriell entwickelten Ländern durchaus brauchbar erscheint, zerbrach sich wiederum an der wirtschaftlichen Rückständigkeit Rußlands, an dem verhältnismäßig geringen Schwergewicht der großen Industrie in der russischen Wirtschaft und des Proletariats in der russischen Bevölkerung. Seit der Proklamierung der Neuen Wirtschaftspolitik sind nicht die bürgerlichen Elemente der Wirtschaft vor den sozialistischen zurückgewichen, sondern diese werden im Gegenteil von den bürgerlichen in den Hintergrund gedrängt. Man sah sich genötigt, „sich mit dem Gesicht dem Dorfe zuzuwenden“, d. h. die besitzenden, kapitalistischen Elemente des Dorfes zu fördern und die „Komitees der Dorfarmen“ und ähnliche Organisationen entweder zu beseitigen, oder jeglicher Bedeutung zu berauben. Man sah sich ferner genötigt, auch die Industrie selbst nicht auf sozialistischen Grundlagen, sondern auf der Grundlage der „geschäftlichen Kalkulation“ aufzubauen und — um den Anforderungen der Bauern nach billigen Industrieerzeugnissen nachzukommen, — durch den „Feldzug zur Hebung der Arbeitsergiebigkeit“ einen Druck auf die Arbeiterchaft auszuüben; man sah sich genötigt, um die Gunst des Privatkapitals, des russischen wie des ausländischen, zu werden und neue Möglichkeiten für die kapitalistische Anhäufung im Lande zu schaffen. Die kommunistische Parteidiktatur verzerrte, hemmte, unterbrach mitunter auf kurze Zeit diesen Prozeß; ihn aufzuhalten war sie nicht imstande. Im Kampfe zwischen der Diktatur und der Kleinbürgerlichen Bauernschaft trug diese, d. h. die Kleinbürgerliche Wirtschaft, die den Warenaustausch braucht und dadurch den Boden für die Wiedergeburt der kapitalistischen Wirtschaft schafft, einen Sieg nach dem anderen davon. Jetzt, wo die gesamte nationalisierte Sowjetwirtschaft in

eine kritische Periode eintritt und vor dem unerbittlichen Problem steht, große Kapitalien für die Industrie heranzuziehen, kann kein Zweifel darüber bestehen, daß die bürgerlichen Elemente der russischen Wirtschaft unmittelbar vor einem neuen und entscheidenden Siege stehen. Es war gerade die Frage der weiteren Richtung der russischen Wirtschaftspolitik, die den Gegenstand der heftigen Auseinandersetzungen auf dem XIV. Kommunistischen Kongreß bildete und zu einer Spaltung des bolschewistischen Generalstabes führte. Den Sieg trug bei dieser Auseinandersetzung jene Gruppe davon, die für die Fortsetzung der Bauernfreundlichen Politik, oder wie Molotow das deutlicher erklärte, für die weitere „Entfesselung der kapitalistischen Beziehungen im Dorfe wie im ganzen Lande“ eintrat. Anders kann es natürlich auch nicht sein, denn diese „Entfesselung der kapitalistischen Beziehungen“ wird von den unerbittlichen wirtschaftlichen Notwendigkeiten diktiert.

So werden die Bolschewisten auf wirtschaftlichem Gebiete gezwungen, den bürgerlichen, kapitalistischen Beziehungen eine Konzession nach der anderen zu machen. Umso unbeugsamer sind sie auf politischem Gebiet. Der Aufrechterhaltung der völligen Unantastbarkeit der Parteidiktatur ist die gemeinsame Parole aller Strömungen in der kommunistischen Partei, sowohl der siegreichen Kongreßmehrheit wie der besiegten Opposition. Was wird aber durch diese Aufrechterhaltung der Parteidiktatur vom Standpunkt der Interessen der Arbeiterklasse und ihres Kampfes um den Sozialismus erreicht?

Die offizielle Theorie lautet, daß die erwähnte „Entfesselung der kapitalistischen Beziehungen“ zugunsten des „sozialistischen Aufbaues“ ausgenutzt werden könne, soweit die diktatorische Gewalt in den Händen der kommunistischen Partei bleibt. Aber diese Theorie, die gleichfalls auf der utopistischen Vorstellung beruht, daß man mit Mitteln des staatlichen Zwanges die unerbittliche Logik der ökonomischen und sozialen Entwicklung besiegen könne, hat mit der Wirklichkeit nichts gemeinsam. Denn in Wirklichkeit bleiben zwar die Formen der Parteidiktatur die gleichen, wie die Partolen und Worte dieselben bleiben. Aber langsam und unerbittlich wandelt sich ihr sozialer Inhalt und ihr politischer Sinn. Die kommunistische Parteidiktatur hat sich zum

Werkzeug des „sozialistischen Aufbaues“ erklärt, in Wirklichkeit jedoch stellt sich ihr gesamter Apparat mehr und mehr in den Dienst der Wiederherstellung und Entwicklung der russischen Wirtschaft auf der unter den obwaltenden Verhältnissen einzig und allein möglichen Grundlage der geschäftlichen, bürgerlichen, kapitalistischen Kalkulation. Parallel damit wandelt sich natürlich auch die gesamte Psychologie der Funktionäre der Diktatur: mit geschäftlichem, bürgerlichem, kapitalistischem Geiste werden ihre Beamten, ihre Fachleute, die Hüter der polizeilichen Ordnung, die Organe der gerichtlichen Repression erfüllt. Bei ihrer Entstehung erklärte sich die kommunistische Diktatur als Organ der Werktätigen zur Unterdrückung und Vernichtung der besitzenden Klassen; in Wirklichkeit jedoch verwandelt sie sich mehr und mehr in eine Waffe der Unterdrückung der Werktätigen: die Besitzenden — der wohlhabende Bauer, der russische Händler, der ausländische Kapitalist, — sind für die Aufrechterhaltung der Wirtschaft erforderlich; der besitzlose Arbeiter „hemmt“ bloß durch seine Lohnforderungen, durch seinen Anspruch auf Arbeiterschutz und soziale Gesetzgebung den flotten Geschäftsgang. Die Besitzenden bereichern sich — auch das ist für den Sowjetstaat nützlich, denn dadurch wird eine „Hebung der Produktivkräfte“ erzielt; der besitzlose Arbeiter jedoch muß sich mit dem tröstlichen Gedanken zufrieden geben, daß dies alles zu Nutz und Frommen des „sozialistischen Aufbaues“ geschieht und vorläufig muß er sich selbst, nach dem Ausdruc des Volkskommissärs K h l o w, zum „organisierten Unterkonsum“ verurteilen. Der soziale Inhalt und der politische Sinn der kommunistischen Diktatur wandeln sich fortgesetzt, indem sie bei jeder neuen Anpassung an die sich entfaltenden bürgerlich-kapitalistischen Beziehungen eine Partei-krise nach der anderen auslösen. Unverändert bleibt jedoch die Unterdrückung jeder politischen Freiheit. Mit dieser Unterdrückung können sich bis auf Weiteres gerade jene Elemente ausöhnen, die über gewisse Besitztümer verfügen und damit ihren Einfluß auf die allgemeine und wirtschaftliche Politik des Staates begründen. Für die Arbeiterklasse jedoch bedeutet diese Unterdrückung die Unmöglichkeit, durch freien Zusammenschluß ihrer Kräfte ihre Interessen vor den besitzenden bürgerlichen Elementen zu verteidigen, die sich in sozial-ökonomischer Hinsicht fortgesetzt verstärken, und die allmählich sowohl die bürgerliche Gesetzgebung der Diktatur wie

ihre administrative Praxis ihrem Einflusse unterwerfen. „In Moskau gibt es eine ungeheure Schicht von Staatsbeamten, eine Masse neuer und alter Bourgeoise. Dies alles drückt auf unsere Partei, indem sie in ihr eine gewisse öffentliche Meinung schafft. Nicht wir führen die Beamtschaft, sondern diese zusammen mit der Bourgeoise bestimmt unser Bewußtsein“, — so kennzeichnet diese innere Wandlung der kommunistischen Diktatur der alte bolschewistische Arbeiter (Salutzki.*). In alle Poren des Apparates der „kommunistischen“ Diktatur dringen jetzt bürgerliche Elemente ein: In den unteren Regionen werden die Dorfsowjets allmählich von wohlhabenden Bauern erobert; in den oberen dringen mehr und mehr kapitalistische Elemente: Kaufleute, Beamte, Fachleute, Offiziere usw. in die offiziellen Konferenzen und Kanzleien, in die Armee und Polizei ein, wo sie als unentbehrliche Elemente betrachtet werden. Alle diese Leute nehmen gegenüber der Sowjetregierung eine vollkommen „loyale“ Haltung ein. Sie sind sogar nicht abgeneigt, die Regierung wegen ihrer Festigkeit, Sachlichkeit, wegen ihrer Abneigung gegen die „Humanitätsbuselei“, wegen ihrer Strenge gegenüber den „Faulpelzen“ und „Arbeitscheuen“ zu loben. Sie wissen, daß, wenn die Dinge sich so wie jetzt weiter entwickeln, die Stunde nicht mehr fern ist, wo die Diktatur, nach einer Reihe innerer Krisen, ihre kommunistische Hülle abwerfen und sich in jene Diktatur verwandeln wird, die sie brauchen: eine Diktatur, die zwar an den „Errungenschaften der Revolution“, d. h. in erster Linie an dem Uebergang des adeligen Grundbesitzes an die Bauern und der Industriebetriebe von den alten Besitzern zu den neuen, festhält, die aber nur die Besitzenden mit Rechten ausstattet, die sie den arbeitenden Massen verweigert. Dann hat die Stunde des russischen Bonapartismus geschlagen.

Ist es unter diesen Umständen ein Wunder, wenn die russischen Arbeiter sich mit der Frage abquälen: „Wohin gehen wir?“ Ist es da ein Wunder, daß in ihren Köpfen der qualvolle Gedanke auftaucht: „Wozu haben wir die Novemberrevolution gemacht?“

*) Salutzki machte diese Aeußerung im Gespräch mit einem anderen Kommunisten, Leonow, der, wie das in Rußland üblich ist, sich beeilte, den Wortlaut dieses Gespräches dem kommunistischen Zentralkomitee in einem Briefe mitzuteilen, der auf dem letzten kommunistischen Parteikongreß verlesen wurde.

4. Die Aufgaben des russischen Proletariats.

Was soll nun die russische Arbeiterklasse tun, um dieses bonapartistische Ende der Revolution zu verhindern, das bei der Verknüpfung der neu entstehenden bürgerlich-kapitalistischen Beziehungen mit der kommunistischen Parteidiktatur unvermeidlich ist? Die Antwort der von Sinowjew und Kamenev geführten bolschewistischen „Opposition“ besteht bekanntlich darin, daß man, wenn auch nur teilweise, zu den Methoden des „Kriegskommunismus“ zurückkehren müsse — zu der Unterdrückung der wohlhabenden Bauern sowie der privaten Händler und Industriellen. Man kann aber schon jetzt voraussagen, daß diese Antwort bei irgendwie beträchtlichen Schichten der russischen Arbeiterklasse keinen Widerhall finden wird. Die russischen Arbeiter erinnern sich noch zu gut an die Jahre des furchtbaren Hungers, der Kälte, Krankheiten und Entbehrungen, die durch die Praxis des „Kriegskommunismus“ heraufbeschworen wurden, als daß sie Lust hätten, zu dieser Praxis der Vergewaltigung des Wirtschaftslebens mit den Methoden des blutigen Terrors zurückzukehren.

Die russische Sozialdemokratie gibt auf die aufgerollten Fragen eine andere Antwort, die mit den von ihr vertretenen Grundsätzen von Marx und Engels im Einklang stehen. Im Verlauf von 35 Jahren haben die russischen Sozialdemokraten — die Menschewisten ebenso wie die Bolschewisten — im Kampf gegen die Anhänger des utopistischen Sozialismus (die sogenannten „Narodniki“) immer wieder darauf hingewiesen, daß in Rußland die Bedingungen für eine sozialistische Umgestaltung noch nicht reif seien; daß die herausziehende Revolution nur eine bürgerliche sein könne, die nach Beseitigung der halbfeudalen zaristischen junkerlichen Gewalt der kapitalistischen Entwicklung der russischen Wirtschaft freie Bahn schaffen werde, und daß nur die soziale Revolution in den fortgeschrittenen Ländern Europas die Möglichkeit schaffen könne, daß auch das rückständige Rußland in beschleunigtem Tempo zum Sozialismus gelangen werde. Deshalb sahen alle Sozialdemokraten, die Menschewisten ebenso wie die Bolschewisten, trotz ihrer verschiedenartigen taktischen Methoden, die Aufgabe der Partei darin, die russische Arbeiterklasse in eine Macht zu verwandeln, die fähig wäre, der herausziehenden bürgerlichen Revolution

einen möglichst radikalen, möglichst demokratischen Charakter zu verleihen, um auf diese Weise dem russischen Proletariat die Möglichkeit zu sichern, einen weiteren erfolgreichen Kampf um den Sozialismus zu führen.

Nachdem die Bolschewisten im Jahre 1917 die Macht ergriffen hatten, warfen sie alle diese marxistischen Anschauungen, die sie bis dahin selbst propagiert hatten, über Bord.*) Die Sozialdemokraten (Menschewisten) blieben diesen Anschauungen treu. Sie waren deshalb Gegner des Umsturzes, den die bolschewistische Partei, gestützt auf desertierte Soldaten, unternahm. Als aber der Umsturz Tatsache wurde und die Billigung eines Teiles der Arbeiterklasse fand, der den Bolschewisten Gefolgschaft leistete, lehnte die Sozialdemokratische Partei es ab, sich an jenem bewaffneten Kampfe zu beteiligen, den ein Teil der Demokratie, geführt von den sogenannten „Sozialrevolutionären“, gegen sie einleitete. Die Sozialdemokratie war der Auffassung, daß dieser Kampf zu nichts anderem führen würde, als zu einem bewaffneten Zweikampfe innerhalb der werktätigen Massen selbst; daß dieser innere Kampf bloß die Kräfte beider kämpfenden Teile der Arbeiterklasse schwächen und daß unabhängig davon, unter welcher demokratischen Parole dieser Kampf geführt werden würde, die antidemokratische Konterrevolution, die junterlich-zaristische Restauration, der ausländische Imperialismus, die „lachenden Dritten“ sein würden. Die Prophezeiungen der Sozialdemokraten wurden durch den Gang der Ereignisse bestätigt: der Kampf begann unter der Parole der Demokratie und der Konstituierenden Versammlung, und endete unter den Fahnen Koltshaks, Denikins und General Wrangels.

Die russische Sozialdemokratie ging einen anderen Weg. Für sie war der Zusammenschluß aller Kräfte der Werktätigen nach wie vor die wichtigste Bürgschaft der erfolgreichen Weiterführung der Revolution im Interesse der Arbeiterklasse. Als deshalb der bolschewistische Umsturz Tatsache geworden war, und die kommunistische Parteidiktatur mit ihrer Terrorherrschaft begann, schlug die Sozialdemokratie als Ausweg aus der entstandenen Lage ein Kom-

*) Wir erinnern daran, daß die erste offizielle Bezeichnung des bolschewistischen Staates „Föderative Sowjetrepublik“ lautete. Erst später wurde dieser Titel in „Sozialistische Föderative Sowjetrepublik“ umgewandelt.

promiß vor: eine Vereinbarung aller sozialistischen Parteien zur Bildung einer gemeinsamen Regierung und zur Durchführung der Wahlen für die Konstituierende Versammlung. Die einzige Bedingung war: Preisgabe der Methoden des Terrors und Anerkennung der Demokratie, d. h. freier Kampf der Meinungen und Unterordnung der Minderheit unter der Mehrheit innerhalb des sozialistischen Blockes. Nach kurzen Schwankungen lehnten die Bolschewisten unter dem Einfluß von Lenin und Trozki das Kompromiß ab. Aber diese Ablehnung rief die stärkste Unzufriedenheit in ihren eigenen Reihen hervor. Die angesehensten Bolschewisten — nicht nur die jetzigen „Oppositionellen“ Sinowjew und Kamenev, sondern auch der jetzige Vorsitzende des Rates der Volkskommissäre Rykow und viele andere — legten als Zeichen des Protestes ihre Ämter als Volkskommissäre nieder und traten aus dem bolschewistischen Zentralkomitee aus. Sie beruhigten sich freilich bald wieder und kehrten zu ihren Posten zurück, sie veröffentlichten aber inzwischen doch eine Erklärung, in der sie die Auffassung vertraten, daß der von Lenin eingeschlagene Weg den Untergang der Revolution sowie die Verletzung der Interessen der Arbeiterklasse bedeute und einen immer fürchterlicheren Terror unvermeidlich mache.

Der weitere Gang der Ereignisse zeigte leider, wie richtig diese Prophezeiung der damaligen bolschewistischen Opposition war. Aber die in den ersten Tagen nach dem bolschewistischen Umsturz eingeschlagene Linie der russischen Sozialdemokratie wurde von ihr bis auf den heutigen Tag konsequent durchgeführt: Nicht nur Ablehnung des bewaffneten Kampfes und des gewaltigen Sturzes der bolschewistischen Regierung, sondern auch aktive Unterstützung dieser Regierung in allen Fällen, wo sie als Trägerin der gemeinsamen Interessen der Revolution und der wertvollen Klassen auftritt; deshalb entschiedener Kampf gegen die „weiße“ Konterrevolution bis zur Mobilisierung der Parteimitglieder und ihre Eingliederung in die Reihen der Roten Armee zu jener Zeit, wo die Truppen General Denikins sich Moskau näherten; ferner Kampf gegen alle Formen der imperialistischen Intervention und der Blockade; Kampf für die Wiederaufnahme der kommerziellen und diplomatischen Beziehungen der anderen Staaten mit der Sowjetregierung, sowie Kampf für ihre juristische Anerkennung. Auf der anderen Seite je-

doch nach wie vor Propaganda der Verständigung in den Reihen der Werktätigen und Zusammenschluß der Arbeiterklasse zu einer Macht, die fähig ist, die bolschewistische Diktatur zur Anerkennung ihrer Forderungen zu zwingen.

Gegenwärtig hat die Frage, ob in Rußland eine bürgerliche oder eine sozialistische Wirtschaft aufgerichtet werden müsse, eigentlich jeden Sinn verloren. Die objektiven ökonomischen und sozialen Beziehungen des rückständigen Rußland habe diese Frage bereits entschieden. Die Lage wird keineswegs dadurch geändert, daß die kommunistische Tradition die Bolschewisten von Zeit zu Zeit veranlaßt, die kapitalistische Wirklichkeit mit einer sozialistischen Hülle zu umgeben. Das einzige Ergebnis dieser Maskerade ist, daß die Köpfe der Proletarier verwirrt und Illusionen in ihren Reihen großgezüchtet werden, die sie von dem richtigen Wege des Kampfes um ihre Interessen ablenken.

Die bürgerlich-kapitalistische Entwicklung der russischen Wirtschaft ist in der nächsten geschichtlichen Periode unvermeidlich. Sie kann sich aber unter verschiedenen Umständen vollziehen. Sie kann sich unter Bedingungen abspielen, wo nicht nur die ökonomische Macht, sondern auch alle Rechte in den Händen der Besitzenden vereinigt sind, während die besitzlosen Proletarier, durch Rechtlosigkeit gefesselt, jeder Möglichkeit eines organisierten Kampfes beraubt sind. Zu diesem führt, wie wir dargelegt haben, unvermeidlich die Aufrechterhaltung der kommunistischen Parteidiktatur, sowie ihre langsame aber konsequente Umgestaltung in der Richtung des Bonapartismus. Über dieselbe bürgerlich-kapitalistische Entwicklung könnte sich auch unter ganz anderen äußeren Umständen vollziehen, die den Werktätigen alle Mittel des organisierten Selbstschutzes und des weiteren Vormarsches im Namen und unter dem Banner des Sozialismus in die Hand geben. Dieser Weg aber verlangt die Verwirklichung der Demokratie und der politischen Freiheit. Gewiß, Demokratie und politische Freiheit bedeuten an sich noch nicht die Herrschaft der Arbeiterklasse. Die ökonomische Macht und der Besitz aller Mittel, der geistigen, kulturellen, religiösen und sonstigen Einwirkungen verwandeln auch die Demokratie in eine Herrschaftsform der besitzenden Klassen. Aber nur auf dem Boden der Demokratie und der Ausnutzung der politischen Freiheit für die Organisation seiner Kräfte kann das Proletariat die Fähigkeit er-

langen, von der Staatsmacht Besitz zu ergreifen, sie seinen Interessen zu unterordnen, die Leitung der gesellschaftlichen Wirtschaft in seine Hand zu nehmen.

„Als Marxisten sind wir nie Götzendiener der formalen Demokratie gewesen,“ schrieb Trozki, indem er die Vernichtung aller politischen Freiheiten in Rußland verteidigte. „Gewiß,“ erwiderte ihm darauf treffend Rosa Luxemburg — „wir sind nie Götzendiener der formalen Demokratie gewesen. Wir sind auch nie Götzendiener des Sozialismus oder des Marxismus gewesen. Folgt etwa daraus, daß wir auch den Sozialismus, den Marxismus, wenn er uns unbequem wird, in die Kumpelkammer werfen dürfen? . . . Wir sind nie Götzendiener der formalen Demokratie gewesen, das heißt nur: wir unterschieden stets den sozialen Kern von der politischen Form der bürgerlichen Demokratie, wir enthüllten stets den herben Kern der sozialen Ungleichheit und Unfreiheit unter der süßen Schale der formalen Gleichheit und Freiheit — nicht um diese zu verwerfen, sondern um die Arbeiterklasse dazu anzustacheln, sich nicht mit der Schale zu begnügen, vielmehr die politische Macht zu erobern, um sie mit neuem, sozialem Inhalt zu füllen. Es ist die historische Aufgabe des Proletariats, wenn es zur Macht gelangt, an Stelle der bürgerlichen Demokratie sozialistische Demokratie zu schaffen, nicht jegliche Demokratie abzuschaffen.“*)

Für die russische Arbeiterklasse ist die Frage, ob es ihr gelingen würde, Demokratie und Freiheit zu erringen, gleichbedeutend mit der Frage, ob sie aus der Revolution, für die sie die meisten Opfer gebracht, mit leeren Händen hinausgehen, oder ob es ihr gelingen würde, jenes Höchstmaß von wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Errungenschaften aufrecht zu erhalten, das mit der Höhe der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes vereinbarlich ist. Der Bonapartistische Ausgang der Revolution würde bedeuten, daß nur die bestehenden Klassen: die Bauernschaft, insbesondere die Großbauernschaft und die sich emporreckende neue Bourgeoisie die Nutznießer der Revolution sein werden. Das russische Proletariat wird dann an Händen und Füßen gefesselt sein und das internationale Proletariat wird in Gestalt des russischen Bonapartismus einen Stützpunkt der Weltreaktion und eine aggressive imperialistische

*) U. a. D., Seite 115 — 116.

Macht vor sich haben, die eine ständige Quelle der Kriegsgefahr bilden wird. Ein demokratischer Ausgang der russischen Revolution wird allerdings Rußland nicht in ein Land des Sozialismus verwandeln. Er wird aber dem russischen Proletariat Mittel zur Verteidigung seiner Interessen in die Hand geben und jene Errungenschaften auf dem Gebiete des Arbeiterschutzes, der sozialen Versicherung usw. aufrecht erhalten, die, wie wir gesehen haben, allzu häufig bloß auf dem Papier stehen. Vom Standpunkt des internationalen Proletariats wird dieser demokratische Ausgang eine Bürgschaft des Friedens bilden und vom Standpunkt des Endsieges des Weltsozialismus wird er insofern von Bedeutung sein, als die Erhaltung des staatlichen Charakters jener Wirtschaftsbetriebe, die der Staat unter demokratischer Kontrolle rationell verwalten kann, die beschleunigte Hineinziehung Rußlands in jene soziale Umwälzung erleichtern wird, die in den industriell entwickeltesten Ländern der Welt auf der Tagesordnung steht.

Dies ist der Grund, weshalb die Organisation der russischen Arbeiterklasse zum Kampf um Demokratie und Freiheit im ureigensten Interesse des Proletariats selbst liegt, und die Hauptaufgabe der russischen Sozialdemokratie bildet. Die Mittel dieses Kampfes werden durch die gesamten ökonomischen und sozialen Beziehungen diktiert, die sich im nachrevolutionären Rußland herausgebildet haben. Die Sozialdemokratie lehnt nach wie vor mit aller Entschiedenheit die Methoden des gewaltsamen Sturzes der bolschewistischen Regierung und jegliche imperialistische Intervention ab.*) Sie tritt für die allmähliche Demokratisierung des Sowjetregimes ein, und deshalb ist ihre erste Forderung die Bewirklichung der Sowjetverfassung und die Gewährung der durch diese Verfassung — allerdings nur auf dem Papier — garantierten Rechte an die Arbeiterklasse. Die Sozialdemokratie ist überzeugt, daß im freien Kampf der Meinungen im Rahmen der freien Sowjets die Werktätigen selbst zu der Ueberzeugung gelangen werden, daß in Rußland wie in allen anderen Ländern die vorteilhafteste Form der staatlichen Ordnung für die Werktätigen die demokratische Republik ist.

*) Siehe darüber auch meinen Artikel: „Kautsky über den russischen Bolschewismus“ im Wiener „Kampf“, 1925, Nr. 7.

Dieser Entwicklungsgang setzt in Sowjetrußland eine Verständigung der beiden werktätigen Klassen, des Proletariats und der Bauernschaft voraus. Eine solche Verständigung ist in Rußland geschichtlich noch möglich, soweit in den Köpfen der Bauern noch der Gedanke an den gemeinsamen revolutionären Kampf der Bauern und der Arbeiter lebendig ist, die zugunsten der Bauernschaft das Herrenland enteigneten. Nur dann wird die russische Bauernschaft an Stelle eines Bündnisses mit dem Proletariat ein Bündnis mit der bonapartistischen Bourgeoisie vorziehen, wenn die Aufrechterhaltung der kommunistischen Diktatur, die im Namen des Proletariats herrscht, in ihren Reihen jene ständigen Befürchtungen wachhalten wird, daß es der Bauernschaft nicht möglich sein würde, das Grundeigentum zu nutzen, das die Revolution ihr gegeben habe. Deshalb ist eine wirkliche Verständigung des Proletariats mit der Bauernschaft nur auf dem Boden der Demokratie möglich, die die Bauern zu gleichberechtigten Teilnehmern an der Verwaltung des Staates und an der Festlegung seiner Politik macht. Bonapartismus oder Demokratie — wer der Bauernschaft die Möglichkeit geben wird, ungehindert ihren neuen Grundbesitz zu nutzen, der wird sie auch auf seiner Seite haben.*) Aber damit das Proletariat, dessen Macht weniger in seiner Zahl als in seiner Geschlossenheit und in seinem politischen Bewußtsein besteht, in diesem Bündnis mit der Bauernschaft die ihm gebührende Rolle spielen soll, ist vor allem die Wiederherstellung der Einheit des russischen Proletariats selbst notwendig und als erster Schritt hierzu ein Kompromiß, eine Verständigung aller seiner Teile, die sich jetzt gegenseitig bekämpfen. Von dem Gedanken einer solchen Verständigung ist das gesamte Aktionsprogramm der russischen Sozialdemokratie erfüllt.**)

Gewiß, die Aussichten einer solchen Verständigung sind sehr gering und verringern sich von Tag zu Tag: Sie wird vom

*) In seinem „XVIII. Brumaire“ weist Marx darauf hin, daß auch in Frankreich der Sieg des Bonapartismus nach der Revolution von 1848 eine Reaktion der Bauern, die alle Kosten der Revolution tragen mußten, gegen die anderen Klassen der Bevölkerung, eine Reaktion des Dorfes gegen die Stadt gewesen ist.

***) Der Wortlaut dieses Aktionsprogrammes ist im Verlag des Wiener „Kampf“ erschienen.

Terror der kommunistischen Diktatur getötet, die sich gegen alle sozialistischen Parteien wie gegen jeden Versuch einer freien Organisation und freien Meinungsäußerung der Arbeiterklasse selbst richtet. Aber wenn eine solche Verständigung nicht zustande kommt und der Bonapartismus, dem sich Rußland immer mehr nähert, wirklich den Sieg davonträgt, so wird die Schuld an diesem historischen Verbrechen vor dem russischen und dem internationalen Proletariat voll und ganz den kommunistischen Diktatoren zufallen.

5. Es lebe die Sozialdemokratie!

Der bolschewistische Versuch des „Aufbaues des Sozialismus“ hat mit einem entschiedenen Mißerfolg geendet. Folgt etwa daraus, daß dem Sozialismus ein empfindlicher Schlag versetzt, daß seine Undurchführbarkeit nachgewiesen sei, daß das Proletariat die Hoffnung auf Befreiung von der kapitalistischen Sklaverei aufgeben müsse? Nein, nicht dem Sozialismus ist ein Schlag versetzt, wie die Goldschreiber der Bourgeoisie triumphierend verkünden! Erschüttert sind lediglich die sozialen Utopien und Illusionen, die von den Begründern des proletarischen Sozialismus ebenso als „Opium“ für das Bewußtsein der Arbeiterklasse betrachtet wurden, wie die religiösen Illusionen, und bei deren Bekämpfung sie ihre Lehre geschaffen haben.

Die „Prinzipien von Marx und Engels“ werden durch den Mißerfolg des „sozialistischen Experiments“ in Rußland nicht widerlegt, sondern in vollem Umfange bestätigt. Denn einer der wichtigsten Grundsätze der Lehrmeister des wissenschaftlichen Sozialismus besteht darin, daß die sozialistische Gesellschaft nicht aus den Ideen einiger erleuchteten Geister oder flammender Enthusiasten geboren wird, sondern aus den materiellen, geistigen, kulturellen und sozialen Faktoren, die durch die Entwicklung der kapitalistischen Gesellschaft gezeitigt werden. Es ist eine ungeheure Entwicklung der durch den Kapitalismus hervorgerufenen Produktivkräfte sowie ein verschärfter Gegensatz der breitesten Kreise des Volkes zu den Magnaten des Kapitals, es ist vor allem ein mächtiges Massenbewußtes, organisiertes Proletariat erforderlich, das eine lange Schule des Klassenkampfes durchgemacht hat, damit die soziale Revolution des Proletariats möglich werde; damit die Ar-

beiterklasse sich fähig erweise, von der gesamten Staatsmaschinerie Besitz zu ergreifen, um sie für die sozialistische Umgestaltung der Wirtschaft auszunutzen; damit in dieser Wirtschaft selbst die Voraussetzungen für ihre Vergeellschaftung geschaffen werden; damit die „Expropriation der Expropriateure“ sich nicht als vorübergehende Episode der Revolution, sondern als ihre feste Errungenschaft erweise. Unter den russischen Marxisten (auch Lenin mit inbegriffen) gab es bis 1917 keinen einzigen, der daran gezweifelt hätte, daß das Licht des Sozialismus nicht aus dem rückständigen russischen Osten, sondern aus dem fortgeschrittenen europäischen Westen kommen werde, und der nicht eingesehen hätte, daß das junge und zahlenmäßig schwache russische Proletariat nicht der Führer und Lehrer des kampfgestählten Proletariats der fortgeschrittenen Länder, sondern sein Schüler sein werde.

Der Marxismus hat gegenüber dem Leninismus Recht behalten. Trotz der verzweifeltsten Energie der Bolschewisten ist es ihnen nicht gelungen, in dem rückständigen Rußland ein soziales Wunder zu schaffen; es ist ihnen nicht gelungen, auf der Grundlage kleiner industrieller Inseln, die im unübersehbaren Meere der halbnaturalen, bäuerlichen Wirtschaft verschwinden, den Sozialismus aufzubauen. Wie vor der bolschewistischen Revolution, so fällt auch jetzt den Proletariern der fortgeschrittenen Industrieländer die ehrenvolle Aufgabe zu, die Vorkämpfer der sozialistischen Befreiung zu sein. Die sozialistische Revolution in Europa kann den Prozeß der sozialistischen Umgestaltung Rußlands erleichtern und beschleunigen, — nicht umgekehrt.

Aus demselben Grunde brauchen sich die Klassenbewußten Arbeiter Europas bei den Bolschewisten nicht die Methode des antidemokratischen und terroristischen Kampfes anzueignen. Diese Methoden haben sich offenkundig auch in Rußland nicht gerechtfertigt; sie haben die Wiedergeburt der bürgerlich-kapitalistischen Wirtschaft nicht verhindert, sondern für diese Wiedergeburt Bedingungen geschaffen, die am rüdensten für die arbeitenden Massen sind; sie haben die Positionen der Arbeiterklasse nicht befestigt, sondern sie im Gegenteil geschwächt, desorganisiert und demoralisiert. Mehr noch. Diese Methoden des Terrors und der Unterdrückung jeglicher Freiheit waren nichts anderes als ein verzweifelttes und nutzloses Mittel des sozialen Utopismus in seinem hoffnungslosen Kampfe gegen

die wirtschaftliche und soziale Rückständigkeit des Landes, gegen die Unreife seiner gesellschaftlichen Verhältnisse für die sozialistische Umgestaltung.

In den Ländern, in denen die herangereifte kapitalistische Gesellschaft schon mit der sozialistischen Gesellschaft schwanger geht, sind diese Methoden des Terrors und der Unterdrückung der Freiheit nicht nur überflüssig, sondern direkt verderblich für die Sache der Arbeiterklasse. Denn sie tragen unvermeidlich eine tiefe Spaltung in ihre Reihen hinein; sie töten den freien, schöpferischen Gedanken; sie lähmen die kollektive Selbsttätigkeit, sie scheuchen nicht nur andere werktätige Schichten (Intellektuelle, Bauern usw.), ohne deren Mitwirkung oder freundschaftliche Neutralität ein dauernder Sieg des Proletariats nie denkbar ist, von der proletarischen Avantgarde fort und stoßen sie in die Arme der Reaktion oder der Untätigkeit, — sie trennen auch diese Avantgarde selbst durch einen tiefen Abgrund von den breiten Massen der Arbeiterschaft. Sie beschleunigen auf diese Weise nicht den Triumph des Sozialismus, sondern schieben die Stunde seines endgültigen Sieges hinaus.

Deshalb muß das europäische Proletariat, in vollem Einklang mit den Grundsätzen von Marx und Engels, aus der russischen Erfahrung die Ueberzeugung schöpfen, daß es mit aller Kraft an der Demokratie und politischen Freiheit festhalten muß, als der notwendigen Mittel der Vereinigung und Durchbildung der Arbeiterklasse, als der notwendigen Voraussetzungen ihres Endsieges. Wenn etwas keinem Zweifel unterliege, schrieb Engels in seiner Kritik des Erfurter Programms von 1891, so sei es dies, daß unsere Partei, die Arbeiterklasse, nur unter einer solchen politischen Form, wie die demokratische Republik zur Herrschaft gelangen könnte. — Niemand schädigt die Sache des internationalen Proletariats in so starkem Maße, wie jene Leute, die die begreiflichen Sympathien der Arbeiterschaft für die russische Revolution und ihre Bereitwilligkeit, sie vor allen Angriffen der Reaktion und des Imperialismus zu verteidigen, dazu ausnützen, um auf Schlechweg den bolschewistischen Utopismus und die bolschewistischen Illusionen in das Bewußtsein des Proletariats einzuschmuggeln und es zu veranlassen, jene Formen der

politischen Demokratie zu zerschlagen, unter denen allein es zur Herrschaft gelangen kann.

Diese Formen müssen nicht zerschlagen, sondern voll und ganz für die Verstärkung der proletarischen Position, für die Eroberung der Staatsgewalt, für die Aufrichtung einer wirklichen Klassen-diktatur ausgenutzt werden, die, um noch einmal mit Rosa Luxemburg zu sprechen, nicht in der Abschaffung der Demokratie bestehen muß, sondern in der proletarischen Art ihrer Verwendung. Dies ist die Aufgabe, die sich die Arbeiter stellen müssen, die den „Prinzipien von Marx und Engels“ treu geblieben sind.

Wer fest zu diesen Grundsätzen steht, der wird durch das bolschewistische Experiment nicht über den Sozialismus enttäuscht, sondern vielmehr in der Ueberzeugung gestärkt werden, daß der Sozialismus unvermeidlich dort zur Verwirklichung gelangen wird, wo die vorhergehende wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung die notwendigen Voraussetzungen geschaffen hat, und daß die ganze Hoffnung des Sozialismus nicht auf der Energie und dem Enthusiasmus einer revolutionären Minderheit beruht, sondern auf dem gemeinsamen Kampf der Arbeitermassen, die sich immer stärker zusammenschließen und zu einem klareren, revolutionären Bewußtsein gelangen.

Das gewissenhafte Studium der bolschewistischen Revolution und des heutigen Rußland muß jedem Klassenbewußten Proletarier die Ueberzeugung beibringen, daß, wie schwer auch der Weg über die Demokratie zum Sozialismus, der ihnen von ihren großen Lehrmeistern gewiesen wurde, sein mag, es einen anderen Weg nicht gibt, der zum sicheren Siege führt. Deshalb sei unsere Parole: Es lebe jene Partei, die das Proletariat stets und immerdar auf diesem Wege geführt hat!

Es lebe die Sozialdemokratie!



Im Verlage

des Parteivorstandes der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der Tschechoslowakischen Republik sind außerdem erschienen:

	Preis in Kč
A d l e r F r i e d r i c h, Der Bericht der engl. Gewerkschaftsdelegation über Rußland	2.50
A d l e r M a x, Die Kulturbedeutung des Sozialismus (Brotschüre)	1.—
„Brechung der Zinsknechtschaft“. Der Fall Gattermayer	1.—
Das Schutzgesetz	4.—
Der chemische Krieg	1.—
Demokratische Verwaltung und nationale Autonomie	4.—
Dokumente der Reaktion	2.50
G r u n d m a n n F r a n z, Aus'm alen Testamente (Halbleinen)	12.—
H o f b a u e r J o s e f, Was ist Sozialismus	—50
Parteitagssprotokolle der Parteitage von	
K a r l s b a d 1920 (herabgesetzter Preis)	12.—
T e t s c h e n 1922 " "	12.—
A u f f i g 1924 " "	16.—
A u f f i g 1925 " "	16.—
S t e r n J o s e f L u i t p o l d, Klassenkampf und Massenschulung	1.—
S t r a u ß E m i l, Die Entstehung der deutschböhmisches Arbeiterbewegung, 1840 bis 1888, I. Teil, Geschichte der deutschen Sozialdemokratie Böhmens	40.—
	Ganzleinen 48.—
	(Der zweite Band befindet sich im Druck.)
Tätigkeitsberichte des Klubs der Abgeordneten und Senatoren der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei	10.—
Tschechoslowakische Parlamentskrise	1.50
W e i ß F r i e d r i c h, Argumente gegen den Sozialismus	2.50



300001550797

Preise in Kč

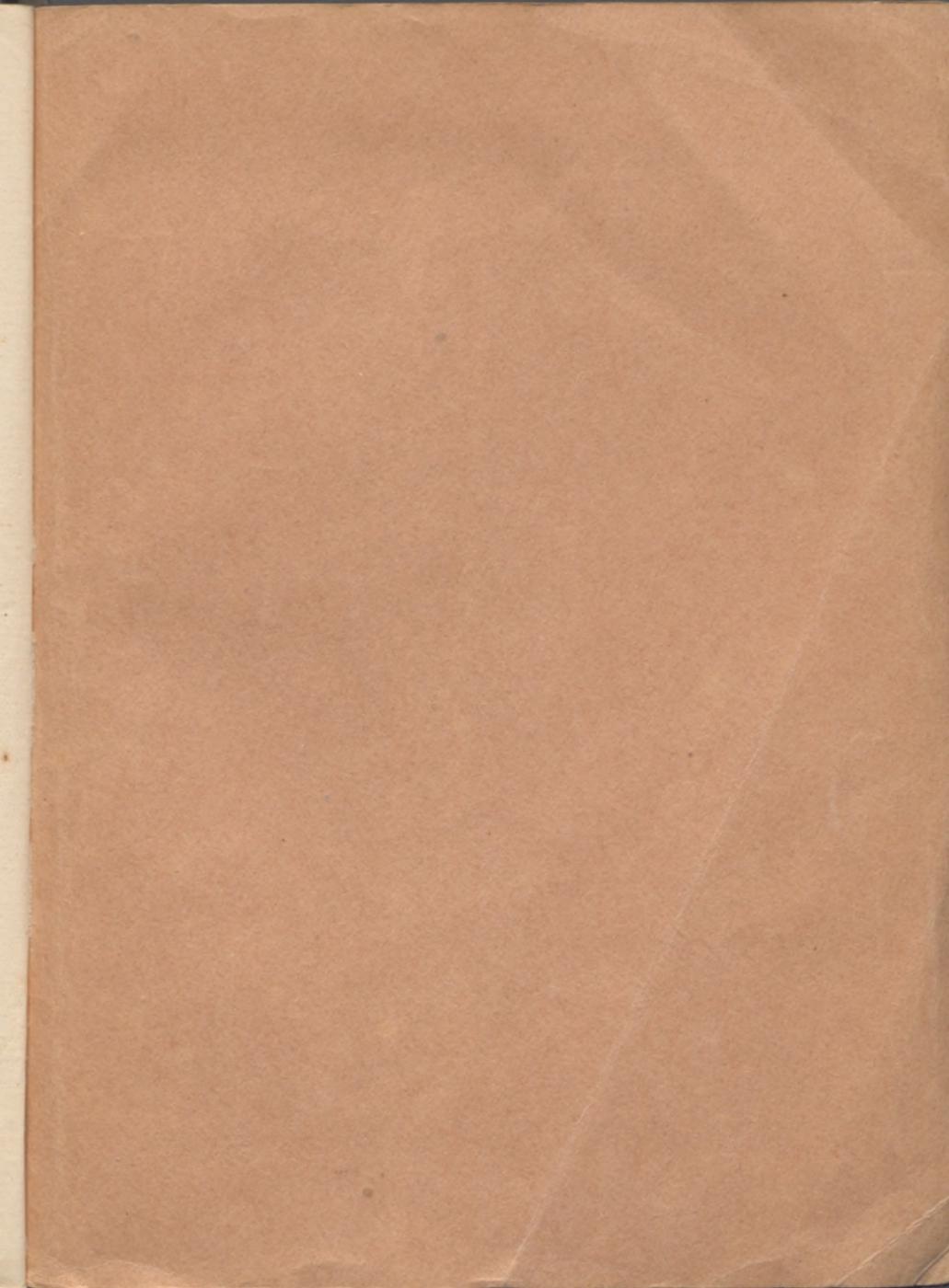
Arbeiter-schulen :

Avet Jenny, Hygiene der Frau	1.50
Danneberg Robert, Das Parteiprogramm	2.—
Deutsch Julius, Die Anfänge der modernen Arbeiterbewegung	2.—
Franzel Emil, Klassen und Parteien in der Tschechoslowakei	3.—
Freundlich Emmy, Aufgaben und Ziele der Genossenschaftsbewegung	1.50
Freundlich Emmy, Geschichte der Genossenschaftsbewegung	1.50
Freundlich Emmy, Frau und Politik	1.50
Kautsky Karl jun., Kapitalismus und Volksgesundheit	1.50
Kollat Marianne, Kind und Sozialismus	1.50
Kopp Adelheid, Vorkämpferinnen der Menschheit	1.50
Renner Karl, Die wirtschaftlichen Lehren von Karl Marx	2.50
Strauß Emil, Tschechoslowakische Geschichte	3.—
Strauß Emil, Klassen- und Verfassungskämpfe in Böhmen	1.—
Weiß Friedrich, Die Verfassung der Tschechoslowakischen Republik	2.50
Weiß Friedrich, Sozialisierung des Haushalts	1.50
Weiß Friedrich, Warum sind wir arm?	1.50
Weiß Friedrich, Argumente gegen den Sozialismus (Merkblatt)	2.50
Weiß Friedrich, Marx' Leben und Lehren	2.—
Weiß Friedrich, Friedrich Engels	2.—

Auslieferungsstelle für sämtliche hier angeführten Broschüren und Bücher ist die

Zentralstelle für das Bildungswesen der Deutschen sozialdemokrat. Arbeiterpartei, Prag II., Nekazanka 18.





5000

Biblioteka
Główna
UMK Toruń

656311